

**Heft Nr. 42**

**Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann**

# **Sicherheit '97**

***Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse  
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich***

© 1997      Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK,  
ETH Zentrum SEI, 8092 Zürich, Schweiz  
e-mail (Internet): [postmaster@sipo.reok.ethz.ch](mailto:postmaster@sipo.reok.ethz.ch)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-51-8

*Zürcher Beiträge  
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

*Heft Nr. 42*

*Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann*

**Sicherheit '97**

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse  
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

*Zürich 1997*

Frau Silvia Rüesch hat das Manuskript redigiert. Herr Patrick Lehmann hat als Lektor die Endfassung kontrolliert und das Layout gestaltet. Die Firma DEMOSCOPE hat die Datenblätter im Anhang III für den spezifischen Bedarf dieser Studie modifiziert. Ihnen allen sei an dieser Stelle gedankt.

### **FSK auf dem Internet**

Die "Zürcher Beiträge" sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse sind ebenfalls auf dem World Wide Web im Volltext verfügbar.

URL: <http://www.fsk.ethz.ch/>

# **INHALTSVERZEICHNIS**

Sicherheit '97 – Zusammenfassung der wichtigsten Befunde .....	I
Sécurité '97 – Les courants actuels au sein de l'opinion publique en ce qui concerne la politique de sécurité .....	VI
Security '97 – Trends regarding the shaping of opinion in security policy .....	XI
1. Untersuchungsdesign .....	1
2. Datenbasis .....	2
3. Allgemeines Sicherheits- und Bedrohungsempfinden .....	3
3.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden (Abb. 1) .....	3
3.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz (Abb. 2).....	4
3.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage (Abb. 3).....	6
3.4 Zusammenhänge zwischen dem Sicherheitsempfinden und der nationalen und weltpolitischen Zukunftseinschätzung .....	6
4. Internationale Öffnung versus nationale Autonomie – die Wahrnehmung ausen- und sicherheitspolitischer Optionen .....	8
4.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage .....	8
4.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend .....	10
4.3 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung: EU bzw. EWR bzw. europäische Armee (Abb. 4).....	10
4.4 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung: NATO bzw. UNO (Abb. 5) .....	11
4.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung (Abb. 6).....	12
4.6 Beibehaltung der Neutralität (Abb. 7) .....	13
4.7 Betonung der nationalen Autonomie (Abb. 8) .....	14
4.8 Öffnungsbereitschaft versus Autonomiebetonung: eine Typologie dominanter Einstellungsmuster.....	16
4.9 Die Anteile der drei Kooperationstypen im Trend 1993-1997 (Abb. 9) .	18
4.10 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmale und nach der politischen Selbsteinstufung (Links- Rechts-Dimension) 1993 und 1997 (Abb. 10, Abb. 11, Abb. 12).....	20
4.11 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt (Abb. 13 ) .....	23
4.12 Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU (Abb. 14, Abb. 15).....	24
5. Die Neutralität .....	28
5.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen.....	28

5.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1997 .....	28
5.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie dominanter Meinungen ....	33
5.5	Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der Kooperationstypologie .....	36
5.6	Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Exkurs zur aktuellen Diskussion um das Geschichtsbild .....	39
6.	Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation .....	44
6.1	Abkommen mit der NATO: «Partnership for Peace» (PfP) .....	44
6.2	Sicherheitspolitische Kooperation mit der UNO und mit der NATO ....	47
6.3	Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Abb. 29) .....	50
6.4	Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie (Abb. 30 und 31) .....	52
7.	Landesverteidigung und Rüstungsausgaben .....	54
7.1	Einschätzung der Verteidigungsausgaben (Abb. 32) .....	54
7.2	Armeeakzeptanz (Abb. 33 und 34) .....	54
7.3	Umfang der Armee (Abb. 35) .....	58
7.4	Gesellschaftlicher Stellenwert der Milizarmee (Abb. 36) .....	59
7.5	Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee (Abb. 37) .....	60
8	Sicherheitspolitisches Interesse .....	62
9.	Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden .....	64
Literaturverzeichnis .....		72
ANHANG I .....		75
ANHANG II .....		87
1.	Die Qualität der Variablen .....	88
2.	Korrelationen und Koeffizienten .....	88
3.	Die Clusteranalyse .....	89
ANHANG III .....		91

## Sicherheit '97 – Zusammenfassung der wichtigsten Befunde

Die Jahresstudien «Sicherheit» der Militärischen Führungsschule an der ETH in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen. Die Erhebung 1997 erfolgte im März telefonisch bei 1014 zufällig ausgewählten stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz.

**Sicherheits- und Bedrohungsempfinden:** Die Schweiz gilt in den Augen ihrer Bevölkerung als sicheres, nicht aber als zukunfts gewisses Land: Acht von zehn Schweizerinnen und Schweizern fühlen sich "in unserer heutigen Zeit" eher oder sehr sicher, aber nur knapp mehr als die Hälfte (53%) von ihnen blickt optimistisch auf die nahe Zukunft der Schweiz. Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Beurteilung der Zukunftsaussichten haben sich 1997 im Vergleich zum Vorjahr leicht um 5 Prozentpunkte verbessert. Die '97er Stimmung ist nicht mehr so düster wie ein Jahr zuvor, aber auch nicht so optimistisch wie 1994 (60%) und 1995 (62%). Die leicht verbesserte nationale Stimmungslage findet ihren Gegenpol in einer relativ hohen Skepsis bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Diese wird von 52% als eher düster eingeschätzt.

**Vertrauen in Behörden und Institutionen:** Die Garanten der inneren (Polizei) und äusseren Sicherheit (Armee) erreichen in dieser Reihenfolge im Vergleich von insgesamt 6 erfragten Institutionen (Bundesrat, Eidgenössisches Parlament, Polizei, Armee, Medien und Wirtschaft) die Topwerte. Im Vergleich zu 1995 haben alle Institutionen leicht an Vertrauenswerten eingebüsst, relativ stark der Bundesrat. Zwischen dem Vertrauen in die Behörden und der Wahrnehmung von Sicherheit besteht ein Parallelzusammenhang derart, dass der Grad an Sicherheitsbefindlichkeit und an Vertrauen Hand in Hand gehen.

**Internationale Kooperationsbereitschaft:** Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Annäherungswilligkeit zur EU (67%) auf hohem Niveau, die EU-Beitrittsbereitschaft indes hat deutlich abgenommen (42%, -10%). Demgegenüber haben sich die Anteile jener, die eine autonome Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindung gutheissen, z.B. in Form von internationaler Konfliktvermittlung, Aufwertung des IKRK u.ä., leicht verstärkt.

Die Befürworteranteile für die UNO (57%, +6%) und für Schweizer UNO-Truppen liegen 1997 so hoch wie nie zuvor (66%, +14%). Ebenso kann 1997 die NATO einen deutlichen Sympathiezuwachs verzeichnen: 43% befürworten eine Annäherung, 6% mehr als im Vorjahr, aber nur etwas weniger als ein Viertel würde einen Beitritt der Schweiz zur Allianz gutheissen.

Der Mut zur internationalen Kooperation in sicherheitspolitischen Belangen überwiegt 1997 den Willen zur politischen Integration in Europa deutlich!

Der Anteil von Personen, die auf eine autonomistische Politik unter Verzicht auf jeglichen Ausbau internationaler Bindungen pochen, ist im Vergleich seit 1994, als diese politische Linie mit 48% ihren Höhepunkt erreichte, relativ stetig gesunken. Er liegt heute bei 36%.

Alles in allem bekennt sich eine seit 1994 leicht wachsende Mehrheit der schweizerischen Stimmbevölkerung zu mehr internationaler Kooperationsbereitschaft und zur Öffnung des Landes (64%, +5%). Diese Mehrheit ist aber ihrerseits in Bezug auf den einzuschlagenden Kurs nach wie vor gespalten, was die Erreichung einer geschlossenen Mehrheit in unserem Lande für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Vorhaben weiterhin erschwert. So haben neuerdings die Verfechterinnen und Verfechter einer "weichen", d.h. unverbindlichen, autonom vollzogenen Öffnung der Schweiz gegenüber jenen, die "harte" Bindungen in Form von Beitritten (insbesondere EU) gutheissen, die Oberhand gewonnen (erstere 34%, + 9%, letztere 30%, -4%). Der Verlust an innerer Dynamik in der EU, die europaweit spürbare Verunsicherung im Zusammenhang mit der geplanten Währungsunion und die zwischen Entgegenkommen und hegemonialem Druck schwankende Haltung der EU gegenüber der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen dürften den Stimmungswandel innert Jahresfrist bewirkt haben.

Mit anderen Worten: Es steigt zwar trendmässig das Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsautarkie und für die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung der Schweiz auf Kosten des Autonomismus, aber die mit der Öffnung verbundenen Risiken werden nach wie vor gescheut. Wird die Frage nach einem EU-Beitritt auf einen fiktiven Abstimmungszeitpunkt in zehn Jahren verlegt, so prognostizieren 6 von 10 Befragten eine Mehrheitszustimmung an der Urne. Offensichtlich ist das Gefühl einer gewissen Unausweichlichkeit beim Mitmachen der Schweiz bei der europäischen Integration weit verbreitet.

Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Konsequenzen eines EU-Beitritts der Schweiz bestimmen den Grad an Öffnungsbereitschaft in der Schweizer Bevölkerung dabei in hohem Masse. Auf die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts eher besser, gleich oder eher schlechter verlaufen würde, ergibt sich wie schon 1995 grob eine Drittelung der Meinungen. Ferner spielen die allgemeine Sicherheitsbefindlichkeit und die Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung in die aussen- und sicherheitspolitische Grundhaltung hinein.

Die im Verlaufe der letzten Jahre zu beobachtenden feinen Tendenzveränderungen im Meinungsbarometer helvetischer Öffnungswilligkeit deuten darauf hin, dass sich das aussenpolitische Sensorium in der Schweizer Bevölkerung intensiviert hat. In dieser Situation wirken sich die Befindlichkeitsschwankungen rund um die europäische Integration relativ rasch auch auf die EU- bzw. EWR-Zustimmungsbereitschaft hierzulande aus.

**Neutralität – Bedeutung und Interpretationen:** Die Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik erhält ungebrochen hohe Zustimmung (seit 1991 im Mittel 80%). In den Augen der Durchschnittsbürgerinnen und -bürger hat die Neutralität als Prinzip im langfristigen Trend 1983-1997 insgesamt nur wenig an Attraktivität eingebüsst. Sie steht in Bezug auf alle ihre Funktionen nach wie vor hoch im Kurs. Für die Mehrheit ist sie eine Maxime mit Zielcharakter. Nur eine Minderheit sieht auch ihre möglichen Nachteile. Sie wird jedoch 1997 von wachsenden Mehrheiten «flexibler» interpretiert als in früheren Erhebungen. Traditionelle und identifikatorische Gesichtspunkte spielen bei der Neutralitätsauffassung der Schweizerinnen und Schweizer aber auch 1997 noch eine grössere Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Nach wie vor gilt die schweizerische Neutralität mehrheitlich als eine Staatsmaxime, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung zu entwerten scheint.

Kritische und pragmatische Neutralitätsauffassungen haben seit 1993 auf Kosten der traditionalistischen vor allem bei den jüngeren Generationen an Boden gewonnen. Als Traditionalisten hinsichtlich Neutralität können heute etwa 37% der Schweizerinnen und Schweizer gelten (1993: 48%), als Vertreterinnen bzw. Vertreter einer pragmatischen Sicht 21% (seit 1993 unverändert) und als Kritikerinnen bzw. Kritiker 18% (1993: 11%). Die übrigen zeigen eine diffus widersprüchliche Neutralitätsauffassung. Insbesondere scheint die öffentliche Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg das Prestige der Neutralität angekratzt zu haben (vgl. unten).

Zudem hat die Meinung zwischen 1993 und 1997 Boden gut gemacht, die Neutralität schliesse eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit insbesondere mit der NATO nicht aus.

Das **Geschichtsbild zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg** hat sich in der letzten Dekade – in den letzten Monaten womöglich beschleunigt – verändert. Dies zeigt ein Vergleich entsprechender Daten von 1983 und 1997. Eine Mehrheit von 60% der Schweizerinnen und Schweizer sieht 1997 die Gründe für die Verschonung unseres Landes im Zweiten Weltkrieg vorab in der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten und nicht bzw. nicht mehr – wie 1983 – in der militärischen Abwehrbereitschaft der damaligen Schweiz (1997: 40%, 1983: 61%). Weniger die älteren, wohl aber die jüngeren Generationen neigen zu dieser gewandelten Sicht der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Dieser offensichtliche Wandel des Geschichtsbildes ist deshalb von aktueller politischer Bedeutung, weil er in der öffentlichen Meinungsbildung erstens der Frage, wie die Neutralität der Schweiz inskünftig zu interpretieren sei, Auftrieb verleiht, und weil er zweitens das bislang vorherrschende traditionalistische Neutralitätsbild erodiert, das sich vorab auf nationale Symbolik und auf ein gewisses Sendungsbewusstsein im Sinne der friedlich-neutralen Nation, die der Welt als Vorbild dienen kann, abstützt. Offensichtlich beeinflusst die Auseinandersetzung um die bewaffnete Neutralität im Zweiten Weltkrieg und ihre

«Moralisierung» in der internationalen Diskussion die aktuelle und womöglich künftige Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.

Das Abkommen der Schweiz mit der NATO im Rahmen der **«Partnerschaft für den Frieden» (PfP)** ist in der Bevölkerung allgemein, insbesondere bei der französischsprachigen und bei der weiblichen, wenig bekannt, wird aber – nach Klärung durch die Befragterinnen und Befragte wo nötig – insgesamt von drei Vierteln der Interviewten gutgeheissen und als mit der Neutralität vereinbar empfunden. Zudem billigen derzeit durchwegs mehr Schweizerinnen und Schweizer als 1995 nonkombattante Zusammenarbeitsformen mit ausländischen Armeen. Der Einsatz von Schweizer Soldaten in friedenssichernden Missionen im Ausland ist 1997 hierzulande nicht mehr so schwer vorstellbar wie noch vor wenigen Jahren. Die öffentliche Meinung ist diesbezüglich bedeutend weniger geteilt als früher, sie hat sich offensichtlich an die kleinen Auslandkontingente von schweizerischen Armeeangehörigen gewöhnt. Das Medienbild von Blaumützen in Namibia, Westsahara oder von Gelbmützen in Sarajewo ebenso wie die Tatsache, dass diese Einsätze bisher erfolgreich und problemlos verlaufen sind, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Im Gegenteil: Der Gedanke, dass Schweizer Soldaten und Soldatinnen ausserhalb eigener Landesgrenzen zum Einsatz gelangen, ist mittlerweile trotz der Ablehnung eines Blauhelmbatallions 1994 weitgehend zu einer Konsensmeinung geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht darin keine Verletzung schweizerischer Neutralität.

Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum für die internationale Kooperation mit der UNO und der NATO im Rahmen friedenssichernder Aufgaben hat sich somit vergrössert.

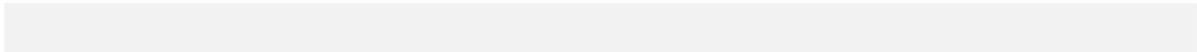
**Rüstungsausgaben:** Eine knappe Mehrheit von 55% ist wie in den Vorjahren der Meinung, die Schweiz gebe zuviel für ihre Verteidigung aus. Die Ausgabenkritik 1997 ist aber nach wie vor schwächer als jene im Zeitraum 1986-1992. Kritik kommt vor allem von den 48% Bürgerinnen und Bürgern, denen die Armee umfangmässig zu gross ist.

**Militärische Landesverteidigung:** Nach einem möglicherweise durch EMD-interne Skandale bewirkten Tiefpunkt 1996 erreicht die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee 1997 wiederum die 70%-Schwelle. Auch die wehrtragende Altersgruppe der 20-29jährigen sagt mehrheitlich ja zur Armee (58% gegenüber 49% im Vorjahr). Die Armeeakzeptanzrate wird nur bedingt über die äussere Bedrohungswahrnehmung entschieden. Letzterer kommt – zumindest in Zeiten relativer Stabilität – keineswegs die Bedeutung zu, die ihr häufig zugeschrieben wird. Vielmehr sind es in erster Linie innenpolitische Faktoren, die die Bewertung des Militärs bestimmen.

**Wehrstruktur:** Die im Vorjahr konstatierte, im Vergleich zu früheren Befragungen erhöhte Zustimmung für eine Berufsarmee ist auch in diesem Jahr festzustellen (36%). Ob hinter der entsprechenden Sympathie grundsätzliche Überlegungen über die optimale Wehrstruktur stehen, ist eher zu bezweifeln. Die überdurchschnittlich hohen Befürworteranteile unter der wehrbetroffenen Altersgruppe der 18-29jährigen (49%) und den männlichen Befragten (43%) deuten

eher auf «Ja – aber ohne mich»-Motive für das gestiegene Interesse an Freiwilligenstreitkräften.

Das im langjährigen Mittel nur etwa bei der Hälfte der Stimmbürgerinnen und -bürger ausgeprägte aktive **Interesse für Sicherheitspolitik** ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Das Fehlen von aussergewöhnlichen wehrpolitischen Ereignissen während der Befragungsperiode scheint die These zu bekräftigen, wonach vor allem aktuelle Ereignisse ein temporär überdurchschnittliches Interesse an Sicherheitspolitik mit entsprechend positiven oder negativen Einstellungsfolgen zu mobilisieren vermögen.



## Sécurité '97 – Les courants actuels au sein de l'opinion publique en ce qui concerne la politique de sécurité

Les études annuelles «Sécurité» de l'Ecole militaire supérieure à EPF de Zurich, effectuées en collaboration avec le centre de recherche sur la politique de sécurité et la polémologie, EPF de Zurich (Prof. Dr Kurt R. Spillmann), servent à déterminer les courants et tendances dans l'opinion publique suisse en matière de politique de sécurité et de politique de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives menées annuellement ou bisannuellement. Les relevés 1997 ont eu lieu en mars dans le cadre d'une enquête effectuée par téléphone, dans toute la Suisse, auprès de 1014 personnes ayant le droit de vote et selon le procédé d'échantillon probabiliste.

**La perception de la sécurité et de la menace:** La Suisse est un pays où domine le sentiment de sécurité mais qui n'a pas confiance dans son avenir. Huit Suisses sur dix se sentent «aujourd'hui» plutôt sûrs ou très sûrs, mais à peine plus de la moitié d'entre eux (53%) se montrent optimistes quant au proche avenir de la Suisse. En 1997 la perception de la sécurité et l'appréciation des perspectives ont gagné 5 % par rapport à l'année précédente. L'atmosphère en 1997 n'est plus empreinte d'un pessimisme aussi marqué qu'une année auparavant, mais elle n'est pas non plus aussi optimiste qu'en 1994 (60%) et en 1995 (62%). A cette atmosphère nationale quelque peu meilleure s'oppose un scepticisme relativement élevé en ce qui concerne l'appréciation de la situation politique internationale. Celle-ci est qualifiée de plutôt sombre par 52% des personnes interrogées.

**La confiance dans les autorités et les institutions publiques:** Des 6 institutions (Conseil fédéral, Parlement, police, armée, médias et économie) examinées dans notre enquête les garants de la sécurité intérieure (police) et de la sécurité extérieure (armée) atteignent, dans cet ordre, les valeurs les plus élevées quant à la confiance qu'on leur témoigne. Comparé à 1995, toutes les institutions ont légèrement perdu de leur crédit, le Conseil fédéral relativement fortement. Le parallélisme entre la confiance dans les autorités et le sentiment général de sécurité est tel que plus le sentiment de sécurité est grand, plus la confiance est accrue.

**La disponibilité pour la coopération internationale:** Par rapport à l'année précédente, la volonté de rapprochement, au niveau élevé, avec l'UE (67%) stagne, la disponibilité pour l'adhésion à l'UE, quant à elle, a considérablement diminué (42%, -10%). Par contre, le nombre des personnes qui approuvent une ouverture autonome de la Suisse, sans liens institutionnels, – par exemple sous forme de médiation dans des conflits internationaux, revalorisation du CICR entre autres – a légèrement augmenté.

Le nombre des personnes en faveur de l'ONU (57%, +6%) et de troupes suisses onusiennes n'a jamais été aussi élevé qu'en 1997 (66%, +14%). L'OTAN peut aussi enregistrer une considérable augmentation de sympathisants: 43% sont partisans d'un rapprochement, soit 6% de plus que l'année précédente, mais seulement un peu moins d'un quart approuverait une adhésion de la Suisse à l'alliance.

En 1997 la disponibilité pour une coopération au niveau de la politique de sécurité dépasse clairement la volonté d'une intégration politique européenne.

Le nombre des personnes se réclamant d'une politique autonomiste, renonçant à tisser des liens internationaux, a relativement constamment diminué depuis 1994, année où cette ligne politique avait atteint son point culminant avec 48%. Aujourd'hui elle atteint au maximum 36%.

Ceci signifie que, depuis 1994, une majorité légèrement croissante de la population suisse ayant le droit de vote manifeste une plus large disponibilité quant à une coopération internationale et une ouverture du pays (64%, +5%). Mais cette majorité reste divisée quant à la voie à suivre. Il est ainsi difficile dans notre pays d'obtenir une majorité unie pour la réalisation concrète d'objectifs dans le domaine de la politique étrangère et de la politique de sécurité. Ainsi il s'avère que les partisans (34%, + 9%) d'une ouverture "douce" de la Suisse, c'est-à-dire autonome, sans liens, l'emportent sur ceux (34%, -4%) qui sont en faveur de liens "durs" sous forme d'adhésions (en particulier à l'UE). La perte de dynamique au sein de l'UE, le sentiment d'insécurité ressenti dans toute l'Europe quant au projet d'union monétaire et l'attitude de l'UE envers la Suisse, entre compromis et pression, dans les négociations bilatérales seraient à l'origine du changement d'opinion par rapport à l'année précédente .

Bien que les tendances montrent que l'on est conscient des limites d'une autarcie nationale en matière de sécurité et de la nécessité d'une plus large ouverture de la Suisse aux dépens de l'autonomie, un certain recul est observé face aux risques qu'entraîne une ouverture. Si la question portant sur une adhésion à l'UE était posée dans dix ans, 6 personnes interrogées sur 10 pensent que l'adhésion recueillerait une majorité de voix aux urnes. Le sentiment d'une collaboration quasi inévitable de la Suisse dans le domaine de l'intégration européenne est vraisemblablement largement répandu.

Les attentes et conjectures du peuple suisse quant aux conséquences économiques d'une adhésion de la Suisse à l'UE déterminent fortement le degré de disponibilité pour une ouverture. A la question si le développement économique de la Suisse serait plutôt meilleur, pareil ou plutôt plus mauvais dans le cas d'une adhésion à l'UE, le relevé montre, comme déjà en 1995, que les opinions divergent – trois groupes apparaissent. De plus, l'attitude fondamentale en ce qui concerne la politique étrangère et la politique de sécurité est soumise à l'influence du sentiment général de sécurité et à l'appréciation du développement de la politique internationale.

Les légers changements de tendances quant à la disponibilité de la Suisse pour une ouverture, observés ces dernières années sur le baromètre d'opinion publique, montrent que la sensibilisation de la population suisse à la politique étrangère s'est accrue. Dans cette situation les oscillations se répercutent rapidement sur les attitudes envers l'UE, respectivement envers l'EEE.

**L'importance de la neutralité et ses interprétations:** La neutralité en tant que principe de la politique étrangère suisse et de la politique de sécurité recueille, de manière inchangée, un taux élevé en sa faveur (depuis 1991 en moyenne 80%). Aux yeux des citoyens et citoyennes moyens, la neutralité en tant que principe a, dans le courant à long terme, soit de 1983 à 1997, en général peu perdu de son attrait. Elle jouit d'une haute estime en ce qui concerne toutes ses fonctions. Pour la majorité elle est une maxime à caractère de finalité. Seule une minorité y voit aussi des désavantages possibles. Cependant elle est interprétée en 1997 de manière plus «flexible» par les majorités croissantes que lors des relevés précédents. Mais, aussi en 1997, les facteurs tradition et identification jouent, dans la perception de neutralité, encore un rôle plus important que les réflexions d'utilité instrumentale. La neutralité suisse est encore considérée par la majorité de la population comme une maxime d'état qu'il faut maintenir même si sa fonction peut paraître se dévaloriser à la suite du développement international.

Depuis 1993 les points de vue critiques et pragmatiques quant à la neutralité ont gagné du terrain, aux dépens des points de vue traditionalistes, surtout auprès des jeunes. En ce qui concerne la neutralité, environ 37% des Suissesses et Suisses passent aujourd'hui pour traditionalistes (1993 : 48%), 21% pour des représentantes, respectivement représentants, du point de vue pragmatique (inchangé depuis 1993) et 18% pour critiques (1993: 11%). Quant aux autres, ils ont une idée confuse et contradictoire de la neutralité. La discussion publique quant au rôle de la Suisse durant la Deuxième Guerre mondiale semble avoir particulièrement terni le prestige de la neutralité (voir ci-dessous).

De plus, entre 1993 et 1997, l'opinion quant à une neutralité n'excluant pas, en matière de politique de sécurité, une étroite collaboration avec l'OTAN, en particulier, a gagné du terrain.

**L'image de la Suisse quant à son rôle dans la Deuxième Guerre mondiale:** Cette image a changé durant la décade passée – même rapidement ces derniers mois. C'est ce qu'il ressort d'une comparaison des données de 1983 et 1997. Une majorité de 60% des Suissesses et Suisses pensent que notre pays a été épargné durant la Deuxième Guerre mondiale avant tout à cause de son étroite collaboration économique avec l'Allemagne et ses alliés et non plus – comme c'était le cas en 1983 – par la volonté de défense militaire de la Suisse d'alors (1997: 40%, 1983: 61%). Ce changement dans l'opinion publique est enregistré davantage auprès des jeunes qu'auprès des personnes âgées.

Ce changement évident de l'image de la Suisse quant à son rôle durant la Deuxième Guerre mondiale revêt actuellement une importance politique d'une part, parce qu'il permet de poser la question dans l'opinion publique quant à

l'interprétation future de la neutralité suisse, d'autre part parce qu'il érode l'image de la neutralité traditionaliste qui dominait jusqu'à aujourd'hui, et qui trouvait ses racines dans la symbolique nationale et un certain rôle missionnaire de la nation neutre et pacifique, pouvant servir de modèle au monde. Il est évident que les réflexions sur la neutralité armée pendant la Deuxième Guerre mondiale et son aspect «moralisateur» influencent, au niveau de la discussion internationale, l'opinion de la population suisse quant à sa manière de voir la neutralité aujourd'hui et à l'avenir.

L'accord passé entre la Suisse et l'OTAN dans le cadre du «**Partenariat pour la paix**» (PPP) est peu connu – en particulier en Suisse romande et au sein de la population féminine. Cependant, après explication, trois quart des personnes interrogées trouvent cet accord compatible avec la neutralité et l'approuvent. De plus, aujourd'hui davantage de Suissesses et de Suisses qu'en 1995 sont en faveur d'une collaboration, sous forme de troupes non-combattantes, avec des forces armées étrangères. Il est plus facile en 1997 qu'il y a quelques années de s'imaginer des soldats suisses engagés à l'étranger dans le cadre de missions de maintien de la paix. L'opinion publique est nettement moins divisée à ce sujet qu'autrefois. Elle s'est vraisemblablement habituée aux petits contingents de soldats suisses à l'étranger. L'image médiatique des bérets bleus en Namibie, au Sahara occidental ou des bérets jaunes à Sarajevo et le fait que ces engagements ont été jusqu'à présent fructueux, et se sont déroulés sans problèmes, ont contribué à leur succès. L'idée même que des hommes et femmes soldats soient engagés à l'extérieur de nos frontières est devenue entre-temps une option consensuelle, malgré le refus de la création d'un bataillon de casques bleus en 1994. La majorité de la population n'y voit pas de violation de la neutralité suisse.

La marge de manoeuvre en matière de politique de sécurité s'est ainsi élargie en vue d'une collaboration avec l'ONU et l'OTAN dans le cadre des missions de maintien de la paix.

Comme dans les années précédentes, une faible majorité de 55% est d'avis que la Suisse dépense trop pour sa défense. Mais cette critique continue d'être plus faible que celle exprimée durant la période 1986-1992. La critique vient surtout des 48% de citoyennes et citoyens qui trouvent les effectifs trop élevés.

**Défense nationale:** Après avoir atteint en 1996 son point le plus bas, probablement à cause des scandales internes du DMF, le taux d'approbation quant à la nécessité de l'armée a de nouveau atteint le seuil des 70% en 1997. Le groupe d'âge des 20 à 29 ans dit, en majorité, oui à l'armée (58% contre 49% l'année précédente). Le taux d'acceptation de l'armée n'est que partiellement en corrélation avec la perception de la menace. L'importance attribuée à cette dernière n'est pas du tout aussi grande – du moins en période de stabilité relative – que celle qui lui est souvent attestée. Ce sont avant tout les facteurs de politique intérieure qui déterminent l'attitude envers l'armée.

**Structure de l'armée:** Le mouvement de sympathie croissant, constaté l'année passée, pour une armée professionnelle s'est encore accru cette année (36%) par rapport aux enquêtes précédentes. Il n'est pas certain que, derrière cette

sympathie, se cache des réflexions fondamentales sur la structure optimale de l'armée. Un nombre, dépassant la moyenne, de personnes du groupe d'âge des 18 à 29 ans (49%) et de personnes interrogées de sexe masculin (43%) montre un intérêt croissant pour les forces armées constituées de volontaires. Ce chiffre indiquerait des motifs comme: «oui – mais sans moi».

Comparé à l'année précédente **l'intérêt** particulièrement actif que portait, durant de nombreuses années, seulement la moitié des citoyennes et citoyens **pour la politique de sécurité** a légèrement baissé. Le manque d'événements extraordinaires en matière de politique de défense durant la période de l'enquête semble renforcer la thèse selon laquelle ce sont avant tout les événements d'actualité qui peuvent susciter un intérêt – temporairement dépassant la moyenne – pour la politique de sécurité, impliquant des points de vue positifs ou négatifs.



## **Security '97 – Trends regarding the shaping of opinion in security policy**

The annual research survey of security, carried out by the Swiss military college at the Federal Institute of Technology, in cooperation with the Center for Security Studies and Conflict Research at the Federal Institute of Technology (Prof. Dr. Kurt R. Spillmann) helps to determine trends in the formation of opinion in the field of security and defense policy in Switzerland. The research studies are based on representative surveys carried out yearly or every other year. The survey 1997 was carried out in March by phone, questioning 1014 persons entitled to vote and chosen at random all over Switzerland.

**The general feeling regarding security and menace:** Switzerland is said to be a safe country but not one with a safe future. Eight out of ten Swiss feel «quite or very safe» but only few more than half feel optimistic about their future over the next few years. Compared with 1996, in 1997 the general feeling about security and prospects in the future in general has slightly improved. It rose by 5%. The atmosphere in 1997 is not as dark as in the previous year, but neither as optimistic as in 1994 (60%) and 1995 (62%). In contrast to this slightly more optimistic mood, 50% of the respondents in 1997 are quite pessimistic about world politics in general.

**Confidence in authorities and institutions:** The guarantor of domestic security (police) and external security (army) has, regarding 6 institutions – federal council, federal parliament, police, army, media and economy – earned the top scores. Compared with the results of a survey in 1995, all of the above-mentioned institutions show slight losses in credibility. This was particularly evident regarding the federal council. There seems to be a clear correlation between how much citizen trust in authorities and how safe they feel.

**The readiness regarding international cooperation:** Looking at the preceding year, the willingness for a rapprochement with the EU (67%) stagnated (albeit at the same high level). Nevertheless, the readiness to become a full fledged member of the EU has clearly diminished (42% in 1996, less 10% in 1997). On the other hand there has been a slight increase in the number of people favoring a Swiss autonomous opening without institutional commitments (i.e. international mediation or a reevaluation of the ICRC).

The percentage of advocates of the UN (57% in 1996, up 6% in 1997) and Swiss UN military troops reached in 1997 an all time high (66%, up 14%). 1997 results showed increase of sympathy. 43% are in favor of a rapprochement. That is more than last year, yet only few more than a quarter approve of joining the alliance.

The courage for cooperation in security policy predominates in 1997 the wish for a political integration in Europe!

As compared with 1994, the last time this issue got so much attention, the percentage of citizen insisting on autonomous politics diminished steadily. It is at 36% today.

All in all, since 1994 there has been a slightly growing majority of Swiss people entitled to vote who declared themselves favorable regarding their disposition toward international cooperation and toward a Swiss opening. Concerning what course Switzerland should follow, this majority has different opinions, which makes it even more difficult to reach a unanimous majority in favor of a concrete plan about domestic and foreign policy. Opponents to a "soft", in other words autonomous Swiss international role without binding commitments (34%, up 9%) grew stronger compared with respondents who welcome "strong" binding commitments in the form of agreements (most of all to the EU (34%, less 4%)). The general loss of momentum in the EU, noticeable throughout Europe because of the planned Monetary Union, and the EU's attitude toward Switzerland which alternates between rapprochement and pressure toward hegemony during bilateral negotiations, has led to this swing in public opinion within the last year.

In other words: the trend is toward a growing awareness regarding the limits of national autarky in the field of security policy and the necessity of a more open Swiss attitude despite the loss of autonomy. The risks inherent in an opening are still feared. When asked to imagine how the Swiss would vote if the issue of EU membership came before the public in 10 years, 6 out of 10 respondents said they felt it would pass.

Assumptions and exceptions concerning economic consequences after having joined the EU influence the citizens' disposition toward a more open Switzerland quite considerably. As to the question whether or not a membership in the EU would enhance the development of the Swiss economy, 1997 results echo results of the survey taken in 1995; a division into 3 differing opinions is evident.

During the last several years a very slight change in the barometer of opinion has been noticed regarding the helvetic readiness for a Swiss opening. It seems as if the sensorium regarding foreign policy has grown more intense. In a situation like this, fluctuations of the general wellness regarding the integration in Europe accelerate at a relatively fast rate one's readiness toward an membership with the EU – that is to say – with the EEA.

**Neutrality – meaning and interpretation:** Neutrality as a principle of Swiss domestic and security policies continuously meets with considerable approval (since 1991 an average of 80%). During the period from 1983 to 1997 the issue of neutrality has lost only little of its attractiveness for the average person. Neutrality is still highly valued for all the roles it plays. For the majority it is a maxim with an objective. Only a minority perceives possible disadvantages. On the other hand, a growing majority in 1997 interpreted «neutrality» in a more flexible way than respondents in former surveys. Traditional and nationalistic

points of view are in 1997 still more important than technical observations about the benefits of Swiss neutrality. Neutrality is still considered a state tenet which should be respected even when its functionality, as a consequence of international development, is declining.

Since 1993 critical and pragmatic opinions about neutrality have above all gained ground among the younger generation; this at the expense of the traditionalists. Regarding neutrality, about 37% of the Swiss in 1997 are traditional (1993: 48%), 21% are pragmatic (no change since 1993) and 18% are critical (11% in 1993). The rest of the population has no very clear – in fact rather confused – opinion about neutrality. Especially the well publicized discussions about the Swiss role in the Second World War seems to have damaged the reputation of neutrality (see below).

Between 1993 and 1997 the belief has gained ground that neutrality need not reclude the maintenance of a cooperation, especially not with NATO, in the field of security policy.

**The historical image of the role Switzerland played in World War II:** The historical image has generally changed over the last decade and during the last few months, when the rate of change has probably been even more rapid. A comparison of corresponding data from 1983 to 1997 shows that in 1997 a majority (60%) of citizen think that our country was saved during the Second World War mostly because of the close economic cooperation with Germany and its allies. Not – as respondents answered in 1983 – because there existed a readiness for a Swiss military defense. (1997: 40%, 1983: 61%). Not so much the older, but the younger generation tends to perceive that economic cooperation rather than military readiness saved Switzerland during the Second World War.

This evident change of Switzerland's historical image is of current political importance because, first of all, it highlights in importance the process of opinion formation on the question of how Swiss neutrality will have to be defined in the future. Secondly, it erodes the traditional image which has prevailed until now that neutrality is a national symbol and that it involves a certain sense of mission, giving at the same time an example of a peaceful and neutral nation. Current discussions on an international level regarding armed neutrality during the Second World War may also affect current and future opinion among the Swiss regarding neutrality.

Particularly among the French speaking population in Switzerland and the females, the Swiss agreement with NATO within the bounds of the «**Partnership for peace**» (**PfP**) is not very well known. But after it has been more carefully explained, three quarters of the respondents in these 2 groups found it compatible with neutrality. A higher number of persons as in 1995 would, furthermore, tolerate a non-combatant cooperation with foreign armed forces. The possibility of Swiss soldiers in peace-keeping operation outside Swiss borders is in 1997 no longer excluded as it was a few years ago. The general point of view is no longer as split as it once was. It seems that the Swiss got used to the idea that a small contingent of members of the army might serve abroad. The appearance in the

media of blue berets in Namibia, West-Sahara and yellow berets in Sarajewo, as well as the fact that these operations were successful and unproblematic, seem to have had their effect. The idea that Swiss soldiers may operate outside Swiss borders, has met with consent. This in spite of the rejection of a battalion of blue helmets at a plebiscite in 1994. The majority of the Swiss population does not see this as a violation of the principle of Swiss neutrality.

The spectrum of possible roles regarding international cooperation with the UN and NATO in the field of security policy has thus expanded.

**Military expenses:** As in preceding years, a slight majority (55%) believes that Switzerland spends too much on its defense. Criticism of this spending is, however, less pronounced in 1997 than during the years 1986 to 1992. 48% of citizen in 1997 think that the army is too large.

**National defense by the army:** After a low point in public opinion, probably caused by interior scandal at the DOD, Swiss approval for an army reached 1997 again 70%. The majority of active Swiss soldiers at the age of 20 to 29 years is in favor of the army (58% compared with 49% last year). The percentage of approval for the army is not necessarily influenced by any perceptible foreign menace. It has, however not -especially not in periods of stability – the importance which it is sometimes given. More important are considerations regarding domestic policy.

**The structure of the army:** Compared with former surveys, this year there is a higher approval for a professional army (36%). This trend has already been noticed last year. Whether the reason for this sympathy lays in closer examinations of the structure of the army is however to be doubted. The above-average high number of affirmative responses regarding the age of 18-29 years (49%) and the male respondents (43%), suggest a «yes – but without me» motive for the higher interest in a voluntary army.

The average of only 50% of voters who were **interested in security policy** in preceding years sunk slightly this year. The absence of occurrences concerning military policy during the period in which the survey was conducted, seems to support the thesis that such current occurrences lead to a temporary overproportional interest in security policy with its corresponding positive or negative formation of opinion.

## 1. Untersuchungsdesign

Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt führen die Dozentur für Soziologie an der *Militärischen Führungsschule (MFS) an der ETHZ* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH* zusammen in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur Wahrnehmung von «Sicherheit» im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen mit Bezug auf

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden sowie das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Einschätzung der Verteidigungsausgaben,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben Trendfragen werden jährlich Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themata gestellt. Dieses Jahr betrifft dies

- die Beurteilung des im Dezember 1996 unterzeichneten Abkommens «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) mit der NATO,
- die Wahrnehmung möglicher Gründe für die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

## 2. Datenbasis

Soweit nichts anderes angegeben, handelt es sich um eigene Erhebungen. Auf von Dritten erhobene Daten wird verwiesen.

Die Daten 1997 beruhen auf einer telefonischen Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1014 zufällig ausgewählten stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizern der deutschen, französischen und italienischen Schweiz.

Die Interviews wurden vom Institut DEMOSCOPE, Adligenswil, im Zeitraum vom 24. Februar bis 11. März 1997 durchgeführt.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen mit Aufschlüsselung für

- die Sprachregion (DS, FS, IS),
- das Geschlecht,
- das Alter (18-29, 30-54, 55+),
- die politische Selbsteinstufung "Links-Rechts",
- den Schulbildungsgrad (obligatorische Schule, Berufsschule, Mittelschule u.ä., Hochschule),
- die Militärzugehörigkeit (ja, nein).

sind in *Anhang III* aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall  $\pm 3\%$ . In der vorliegenden Stichprobe sind Personen mit hoher Bildung leicht übervertreten.

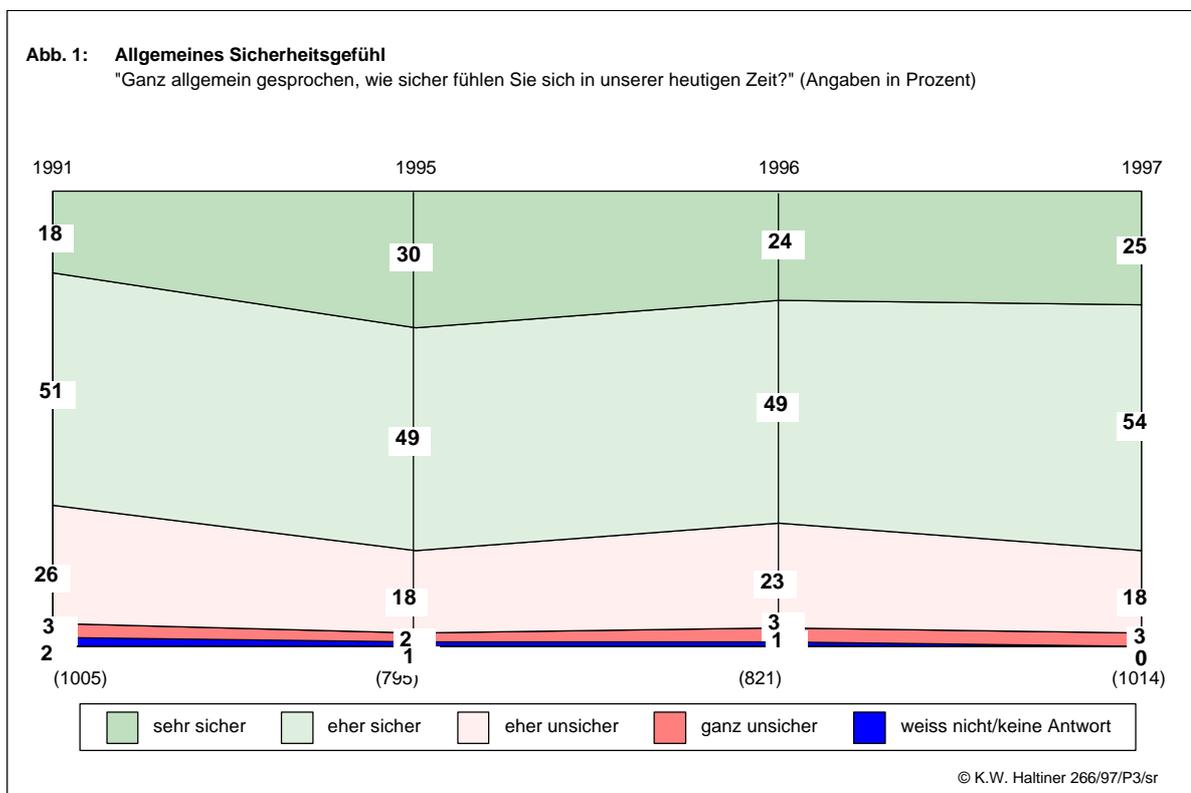
Zusätzliche Informationen zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in *Anhang I* und zur Methodik in *Anhang II*.

### 3. Allgemeines Sicherheits- und Bedrohungsempfinden

#### 3.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden (Abb. 1)

Auf die Frage, wie sicher man sich "in unserer heutigen Zeit" fühle, geben 1997 acht von zehn Befragten (79%) an, sich "sehr" bzw. "eher sicher" zu fühlen. Dieser Anteil an sich "sicher" fühlender Personen liegt etwa in der Grössenordnung der Erhebung 1995 und um 6% höher als im Vorjahr. Zugenommen haben jene, die sich als "eher sicher" einstufen (54%), während gleichzeitig die, die sich als "sehr sicher" bezeichnen, von 30% im Jahre 1995 auf 25% 1997 abgenommen haben. Darin kommt eine gewisse Verunsicherung im allgemein hohen Sicherheitsgefühl zum Ausdruck.

Signifikante Unterschiede hinsichtlich des Sicherheitsempfindens bestehen zwischen den Sprachregionen: Befragte aus der italienischen Schweiz und aus der Romandie geben im Vergleich zu den Deutschschweizern überdurchschnittlich an, sich sicher zu fühlen (84% bzw. 86% gegenüber 76%). Das entspricht einer leichten Abnahme von 5% in der Westschweiz, jedoch einer Zunahme von 8% in der Deutschschweiz gegenüber dem Vorjahr.



Männer wännen sich im Durchschnitt deutlich sicherer (83%) als Frauen (73%). Dieser Geschlechterunterschied entspricht einer Konstante, die sich in allen früheren Studien «Sicherheit» feststellen lässt. Gerade weil diese Differenz sich immer wieder und bei den verschiedensten sicherheitsbezogenen Fragestellungen – so z.B. auch bei der Zukunftseinschätzung der Schweiz – findet, dürfte es schwierig sein, dafür eine einfache Erklärung zu finden.

Ein deutliches Gefälle besteht zudem nach dem Alter: Ältere Befragte fühlen sich deutlich weniger "sehr" und "eher sicher" als jüngere. 88% der 18- bis 29jährigen fühlen sich sicher, aber nur 79% der 30- bis 54jährigen und bloss 72% der über 55jährigen. Auch dies entspricht einer Konstante im Rahmen bisheriger Befragungen.

### **3.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz (Abb. 2)**

Der leichten Zunahme im allgemeinen Sicherheitsgefühl entspricht eine ebenfalls leichte, 5prozentige Zunahme an Zukunftsoptimismus für die Schweiz im Vergleich zum Vorjahr. Damals war ein erheblicher Pessimismuszuwachs im Vergleich zu 1995 zu verzeichnen gewesen. Es hielten sich Zukunftspessimismus (47%) und -optimismus (48%) in etwa die Waage. 1997 überwiegen nun wieder – allerdings nur knapp – wie 1994 und 1995 Personen, die mit Optimismus in die nähere Zukunft der Schweiz, d.h. die nächsten 5 Jahre blicken (53% versus 45%).

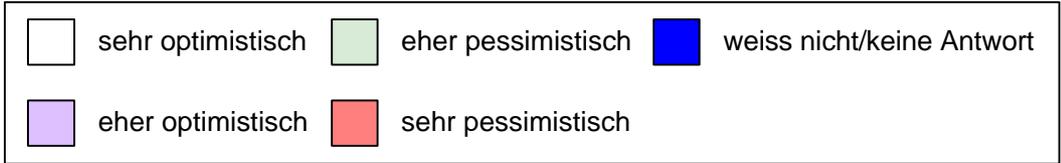
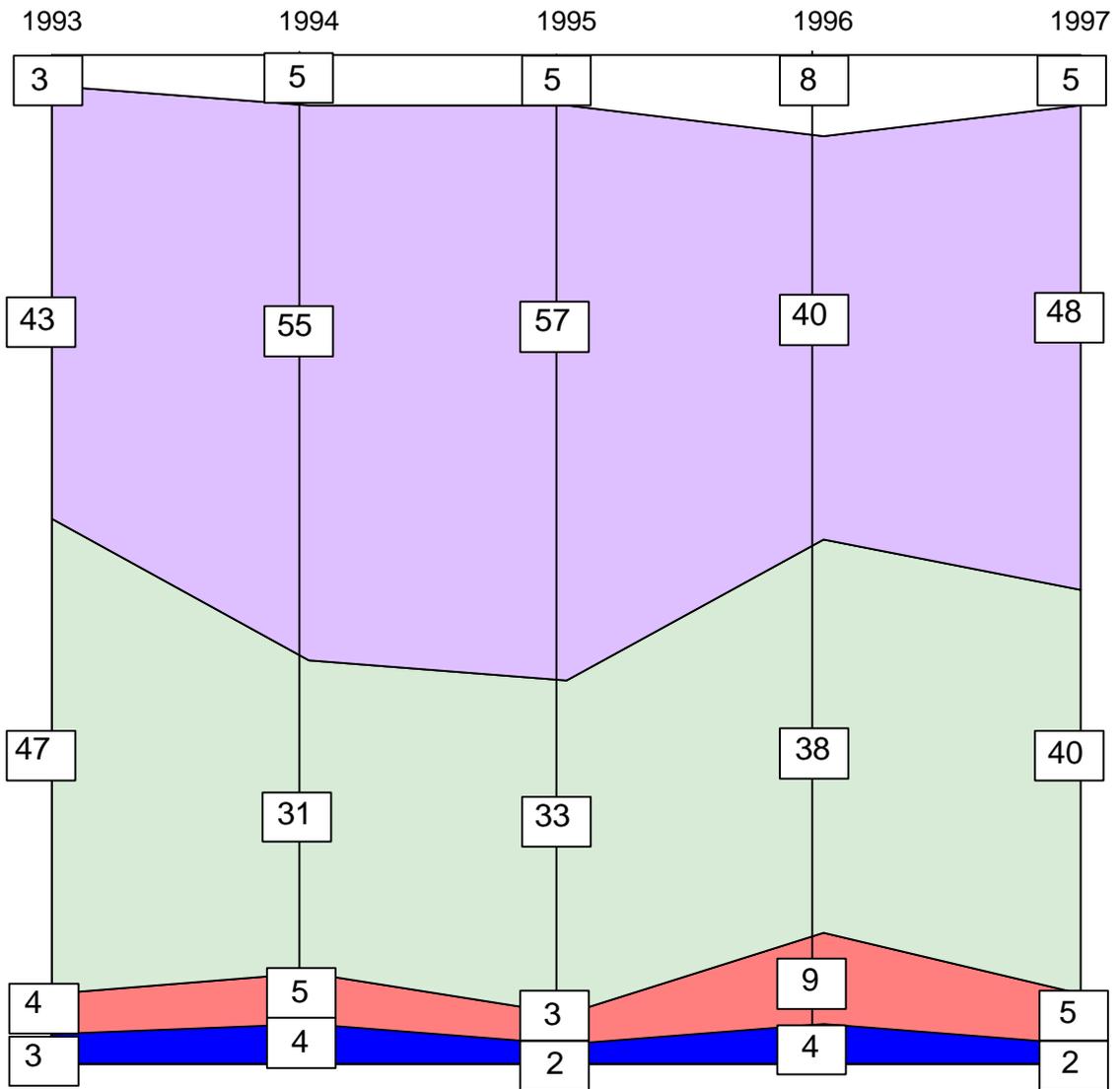
Wie schon im letzten Jahr, aber anders als 1995, lassen sich sprachregionale Unterschiede feststellen: Nur eine Minderheit der Befragten aus der französischen Schweiz sieht eine rosige Zukunft für die Schweiz in den nächsten fünf Jahren (47%). Hingegen geben sich 55% der Befragten aus der Deutschschweiz und 58% des italienischsprachigen Landesteils optimistisch mit Bezug auf die nähere Zukunft der Schweiz.

Männer sind optimistischer (56%) als Frauen (50%). Nach dem Alter lassen sich kaum signifikante Unterschiede ausmachen.

Bei Personen mit nur obligatorischer Schulbildung überwiegt 1997 der Zukunftspessimismus (53% gegenüber 43% im Vorjahr). Dies möglicherweise als Folge der seit ein paar Jahren überdurchschnittlich schlechteren Arbeitsmarktchancen für Personen mit tieferer Schulbildung.

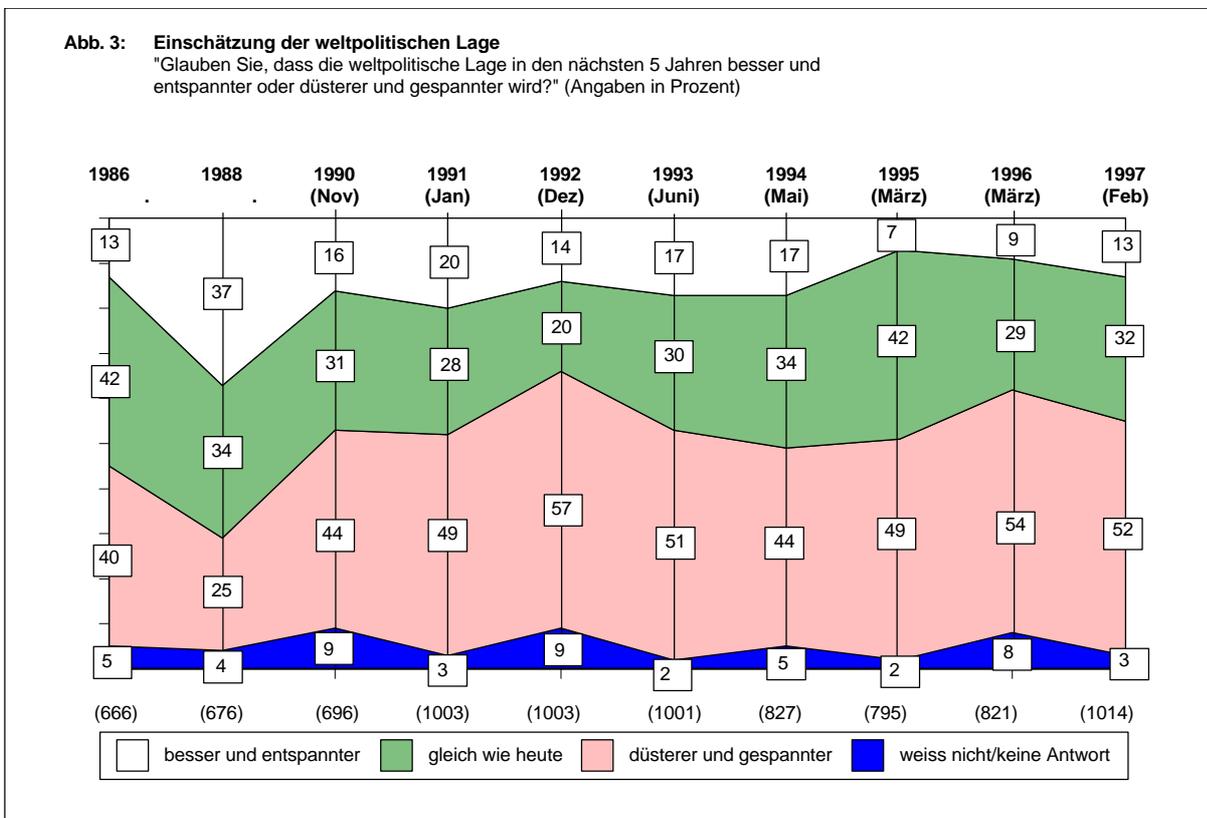
**Abb.2: Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz/**

"Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten 5 Jahre - für die Schweiz?" (Angaben in Prozent)



### 3.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage (Abb. 3)

Bei der Einschätzung der weltpolitischen Situation überwiegt – wie seit 1990 regelmässig! – der Pessimismus. Man schätzt die weltpolitische Entwicklung mehrheitlich relativ düster ein. Die 1997 wieder leicht optimistischere Beurteilung von allgemeiner Sicherheit und Landes Zukunft (Abb. 1 und 2) findet keine Entsprechung bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Obwohl der Anteil an Befragten, welche die weltpolitische Lage für die nächsten 5 Jahre als besser und entspannter im Vergleich zu heute einschätzen, von 9% im Vorjahr auf 13% gestiegen ist und die Zukunftsskeptiker um 2% auf 52% gesunken sind, unterscheiden sich die Zahlen gegenüber dem Vorjahr zu wenig, um von signifikanten Veränderungen sprechen zu können.



### 3.4 Zusammenhänge zwischen dem Sicherheitsempfinden und der nationalen und weltpolitischen Zukunftseinschätzung

Zwischen der Beurteilung der weltpolitischen Lage und dem Sicherheitsempfinden besteht ein signifikanter ( $\gamma: 0.21$ )<sup>1</sup>, wenn auch etwas schwächerer Zusammenhang als zwischen der weltpolitischen Lage und der Einschätzung der Zukunft der Schweiz ( $\gamma: 0.31$ ). Vor allem die letztere, relativ starke Beziehung

<sup>1</sup> Vgl. Erklärung der statistischen Masszahlen in Anhang II.

zwischen der nationalen und internationalen Zukunft lässt vermuten, dass die Einschätzung der eigenen nationalen Lage auch auf die weltpolitische Entwicklung projiziert wird.

Fazit: Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Beurteilung der Zukunftsaussichten der Schweiz haben sich 1997 im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert. Die '97er Stimmung ist nicht mehr so düster wie ein Jahr zuvor, aber auch nicht so optimistisch wie 1994 und 1995. Die Zukunftszuversicht für das Land muss indes noch immer als verhalten bezeichnet werden. Die im Vergleich zu früher leicht bessere nationale Stimmungslage findet ihren Gegenpol in einer seit 1991 anhaltend hohen Skepsis bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Es überwiegen weltpolitisch eher düstere Erwartungen für die nächsten Jahre.

## **4. Internationale Öffnung versus nationale Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen**

### **4.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage**

Für die Ermittlung des Grades an internationaler Kooperationswilligkeit in der schweizerischen Bevölkerung wurde 1993 ein Index entwickelt, der seither für die Trendermittlung in unseren Befragungsstudien «Sicherheit» Verwendung findet. Ihm liegt die folgende Überlegung zugrunde:

Theoretisch ist ein Einstellungskontinuum in der Bevölkerung denkbar, das von einer maximalen Öffnungswilligkeit der Schweiz bis hin zu einer maximalen Autonomiebetonung reicht. Wer den Beitritt des Landes zu supra- bzw. internationalen Institutionen (in unserem Fall: EU, UNO, NATO) gutheisst, kann als maximal öffenungsbereit gelten. Umgekehrt: Wer die Meinung vertritt, die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeglicher Art fernhalten, kann als maximal autonomiebetonend gelten.

Zwischen diesen gegensätzlichen Extrempositionen sind sinnvolle mindere Grade an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung denkbar. Ein geringerer Grad an Öffnungsbereitschaft manifestiert sich beispielsweise in der Bereitschaft, den Beitritt der Schweiz zu bestimmten Institutionen (z.B. der UNO oder der EU oder der NATO) gutzuheissen, zu anderen hingegen nicht. Als noch geringer ist ein Grad an Öffnungsbereitschaft zu bezeichnen, der anstelle von Beitritten nur eine autonome Annäherung der Schweiz an Institutionen (z.B. durch Nachvollzug von wirtschaftspolitischen Massnahmen, durch einseitige Anpassung von Recht) billigt.

Auf der anderen Seite unterscheidet sich eine mildere Autonomiebetonung von einer maximalen beispielsweise durch die Forderung, die Schweiz solle möglichst unabhängig bleiben, mit anderen Worten, die Beibehaltung nationaler Souveränität sei zu optimieren, nicht zu maximieren. Eine Annäherung oder gar ein Beitritt zu einzelnen supra- bzw. internationalen Institutionen wird dabei nicht ausgeschlossen.

Die Neutralitätsauffassung der Befragten – so die Hypothese – kann als eine Art Scharnier definiert werden, das den Winkel der Öffnungs- bzw. die Autonomieperspektive bestimmt. Zu erwarten ist, dass wer eine Öffnung der Schweiz fordert, eher den Verzicht auf die Neutralität oder eine differentielle Neutralität billigt, als wer sich für das Festhalten an der nationalen Souveränität unter Verzicht auf internationale Bindungen ausspricht.

Mit anderen Worten: Das in der folgenden Abbildung dargestellte Kontinuum geht von der Vermutung aus, dass die Frage "Öffnung versus Autonomie der Schweiz" in der befragten Bevölkerung nicht entweder-oder-, sondern sowohl-als-auch-Charakter hat. Die Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich des-

halb auch nicht – wie dies in verschiedenen Trendbefragungen hierzulande derzeit geschieht – mit einer Einzelfrage, beispielsweise nach der Willigkeit, der EU beizutreten, angemessen erfassen und wiedergeben. Eine Öffnungsbereitschaft verschiedener Grade lässt sich mit unterschiedlichen Graden der Autonomie- und Neutralitätsbetonung vereinbaren.

Der Ermittlung des Grades an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung dienen seit 1993 insgesamt 19 Fragen, sogenannte Indikatoren. Sie alle sind als Zielvorgaben ("Die Schweiz sollte...") formuliert. Sieben der 19 aussenpolitischen Zielvorgaben wurden bereits im Jahre 1989 und 1991 erfragt, die Vorgabe zur Beibehaltung der Neutralität schon 1983.

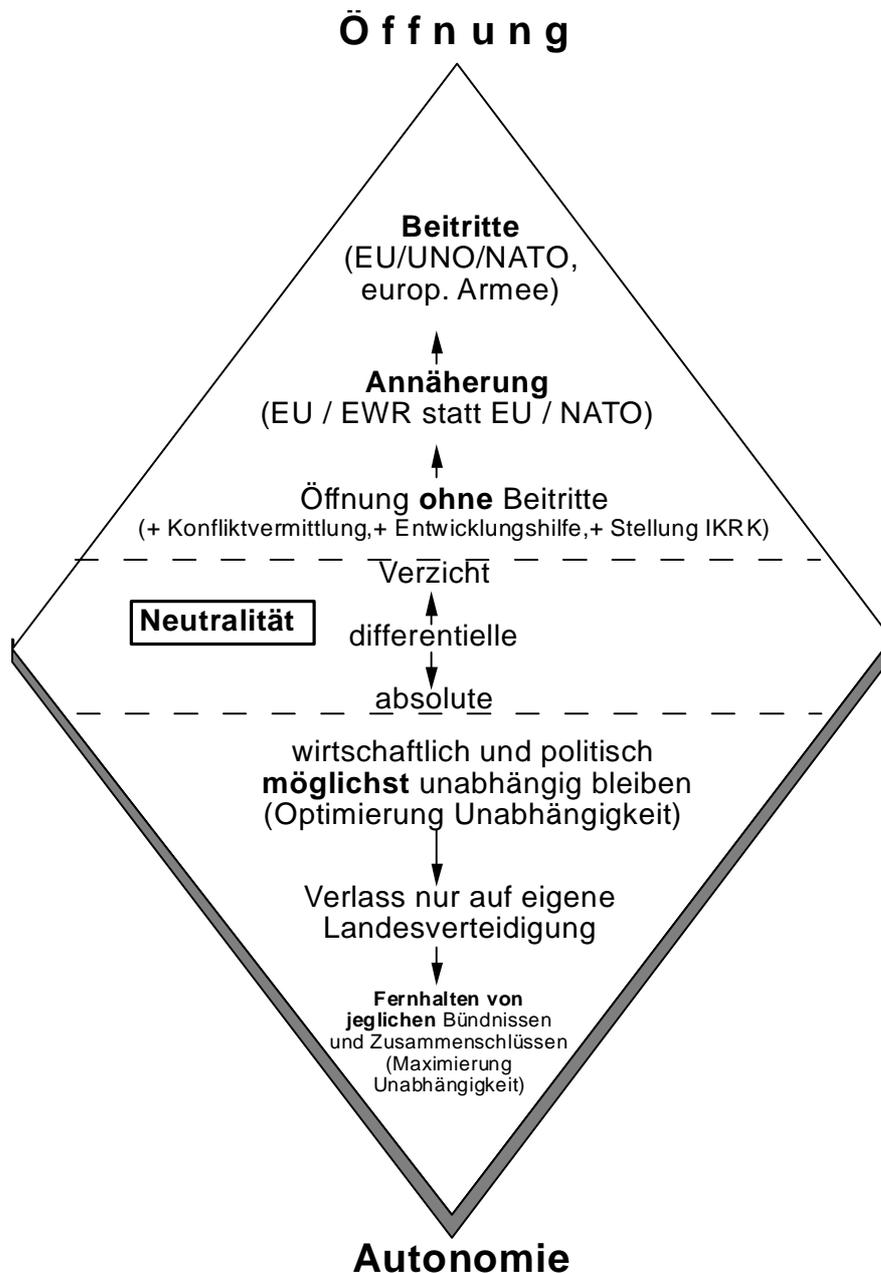


Abbildung: Das der Befragung zugrunde gelegte Einstellungskontinuum

## **4.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend**

Die 19 Indikatoren sind gegliedert nach

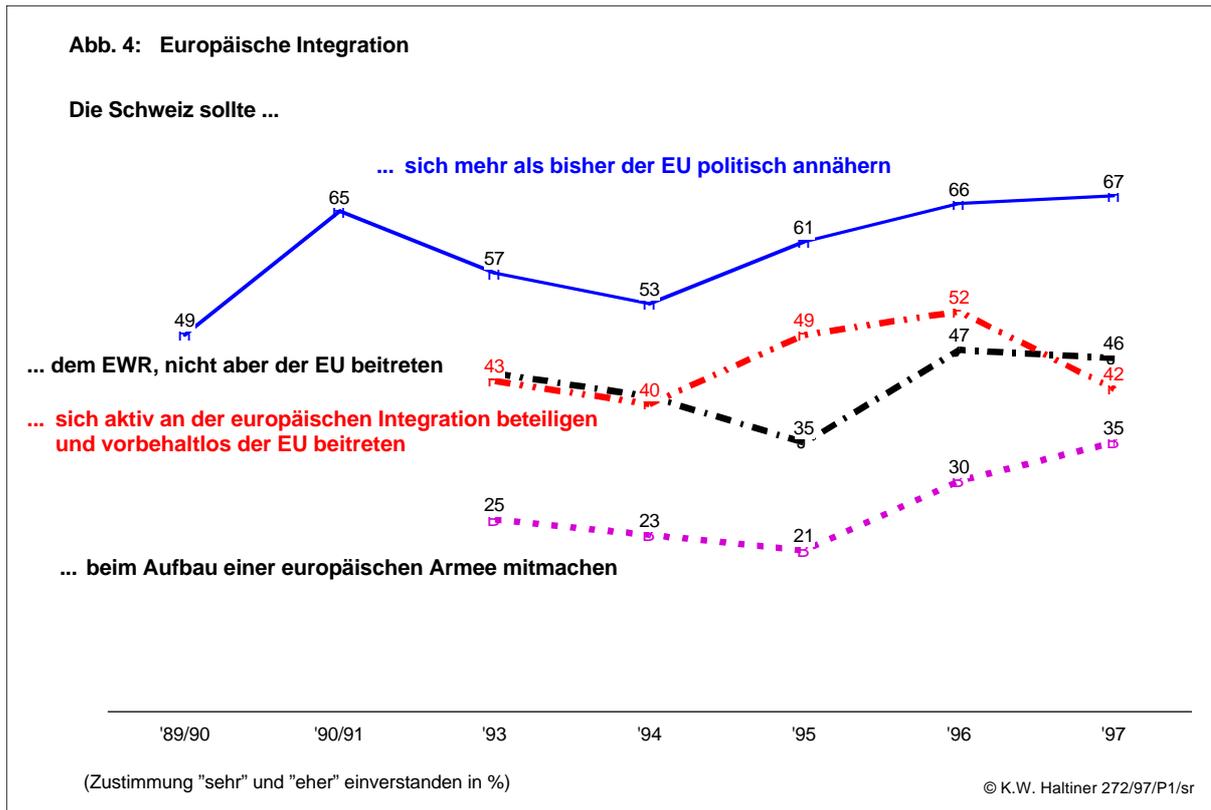
- der Willigkeit zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung bzw. Beitritt zur EU bzw. zum EWR (Abb. 4) sowie zur NATO bzw. zur UNO (Abb. 5),
- der Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (Abb. 6),
- der Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (Abb. 7),
- der Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (Abb. 8).

## **4.3 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung: EU bzw. EWR bzw. europäische Armee (Abb. 4)**

Im längerfristigen Trend überwiegt die Meinung, die Schweiz solle sich mehr als bisher der EU politisch annähern, jene einer EU- bzw. einer EWR-Beitrittsbefürwortung (Abb. 4). Nur die Annäherungsoption ist im Beobachtungszeitraum 1990-1997 mehrheitsfähig. Das heisst, nur hierzu liegt eine Zustimmung vor, die seit 1990/91 im Bevölkerungsdurchschnitt 50% überschreitet. Die Zustimmung zur "Annäherung" hat nach einem Rückgang von 1993 bis 1994 auf 53% seit 1995 wieder stetig zugenommen und liegt 1997 bei 67%.

Der 1995 und 1996 beobachtete leichte Anstieg bei der Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt erfährt 1997 einen jähen Einbruch, von 52% im Vorjahr auf 42% in diesem Jahr (vgl. auch Abschnitt 4.11). Die Beitrittszustimmung liegt, wie schon in den Vorjahren, in der welschen Schweiz mit 66% deutlich höher als in der deutschen und italienischen Schweiz, wo bloss 34% bzw. 40% einem EU-Beitritt zustimmen (Vgl. Tab. 15 "Sprachregion" im Anhang III). EU-Annäherung und EU-Beitritt sind zudem deutlich mehr ein linkes Anliegen als eines der Mitte oder des rechten Lagers (79%, 63% und 61% für die Annäherung bzw. 60%, 37% und 33% für den Beitritt). Hochschulabsolventen sprechen sich eher dafür aus als Personen mit tieferer Schulbildung, jüngere leicht stärker als ältere.

Stabil geblieben ist im Vergleich zum Vorjahr die Zustimmungsrates für einen EWR-Beitritt (1996: 47%, 1997: 46%). Auch hier liegt der Befürworteranteil mit 52% in der französischen Schweiz höher als in den übrigen Sprachregionen (45% in der deutschen und 44% in der italienischen Schweiz). Im Gegensatz zur Romandie liegen in der deutschen und italienischen Schweiz 1997 die Befürworteranteile für einen EWR-Beitritt höher als bei der Frage nach einem EU-Beitritt. Der EWR-Beitritt ist jedoch, wie schon 1996, derzeit nicht mehrheitsfähig.



Verglichen zu 1996 entwickelt sich die Bereitschaft zum Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Armee gegensätzlich zum EU-Beitritt: Während der EU-Befürworteranteil innert Jahresfrist um 10% gesunken ist, hat die Zustimmung zu einer europäischen Verteidigung um 5% gegenüber dem Vorjahr auf 35% zugenommen. Das Einverständnis zum Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Armee liegt höher in der Westschweiz, bei jungen Befragten, bei Personen, die sich politisch links einstufen, sowie bei Befragten, die eine höhere Bildung aufweisen.

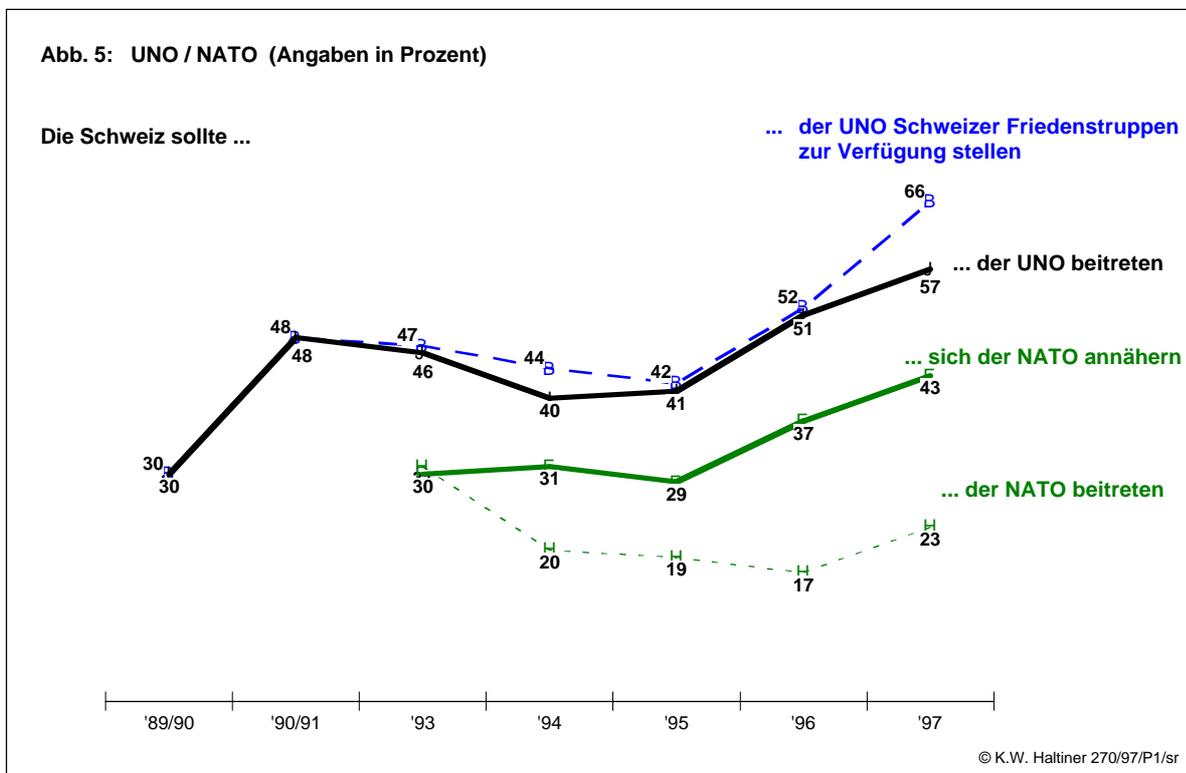
#### 4.4 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung: NATO bzw. UNO (Abb. 5)

Anders als bei der politischen EU-Integration zeigt sich bei der sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und beim UNO-Beitritt keine Tendenzwende im Vergleich zu den Vorjahren (Abb. 5). Nach der Baisse von 1990 bis 1995 steigen die diesbezüglichen Zustimmungsraten unvermindert an:

Die Befürworteranteile für die UNO und für Schweizer UNO-Truppen liegen 1997 so hoch wie noch nie zuvor. 57% heissen einen UNO-Beitritt gut (1996: 51%). Überdurchschnittlich befürworten Bürgerinnen und Bürger aus der französischen und italienischen Schweiz (68% und 76%) einen UNO-Beitritt sowie Personen, die sich als linksorientiert bezeichnen (72%), jüngere Generationen (66%) sowie solche mit hoher Schulbildung (74%).

Zudem meinen 66%, die Schweiz solle der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen, ein Zuwachs von 14% innert Jahresfrist (1996: 52%)! Die diesbezüglichen Unterschiede nach den Sprachregionen und dem Alter sind gering. Befürworterinnen und Befürworter finden sich überdurchschnittlich im linken Meinungsspektrum und bei Personen mit hoher Schulbildung.

Ebenso deutlich, wenn auch im Ausmass schwächer ist der Sympathiezuwachs für die NATO: 43% heissen eine NATO-Annäherung gut, 6% mehr als im Vorjahr. 23% wären gar mit einem NATO-Beitritt sehr oder eher einverstanden (1996: 17%). Die NATO-Sympathisanten finden sich überdurchschnittlich häufig in der Westschweiz, bei der jüngeren Generation und bei den höher Gebildeten (Vgl. Tab. 33 und Tab. 34 im Anhang III).

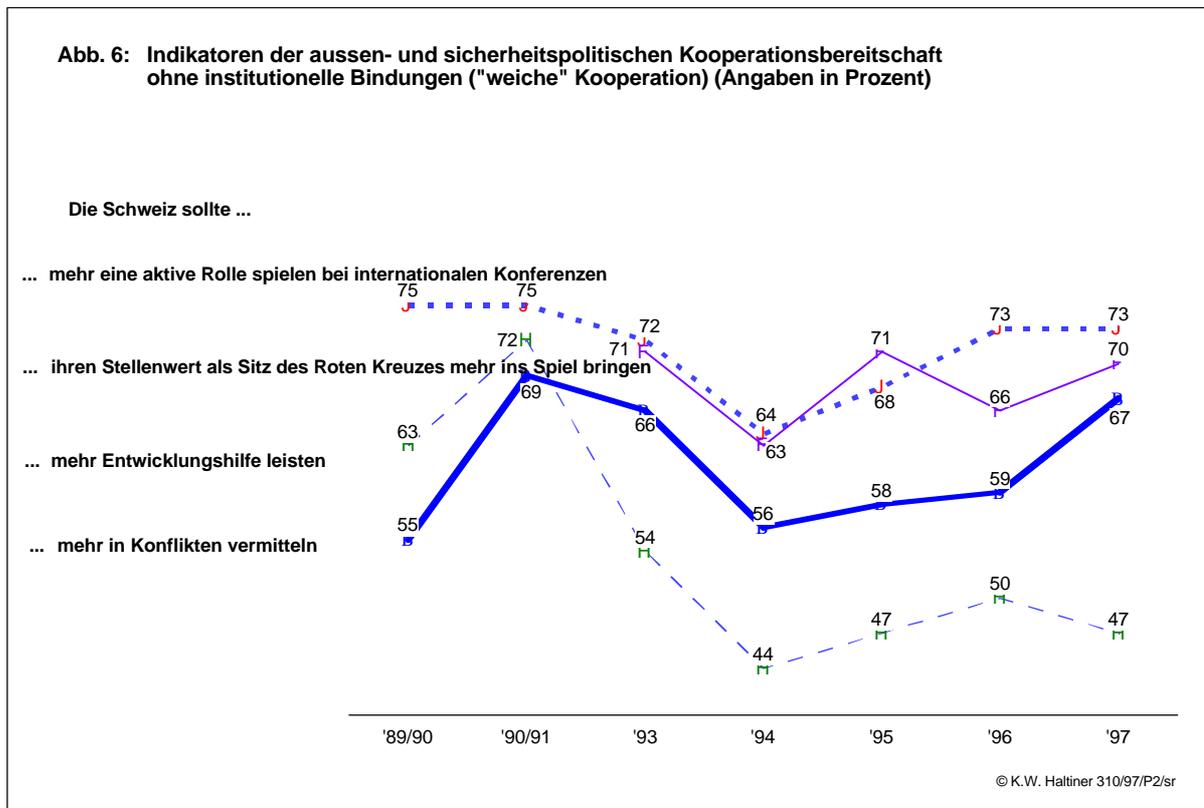


#### 4.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung (Abb. 6)

Die durchschnittlichen Zustimmungsraten zu den in Abbildung 6 aufgeführten vier Trendindikatoren einer autonom vollzogenen internationalen Öffnung der Schweiz liegen im allgemeinen deutlich über jenen einer institutionellen Annäherung oder Bindung. Sie betreffen die Konfliktvermittlungstätigkeit der Schweiz, die Rolle unseres Landes bei internationalen Konferenzen, die Entwicklungshilfe und den Stellenwert des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. Alle Optionen sind überwiegend mehrheitsfähig. Die meisten erreichen eine Billigung, die über der Zweidrittelsquote liegt.

Im Vergleich zu 1996 stieg die Zustimmung zur Rolle unseres Landes als Vermittler in Konflikten und zur Aufwertung des Stellenwertes des Roten Kreuzes an (von 59% 1996 auf 67% im ersten und von 66% auf 70% im zweiten Fall). Die Zustimmungsraten für eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (73%) und für die Leistung grösserer Entwicklungshilfe (47%) bewegen sich hingegen in der Grössenordnung des Vorjahres (73% bzw. 50%).

Im allgemeinen stimmen bei allen Optionen die Westschweizerinnen und Westschweizer sowie jüngere Personen, solche mit höherer Schulbildung und solche, die sich politisch links einstufen, überdurchschnittlich zu.



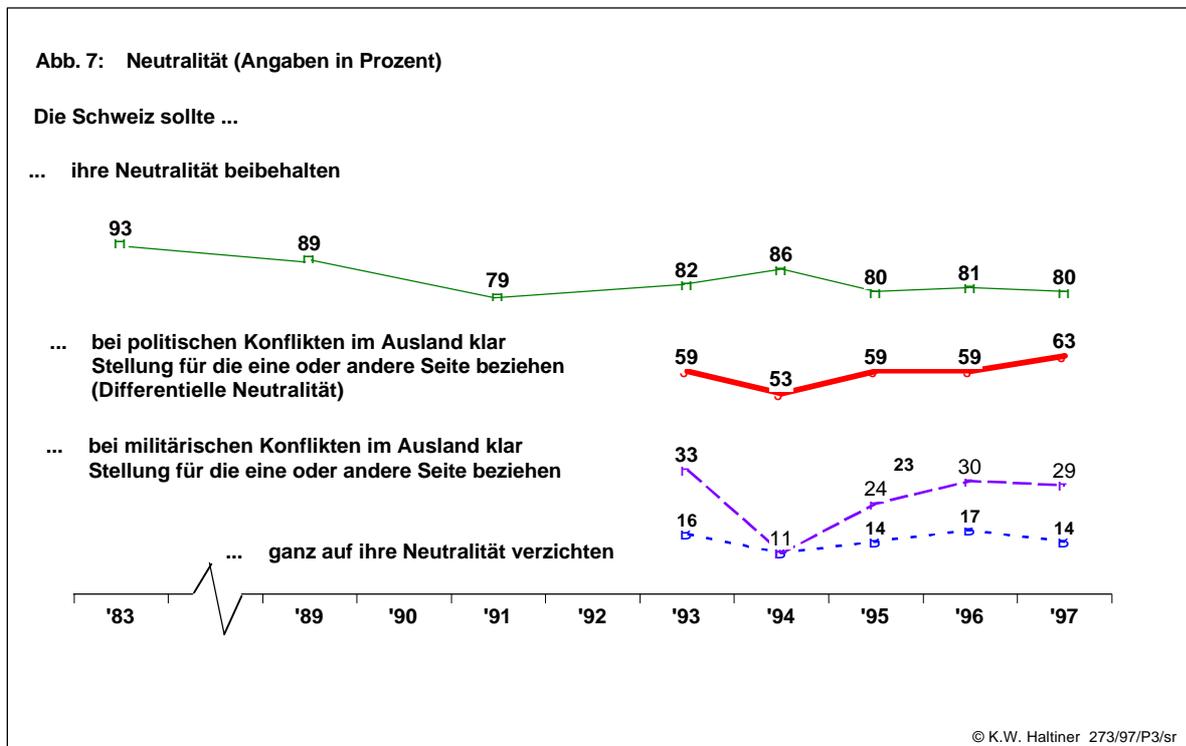
#### 4.6 Beibehaltung der Neutralität (Abb. 7)

Auch 1997, wie schon zu allen Befragungszeitpunkten davor, erreicht die Beibehaltung der Neutralität die höchste Zustimmung von allen 19 Vorgaben der Erhebungsskala (Abb. 7). Dies obwohl die Zustimmungsrate im langfristigen Trend (1983-1997) *leicht* zu sinken scheint. 80% aller Befragten wollen am Prinzip «Neutralität» für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik festhalten. Komplementär dazu erhält die Forderung nach einem Verzicht auf die Neutralität (14%) die schwächste Zustimmung.

Eine Mehrheit (1997: 63%, 1996: 59%) neigt zu einer differentiellen Auffassung, die die Neutralität nunmehr auf militärische Aspekte beschränkt wissen

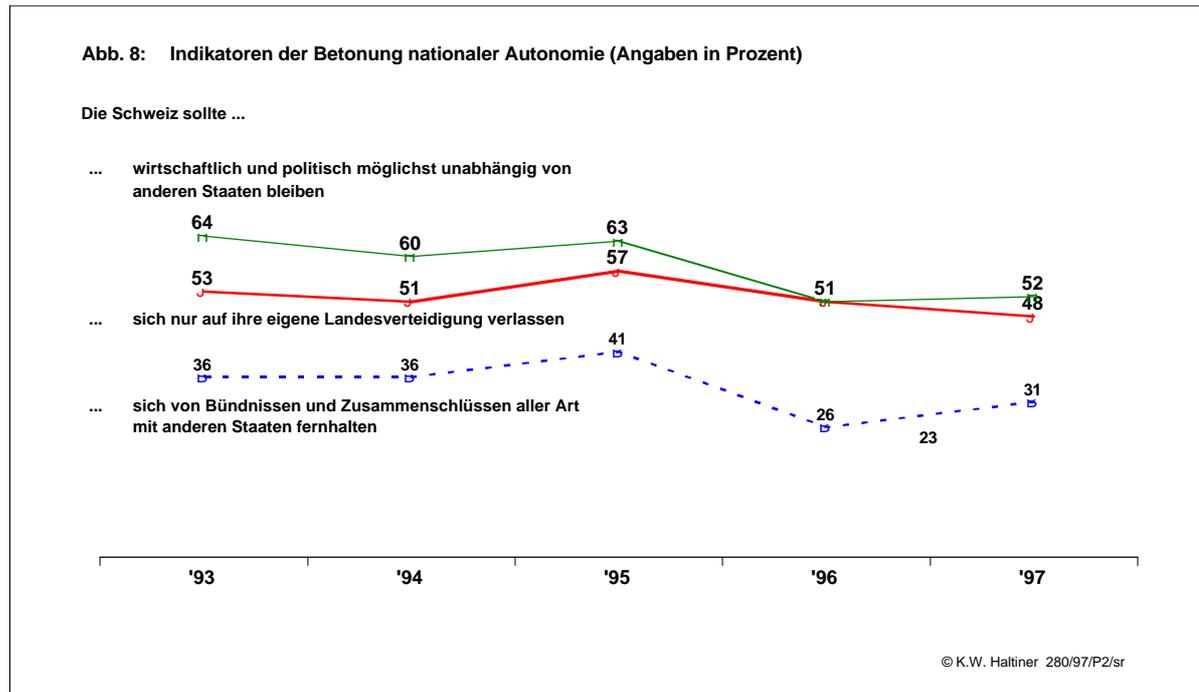
will. Die Zustimmungsrate liegt hier im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich unter jener für die Beibehaltung der Neutralität allgemein. Nur schwache Gutheissung findet die Forderung nach einer Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten (1997: 29%, 1996: 30%), also letztlich nach einer de facto-Aufhebung der Neutralität.

Die Neutralität als Staatsmaxime steht somit in der Schweizer Bevölkerung unverändert hoch im Kurs, bei älteren Personen, bei solchen mit einer selbstbekundeten politisch rechten Orientierung und bei solchen mit tiefem und mittlerem Bildungsniveau zum Teil stark überdurchschnittlich hoch. Deutlich geringere Zustimmung zum Prinzip «Neutralität» findet sich hingegen in der französischen und italienischen Schweiz (71% bzw. 59%) (Vgl. Frageblock 5 im Anhang III).



#### 4.7 Betonung der nationalen Autonomie (Abb. 8)

Die drei Vorgaben in Abbildung 8 betreffen verschiedene Grade nationaler Autonomie: Die Wahrung einer möglichst grossen Unabhängigkeit, eine autonome Landesverteidigung sowie die Maximierung nationaler Autonomie durch den Verzicht auf Zusammenschlüsse und Bündnisse jeder Art. Die durchschnittliche Zustimmungsrate für eine Strategie der nationalen Autonomie liegt tiefer als jene für eine "weiche" Form der Öffnung, d.h. eine solche ohne institutionelle Bindungen (Abb. 6). Im Trend lässt sich seit 1995 gesamthaft eine tendenzielle Abnahme der Betonung nationaler Autonomie feststellen, obwohl die Werte für 1996 geringfügig höher liegen.



Hiessen im Vorjahr 26% der Befragten die Vorgabe gut, die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten, so ist die Anzahl Befürworterinnen und Befürworter 1997 leicht auf 31% angestiegen. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr hinsichtlich der Einstellung zu einer wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängigen Schweiz (1996: 51%, 1997: 52%) sowie hinsichtlich der Befürwortung der Vorgabe, die Schweiz solle sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen (1996: 51%, 1997: 48%), sind klein und liegen im Rahmen des möglichen Stichprobenfehlers ( $\pm 3\%$ ).

Überdurchschnittliche Zustimmung erhält die autonomistische Linie vor allem bei Personen, die sich als rechtsorientiert bezeichnen, und bei Befragten, die der älteren Generation und tieferen Bildungsschichten angehören. Sie findet in der deutschen und italienischen Schweiz tendenziell mehr Anhängerinnen und Anhänger als in der Westschweiz.

Fazit: Im Vergleich zum Vorjahr sind die Befürworterinnen und Befürworter einer Öffnung der Schweiz hin zur NATO und auch zur UNO sowie zum EWR im Aufwind, die Annäherungswilligkeit zur EU stagniert auf hohem Niveau, die EU-Beitrittsbereitschaft hat deutlich abgenommen. Demgegenüber haben sich die Anteile jener, die eine autonome Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindung gutheissen, leicht verstärkt. Der Mut zur sicherheitspolitischen Kooperation überwiegt 1997 den Willen zur politischen Integration deutlich. Die autonome Politik unter Verzicht auf internationale Bindungen ist im Vergleich zu 1996 relativ stabil geblieben, sie ist deutlich tiefer als in der Periode 1993-1995. Die Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik erhält ungebrochen hohe Zustimmung.

#### 4.8 Öffnungsbereitschaft versus Autonomiebetonung: eine Typologie dominanter Einstellungsmuster

Wie einleitend bereits erwähnt, darf davon ausgegangen werden, dass sich die Frage nach Öffnung versus Autonomie beim Grossteil der Bevölkerung nicht in Form eines «entweder-oder», sondern in der eines «sowohl-als-auch» stellt. Bezogen auf die Skala von 19 Teiloptionen (Vgl. S. 9) heisst das, dass eine Grosszahl von Meinungskombinationen denkbar ist. Um dennoch Neigungen ermitteln zu können, ist ein Verfahren dienlich, das dominante Einstellungsmuster aus der Vielfalt möglicher Kombinationen herausfiltern kann.

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (Vgl. Anhang II).

Eine solche Typenbildung wurde erstmals mit den Daten von 1993 vorgenommen. Sie dient seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft in der schweizerischen Bevölkerung<sup>2</sup>.

Für eine Clusteranalyse der 19 Indikatoren haben wir neun Vorgaben<sup>3</sup>, die alle in Abschnitt 4.1 bis 4.3 aufgeführten Handlungsoptionen repräsentieren, ausgewählt. Die Variante mit drei Clusters (siehe Anhang I) bietet eine angemessene Lösung. Dabei lassen sich folgende drei Typen im Sinne dominanter Einstellungsmuster auf der Dimension Öffnung versus Autonomie der Schweiz ausmachen (Abb. A in Anhang I):

Befürworter einer "harten" Öffnung (integrative Kooperative): Personen, die zu diesem typologischen Meinungsmuster gehören (strich-punktierte Linie in Abb. A, Anhang I), wünschen tendenziell eine Öffnung der Schweiz durch Bindungen an supra- bzw. internationale Institutionen unter Hinnahme einer nationalen Souveränitätseinbusse. Man kann diese Haltung als integrative Kooperationsbereitschaft oder als "harte" Öffnungsbereitschaft bezeichnen, weil sie die Bereitschaft zu verpflichtenden internationalen Bindungen einschliesst, die die Autonomie und die Souveränität der Schweiz vertraglich einschränken. Das bedeutet keineswegs, dass die "harten" Öffnungsbereiten geneigt sind, alle Bindungsoptionen unter den 19 Vorgaben gleichermassen gutzuheissen – wie gezeigt, gibt es dafür kaum Mehrheitsvorstellungen! –, wohl aber, dass sie ihnen nahestehen.

Personen dieses Typs plädieren – im Vergleich zu den "weichen" Öffnungswilligen und den nationalen Autonomisten – überdurchschnittlich für einen EU-,

---

<sup>2</sup> Vgl. Haltiner, Spillmann (1994), S. 15ff.

<sup>3</sup> Als Grundlage für die Clusteranalyse dienten 1993 und 1994 acht, 1995 neun Vorgaben (Vgl. Abb. A, Anhang I).

einen UNO- und einen EWR-Beitritt und stimmen einer NATO-Annäherung überdurchschnittlich zu. Sie befürworten in der Regel ebenso die Vorgaben einer autonomen Öffnung der Schweiz (aktivere Konfliktvermittlungstätigkeit, mehr Entwicklungshilfe) in höherem Masse als die übrigen zwei Typen und bekennen sich mehrheitlich zu einer differentiellen Neutralität. Insofern treten auch sie, wie die Autonomisten, für die Beibehaltung der Neutralität ein. Sie befürworten aber ebenso eine Politik der grösstmöglichen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz – ein Standpunkt, der mit einer integrativen Strategie durchaus nicht unvereinbar ist.

Die Bereitschaft zur integrativen Kooperation mit Einbusse an nationaler Souveränität entspricht bei diesem Einstellungstyp offenbar der Einsicht in deren Unvermeidbarkeit und einer Kosten-Nutzen-Abwägung. Das Motto dieser Haltung könnte lauten: «Wenn schon Öffnung, dann durch möglichst gleichberechtigte Mitgliedschaft in internationalen, insbesondere europäischen Organisationen!»

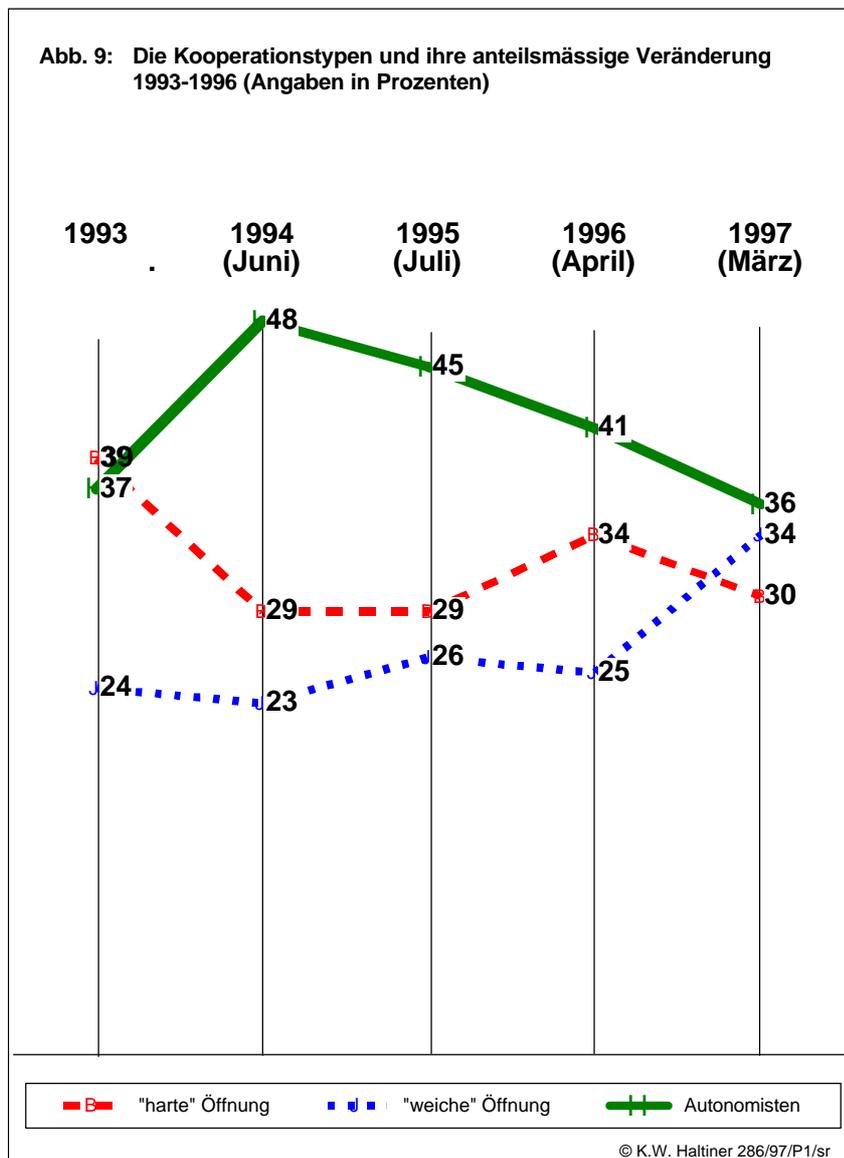
Befürworter einer "weichen" Öffnung (non-integrative Kooperative): Personen mit dieser aussen- und sicherheitspolitischen Orientierung (grau gestrichelte Linie in Abbildung A, Anhang I) nehmen eine Art Kompromisshaltung zwischen einer bindungsbejahenden Öffnung und einer autonomistischen Haltung ein. Sie bekennen sich, wenn auch in deutlich schwächerem Masse als die "harten" Öffnungswilligen, zu einer EU-Annäherung, einem UNO- und einem EWR-Beitritt der Schweiz und stimmen einer Annäherung an die NATO zu. Der Befürwortungsgrad der Mitglieder dieser zweiten Gruppe zu diesen vier Optionen erweist sich aber als klar schwächer als bei den Befürwortern einer "harten" Öffnung. Sie befürworten die Indikatoren der non-integrativen Kooperation, dies allerdings in etwas schwächerem Masse als die Befürworter einer "harten" Öffnung. Die Neutralität ist umstritten. Deutlich abgelehnt wird die Forderung nach maximaler wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit der Schweiz unter Fernbleibens von Bündnissen und Zusammenschlüssen.

Beim "weichen" Öffnungstyp ergibt sich 1997 ein weniger klar konturiertes Meinungsprofil als vor vier Jahren (1993). Die Meinung, die Schweiz solle autonom ihr internationales Engagement verstärken, ohne institutionelle Bindungen einzugehen, und die Aspekte internationaler Solidarität (Entwicklungshilfe, Konfliktvermittlungstätigkeit) ausbauen, prägte damals diesen Meinungstyp. Er erhielt, namentlich auch durch die in ihm manifestierte kritische Sicht der Neutralität, einen «links-grünen» Charakter. Dieses kantige Profil hat der Typ der "weichen" Öffnung seither eingebüsst. Aus der "weichen" Haltung von 1997 spricht eher Unentschiedenheit und Verunsicherung. Personen, die ihr zuneigen, scheinen eine gewisse Angst vor festen Bindungen («Festung Europa») zu haben, sie stehen aber gleichzeitig dem traditionellen schweizerischen Autonomismus mit seiner Neutralitätsbetonung ablehnend gegenüber. Es ist zu vermuten, dass insbesondere Personen, die früher dem autonomistischen Typ zuzurechnen waren, vermehrt auf die "weiche" Öffnungslinie eingeschwenkt sind.

Nationale Autonomisten: Personen, die zu dieser aussen- und sicherheitspolitischen Denkrichtung gehören, lehnen durchwegs alle Kooperationsvorgaben deutlich ab (vgl. ausgezogene Linie in Abbildung A, Anhang I). Sie sind nicht bereit, eine substantielle Minderung der nationalen Souveränität hinzunehmen. Sie halten stark mehrheitlich an einer strikt und umfassend definierten Neutralität mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Schweiz fest. Betont wird überdies die Notwendigkeit einer autarken Landesverteidigung. Befragte dieses Einstellungstyps lehnen eine weitere internationale Öffnung der Schweiz prinzipiell ab.

#### 4.9 Die Anteile der drei Kooperationstypen im Trend 1993-1997 (Abb. 9)

Anteilmässig haben sich die drei Kooperationstypen im Beobachtungszeitraum 1993-1997 markant verschoben (Abb. 9):



Die Meinungslandschaft hinsichtlich des zu verfolgenden aussenpolitischen Kurses ist derzeit in drei etwa gleich grosse Lager aufgesplittet. Eine schwache relative Mehrheit von etwas mehr als einem Drittel der Befragten ist 1997 zum autonomistischen Typ zu zählen. Nachdem 1994 beinahe die Hälfte und 1995 noch 45% der Befragten als Verfechterinnen und Verfechter eines nationalen Autonomiekurses bezeichnet werden mussten, sind dies, nach einem steten Rückgang 1997, nur noch 36%. Anteilmässig entsprechen diese Werte in etwa den Prozentanteilen von 1993.

Leichte Wechselbäder sind hingegen bei den "harten" Öffnungswilligen zu verzeichnen. Dieser Typ, zu welchem 1993 vier von zehn Personen zu zählen waren, verlor 1994 und 1995 an Boden und legte 1996 wieder leicht zu. 1996 waren ihm 34% der stimmbfähigen Bevölkerung zuzurechnen. In diesem Jahr sind dies nunmehr 30% der Befragten.

Der Anteil der Verfechterinnen und Verfechter eines "weichen" Öffnungskurses bewegte sich von 1993 bis 1996 zwischen 23% und 26%. Innert Jahresfrist hat die Verbreitung dieses Meinungstyps nun deutlich, nämlich um 9% von 25% auf 34% zugenommen.

Eine tendenziell leicht zunehmende Mehrheit der schweizerischen Stimmbevölkerung bekennt sich zu mehr internationaler Kooperationsbereitschaft, zur Öffnung des Landes. Diese Mehrheit ist aber ihrerseits in Bezug auf den einschlagenden Kurs nach wie vor gespalten, was die Erreichung einer geschlossenen Mehrheit in unserem Lande für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Vorhaben weiterhin erschwert. So haben neuerdings die Verfechterinnen und Verfechter einer "weichen", d.h. unverbindlichen Öffnung gegenüber jenen, die "harte" Bindungen in Form von Beitritten gutheissen, die Oberhand gewonnen. Der Verlust an innerer Dynamik in der EU, die europaweit spürbare Verunsicherung im Zusammenhang mit der geplanten Währungsunion und die zwischen Entgegenkommen und hegemonialem Druck schwankende Haltung der EU gegenüber der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen dürften den Stimmungswandel innert Jahresfrist bewirkt haben.

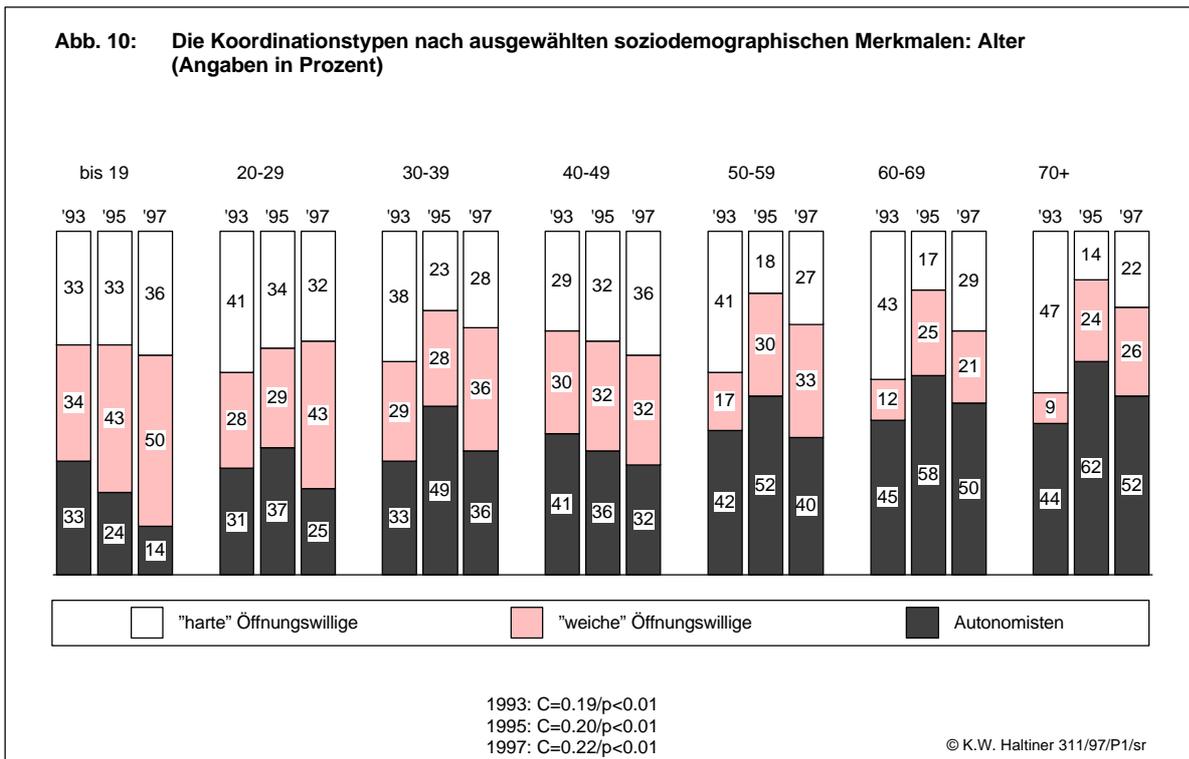
Mit anderen Worten: Es steigt zwar trendmässig die Einsicht in die Notwendigkeit einer stärkeren Öffnung der Schweiz auf Kosten des Autonomismus, aber die mit der Öffnung verbundenen Risiken werden nach wie vor gescheut.

Die im Verlaufe der letzten Jahre zu beobachtenden feinen Tendenzveränderungen im Meinungsbarometer der Öffnungswilligkeit deuten daraufhin, dass sich das aussenpolitische Sensorium in der Schweizer Bevölkerung intensiviert hat. In dieser Situation wirken sich die Befindlichkeitsschwankungen rund um die europäische Integration relativ rasch auch auf die EU- bzw. EWR- Zustimmungsbereitschaft hierzulande aus.

#### 4.10 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung (Links-Rechts-Dimension) 1993 und 1997 (Abb. 10, Abb. 11, Abb. 12)

Abbildung 10 zeigt die Verteilung der Kooperationstypen nach dem Alter, Abbildung 11 nach dem Niveau der formalen Schulbildung, der Sprachregionzugehörigkeit und Abbildung 12 nach der politischen Selbsteinstufung für die Jahre 1993, 1995 und 1997.

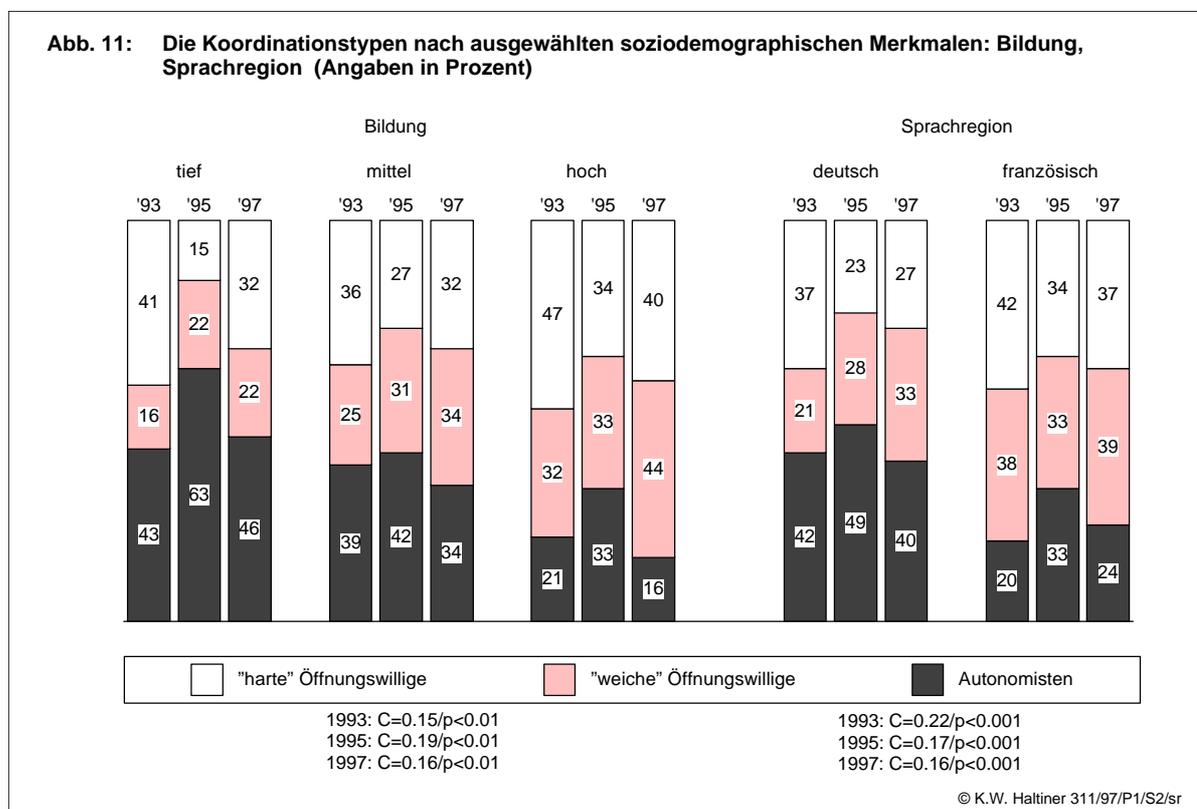
Ein deutlicher Zusammenhang ist zwischen dem Alter und der internationalen Kooperationstypologie erkennbar. Es gilt tendenziell: je jünger die Befragten, desto geringer die autonomistische Haltung und desto grösser die Öffnungswilligkeit. Dieser Zusammenhang hat sich von 1993 bis 1997 gemessen am Zusammenhangskoeffizienten (CC: 1993 = 0.19, 1995 = 0.20, 1997 = 0.22) leicht verstärkt. Von 1993 bis 1995 nahmen die "harten" Öffnungsbefürworterinnen und -befürworter bei den Altersgruppen der über 50jährigen relativ markant ab. Der Rückgang lag hier zwischen 23% bei den 50-59jährigen und 33% bei den über 70jährigen. Bei den über 50jährigen machten damals insbesondere die "weichen" Kooperationswilligen und – etwas weniger, aber noch immer deutlich – die Autonomisten Boden gut.



Nunmehr ist in allen Altersgruppen die Kooperationsbereitschaft im Vergleich zu 1995 wieder angestiegen bzw. hat die autonomistische Haltung abgenommen. Starken Zuwachs kann dabei die "weiche" Öffnungsbereitschaft in erster Linie bei den unter 40jährigen verzeichnen, während vor allem bei den über 50jährigen der Typ des "harten" Öffnungswilligen wieder markant zugelegt hat.

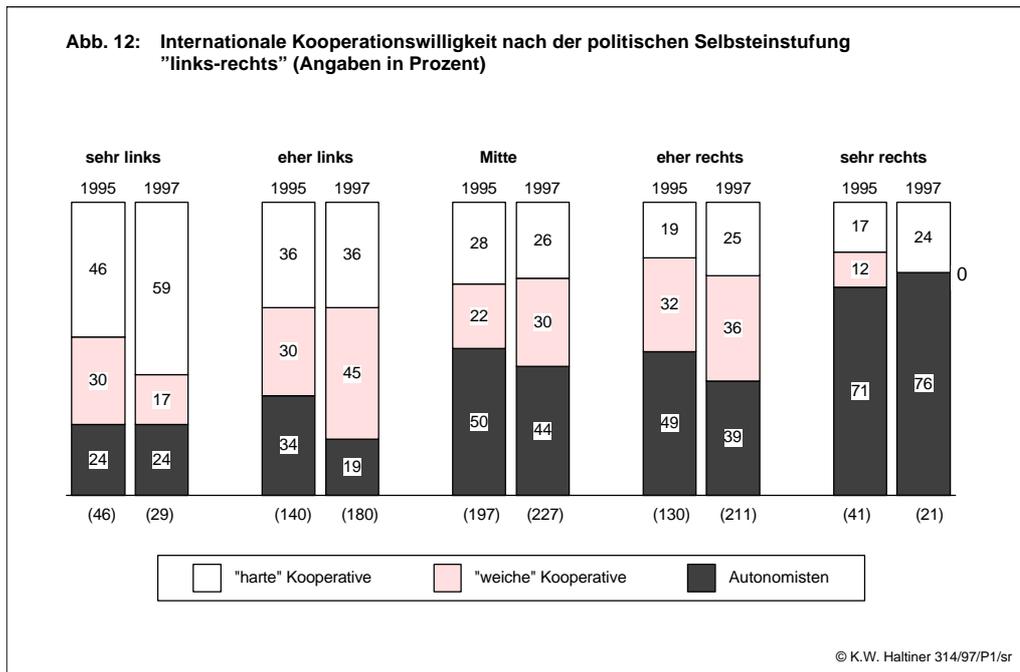
Es wäre trotz des vorhandenen leichten Altersgefälles falsch, die Unterschiede in der aussenpolitischen Grundhaltung «Öffnung versus Autonomie» allein mit einer Generationenkluft erklären zu wollen. Vielmehr lassen sich im Zeitverlauf Meinungsänderungen innerhalb *aller* Alterskohorten, also auch bei den Betagteren, beobachten.

Starke Schwankungen in der aussenpolitischen Grundhaltung von 1993 bis 1997 zeigen die untersten und die obersten Bildungsschichten, während die mittlere eine bemerkenswerte Stabilität an den Tag legt (Abb. 11). Zugenommen hat bei den Personen mit kleinem Schulsack wiederum, wie 1993, der Typ des "harten" Öffnungswilligen auf Kosten der Autonomisten. Die starken Abweichungen von den Durchschnittswerten von 1995 haben sich wieder eingeebnet. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil diese Bildungsgruppe als besonders anfällig gilt für populistische und nationalistische Strömungen. Starke Zuwachs im Vergleich zu 1995 hat der Typ des "weichen" Öffnungsbereiten vor allem in der obersten Bildungsschicht erfahren. Geht man davon aus, dass die hohen Bildungsschichten die komplexen aussenpolitischen Zusammenhänge besser verstehen als tiefere Bildungsschichten, so dürfte die oben erwähnte Vermutung, es sei vor allem die Währungsunion und die wechselnde Stimmung der EU gegenüber der Schweiz, welche 1997 die "weiche" gegenüber der "harten" Kooperationsbereitschaft favorisiert habe, gestützt werden.



Die deutsche und die welsche Sprachregion unterscheiden sich 1993, 1995 und 1997 durch die bekannte grössere Öffnungsbereitschaft bei den Romands. Der allgemein zu beobachtende Meinungsumschwung von Öffnungsbereitschaft in Richtung Autonomie verschonte aber 1995 auch die Romandie nicht. Er fiel 1995 sogar in der französischen Schweiz deutlicher aus (Öffnungsanteile 1993: 80%, 1995: 67%) als in der deutschen Schweiz (1993: 58%, 1995: 51%)! 1997 hat sich die Häufigkeitsverteilung in den beiden Sprachregionen wieder den Proportionen von 1993 angenähert. Bemerkenswert: 1997 stellen die "weichen" Öffnungsbereiten in der Romandie die relative Mehrheit.

Der Zusammenhang zwischen der aussenpolitischen Grundhaltung und der Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala<sup>4</sup> ist offensichtlich (Abb. 12): Der Tendenz nach nimmt die kooperative Haltung von links nach rechts ab, die autonomistische Position komplementär dazu zu. Die internationale Öffnung der Schweiz ist somit derzeit vorwiegend ein linkes Anliegen, das grossmehrheitliche Beharren auf einer autonomistischen Position ein «Rechtsausen»-Phänomen. Die "harte" Öffnungsbereitschaft vermag 1997 erstmals bei den sich sehr links Einstufenden eine absolute Mehrheit zu erreichen. Zugenommen im Vergleich zu 1997 hat in der "eher linken" Position und in der gemessen an absoluten Zahlen gewichtigen "Mitte" vorab die weiche Linie der Öffnung.



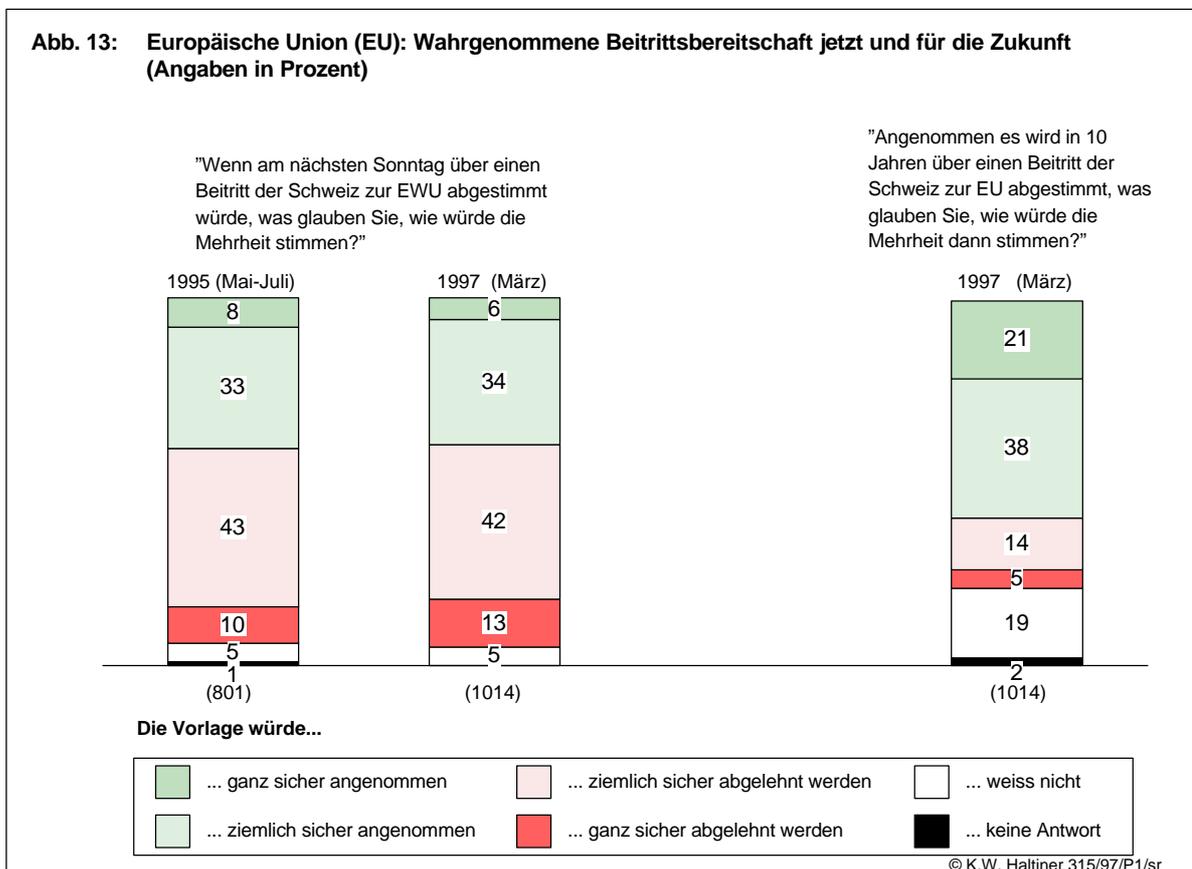
<sup>4</sup> Verlangt wurde von den Befragten eine Selbsteinstufung auf einer Skala, die von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) reichte.

#### 4.11 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt (Abb. 13)

Von gutem Prognosewert für die Chancen einer Vorlage in der Volksabstimmung hat sich in der Meinungsforschung eine indirekte Fragestellung bewährt. Gefragt werden die Befragten nicht danach, wie sie selbst abstimmen würden, sondern danach, wie nach ihrer Ansicht die Mehrheit abstimmen würde. Unterstellt wird, dass im Sinne des «Bandwagen-Effekts» die wahrgenommene Mehrheitsstimmung das individuelle Abstimmungsverhalten zu beeinflussen vermag. Gemessen an einer solchen indirekten Fragestellung zu einem EU-Beitritt – "wenn am nächsten Sonntag abgestimmt würde, was glauben Sie, wie würde die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer abstimmen?" – hätte eine entsprechende Vorlage derzeit ebensowenig Chancen wie anlässlich der erstmaligen Fragestellung 1995 (Abb. 13). Bloss 40% (1995: 41%) der Befragten nehmen an, eine EU-Beitrittsvorlage würde "ganz" bzw. "ziemlich" sicher angenommen.

Wird hingegen dieselbe Frage auf einen fiktiven Abstimmungszeitpunkt in 10 Jahren verlegt, so prognostizieren 59% eine Mehrheitszustimmung für einen EU-Beitritt (Abb. 13). Mit anderen Worten: Fast drei Fünftel der Stimmberechtigten erwarten eine "ganz" bzw. "ziemlich sichere" künftige Mitgliedschaft der Schweiz in der EU.

Offensichtlich geht eine deutliche Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung von einer gewissen Unausweichlichkeit beim Mitmachen der Schweiz bei der europäischen Integration aus.



Diese Meinung ist überdurchschnittlich in der französischen Schweiz und bei jüngeren Personen sowie solchen, die sich als links einstufen, und solchen mit höherer Bildung vertreten (Vgl. Tab 69 bis 72 im Anhang III).

#### **4.12 Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU (Abb. 14, Abb. 15)**

Zu den wichtigsten Motiven für die Haltung der EU gegenüber gehören zweifellos wirtschaftliche. Auf die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts eher besser, gleich oder eher schlechter verlaufen würde, ergibt sich grob eine Drittelung der Meinungen (Abb. 14): 33% halten einen besseren Verlauf für wahrscheinlich, 34% würden keine Veränderung gegenüber heute erwarten, und 29% glauben an einen schlechteren Verlauf.

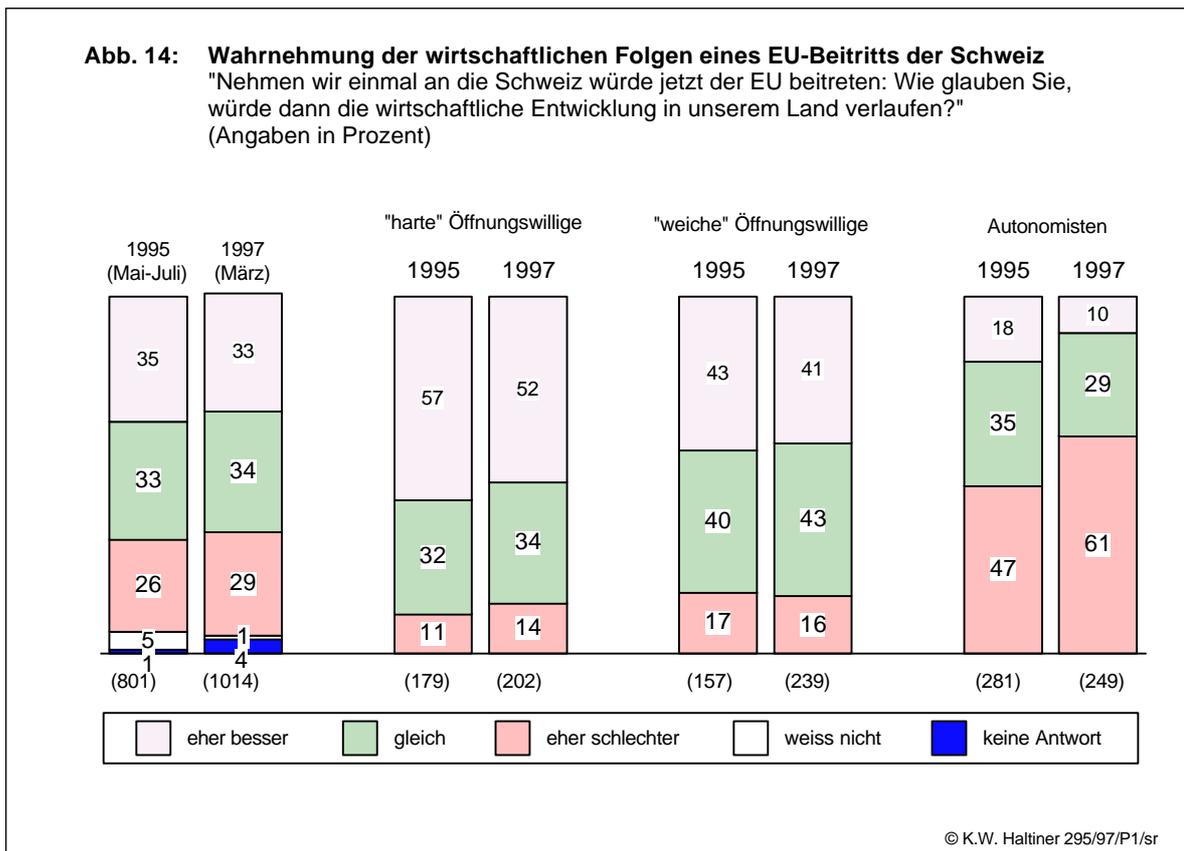
Diese Verteilung entspricht ziemlich genau jener von 1995. Aus dieser stabilen Erwartungsverteilung heraus – rund zwei Drittel der Bevölkerung erwartet von einem EU-Beitritt keine Vorteile – entstehen kaum Impulse für ein Mitmachen in der Europäischen Union!

Von dieser Drittelsverteilung weicht die Romandie deutlich ab: 50% der Befragten erwarten von einem EU-Beitritt der Schweiz wirtschaftliche Vorteile, nur 17% Nachteile (Tab. 13 im Anhang III). Dies dürfte die bekannte höhere Sympathie der Westschweiz für ein Mitmachen in der EU zu einem guten Teil erklären. Ähnliches gilt, jedoch abgeschwächt, für die italienischsprachige Schweiz, wo 38% die Vorteilhaftigkeit, aber nur 24% die Nachteile eines allfälligen EU-Beitritts herausstreichen. (Der mögliche Stichprobenfehler ist bei der geringen Fallzahl von 45 Befragten allerdings so gross, dass diesbezüglich keine schlüssigen Folgerungen möglich sind).

Der Zusammenhang zwischen dem Grad an internationaler Kooperationsbereitschaft und den erwarteten Wirtschaftsaussichten für die Schweiz im Falle eines EU-Beitritts ist offensichtlich und – statistisch gesehen – sehr stark (Abb. 14). Die "harten" Öffnungswilligen sind mehrheitlich, nämlich zu 52% (1995: 57%) von den ökonomischen Vorteilen eines EU-Beitritts überzeugt. Nur eine kleine Minderheit unter ihnen erwartet Nachteile (14%, 1995: 11%). Die Proportionen liegen beim Autonomietyp fast gerade umgekehrt: Nahezu zwei Drittel gehen von einem schlechteren (61%), nur 10% von einem besseren Wirtschaftsverlauf aus. Gegenüber 1995 haben sich damit die negativen Erwartungen der Autonomisten deutlich intensiviert.

Damals erwarteten «bloss» 47% nachteilige Folgen im Falle eines EU-Beitritts. Der wirtschaftliche Aspekt hat somit als «Nein»-Motiv bei diesem Typ seit 1995 an Gewicht gewonnen! Die "weichen" Öffnungswilligen nehmen auch hier eine mittlere Position ein, indem sie zwar die möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen etwas weniger optimistisch einschätzen als der "harte" Kooperationsstyp, diesem aber doch deutlich mehr gleichen als dem Autonomistentyp. Es sieht somit

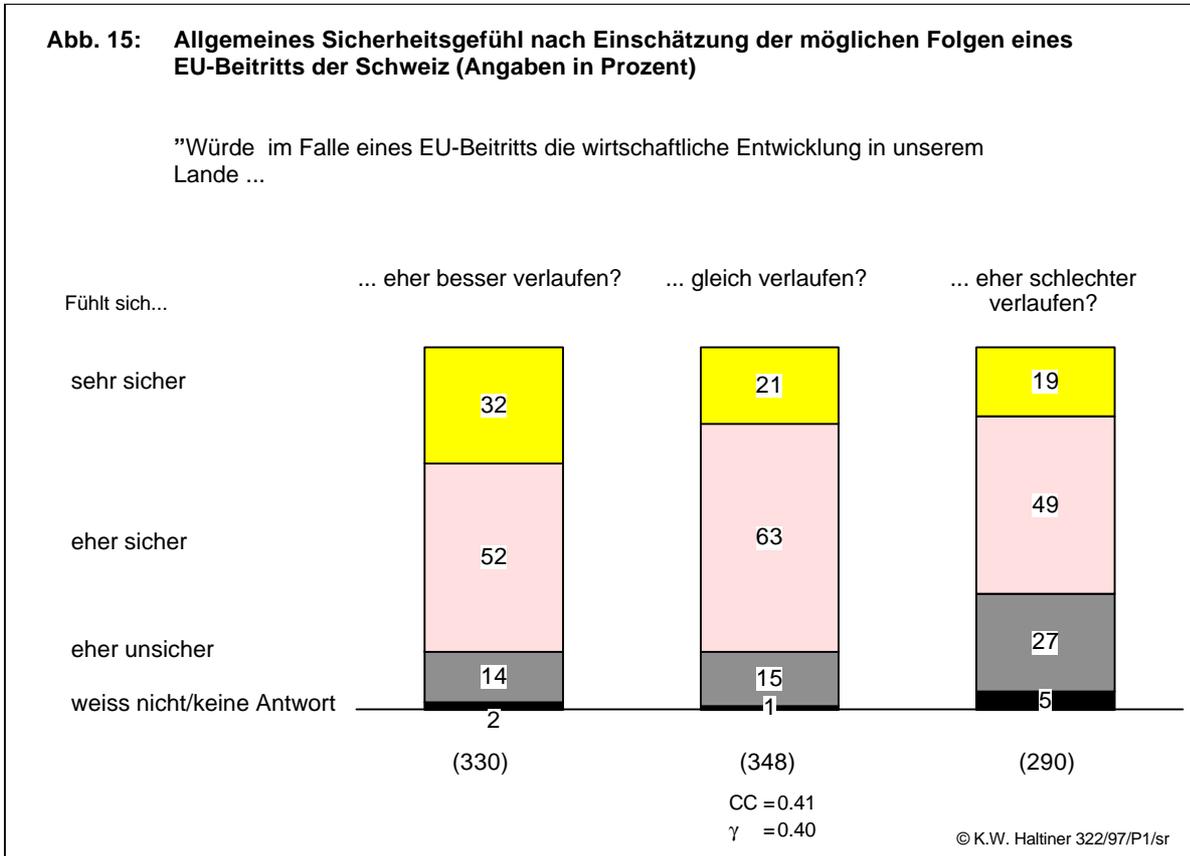
danach aus, als wären beim "weichen" Kooperationstyp die wirtschaftlichen Motive nicht ausschlaggebend für die Befürwortung einer Öffnung der Schweiz, sind doch 43% (1995: 40%) der Meinung, es wäre kaum mit wirtschaftlich negativen oder positiven Auswirkungen zu rechnen. Das dürfte erklären, warum dieser Typ zögert, souveränitätseinschränkende feste supranationale Bindungen einzugehen.



Zweifellos bestimmen noch weitere Gründe die aussenpolitische Grundhaltung. So besteht zum Beispiel ein enger Zusammenhang zum allgemeinen Sicherheitsgefühl (CC: 0.21). 32% der Personen, die dem autonomistischen Typ zuzurechnen sind, geben an, sich "sehr" bzw. "eher unsicher" zu fühlen. Bei den beiden Typen, die auf Öffnung der Schweiz setzen, sind dies nur gerade halb so viele, je 15% (Vgl. Durchschnittswerte in Abb.1)!

Dass die eingangs zu diesem Bericht diskutierte Frage, ob man sich in der Schweiz sicher fühle oder nicht, stark wirtschaftlich bestimmt ist, zeigt u.a. der sehr enge Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Folgen eines EU-Beitritts und dem Grad des selbstdeklarierten Sicherheitsempfindens (Abb. 15): So sind jene, die angeben, sich sicher zu fühlen, in weit höherem Masse von den positiven Wirtschaftsfolgen eines EU-Beitritts überzeugt als jene, die sich unsicher fühlen und umgekehrt.

Wirtschaftliche Ängste bzw. Zuversicht gehen Hand in Hand mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden. Dass die Verunsicherung über die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Mittuns der Schweiz bei der europäischen Integration die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der EU bestimmt, ist somit offensichtlich.



Auch die Einschätzung der weltpolitischen Lage schlägt sich in der ausserpolitischen Grundhaltung nieder (CC: 0.21). Zwei Drittel der Befragten (67%) mit einer autonomistischen Grundhaltung erwarten eine Verdüsterung der weltpolitischen Situation. Bei den Öffnungswilligen sind dies weniger als die Hälfte (46% bei den "harten", 48% bei den "weichen"). Demgegenüber gehen letztere zu 20% bzw. 15% von einer Verbesserung der weltpolitischen Situation in naher Zukunft aus, Verfechterinnen und Verfechter eines autonomistischen Kurses nur zu 8%.

Andernorts haben wir gezeigt, dass auch Fragen der nationalen Identität die ausserpolitische Einstellung mitbestimmen<sup>5</sup>.

Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Konsequenzen eines EU-Beitritts der Schweiz bestimmen den Grad an Öffnungsbereitschaft in

<sup>5</sup> Haltiner, Spillmann (1994), S. 37ff

der Schweizer Bevölkerung in hohem Masse. Ferner spielen das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung in die aussen- und sicherheitspolitische Grundhaltung hinein.

## 5. Die Neutralität

### 5.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität hatte bekanntlich stets verschiedenen Zielen zu dienen. Die Staatsrechtler sprechen von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Aspekte der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Arten von Vorteilen bzw. Nachteilen die Schweizerinnen und Schweizer mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

<i>sicherheitspolitische Funktion:</i> (6 Fragevorgaben gemäss Abb. 18)	Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa, Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der NATO, Rückfallposition im Falle eines Krieges auf westeuropäischem Boden.
<i>Identitätsfunktion:</i> (5 Fragevorgaben gemäss Abb. 17)	Symbolische Verknüpfung mit dem Staat «Schweiz», Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität.
<i>Solidaritätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abb. 16)	Gute Dienste als Vermittler in Konflikten.

Zusätzlich erhoben wird, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr – wie vielfach vermutet und im letzten Bericht auch nachgewiesen<sup>6</sup> – in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (zwei Fragevorgaben Abb. 16 unten).

Alle Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Die Formulierung der Fragen hatte dabei zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie bei der Bevölkerung nicht vorausgesetzt werden darf. Die in Abbildung 16 bis Abbildung 18 dargestellte Kategorisierung nach Neutralitätsfunktionen entspricht nicht der Reihenfolge der Vorgaben in der Befragung.

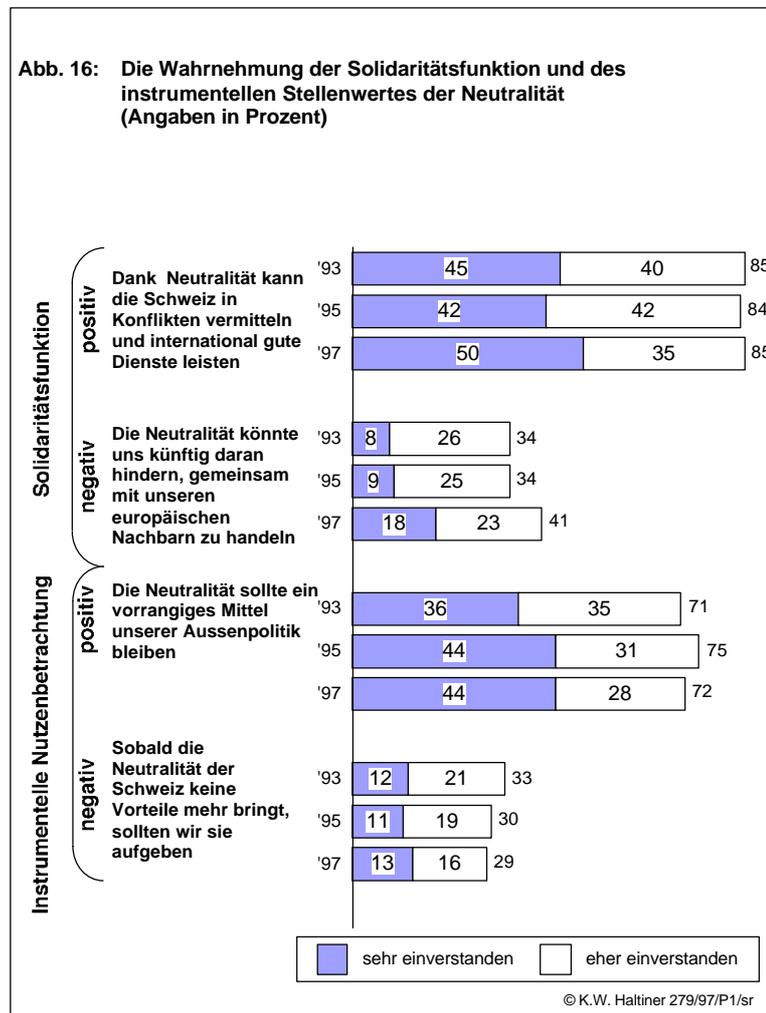
### 5.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1997

Wie die Abbildungen 16 bis 18 zeigen, werden alle positiv formulierten Funktionen der schweizerischen Neutralität in unterschiedlichem Grad gutgeheissen, alle potentiellen Minderungen der Neutralitätswirkung mit deutlichen Mehrheiten in Abrede gestellt.

---

<sup>6</sup> Haltiner, Bertossa, Spillmann, 1996, S. 34ff.

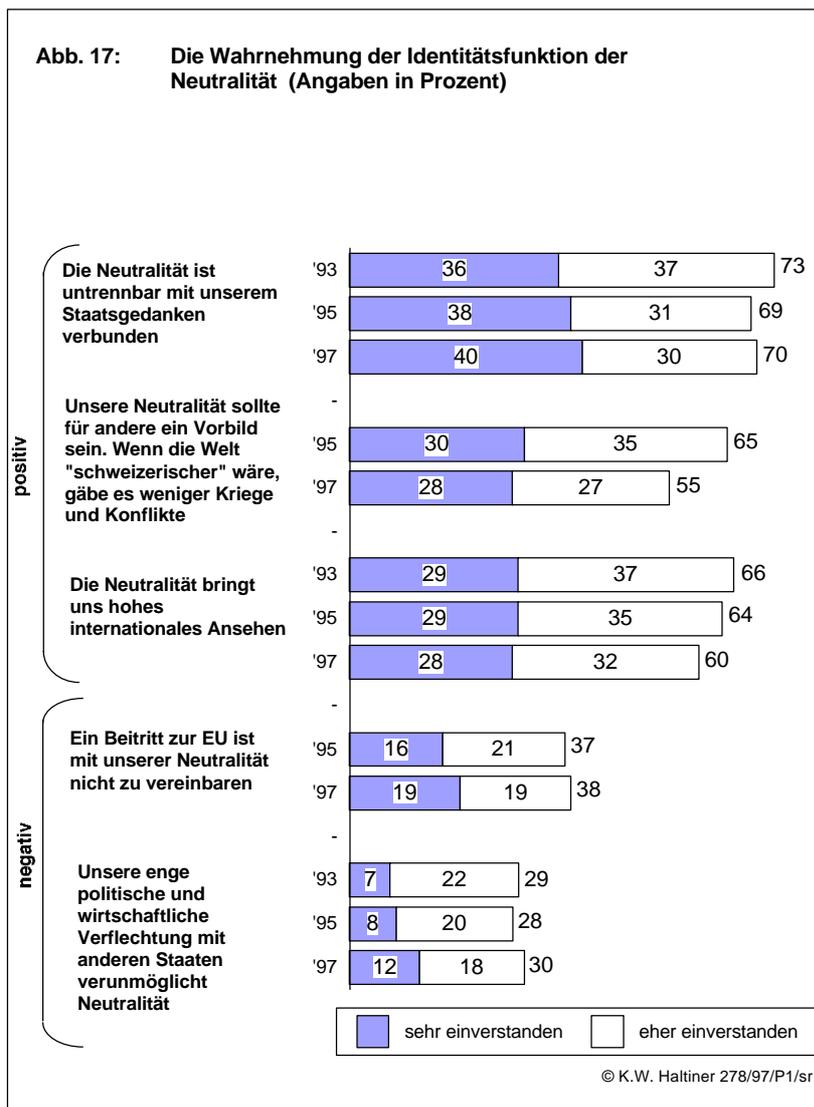
Allgemein ist der Glaube an die Solidaritätsfunktion unserer Neutralität in der Schweizer Bevölkerung ungebrochen (Abb. 16, obere Hälfte). Sie erreicht seit 1993 regelmässig sehr hohe Zustimmungsraten. Über 80% der Befragten glauben an die Möglichkeit zur Konfliktvermittlung und der Guten Dienste dank Neutralität (1993: 85%, 1995: 84% 1997: 85%). Nur eine Minderheit von etwa einem Drittel (1993: 34%, 1995: 34%) war bis 1995 der Meinung, die Neutralität könnte uns am solidarischen Handeln insbesondere mit "unseren europäischen Nachbarn" hindern. Diese Bewertung hat sich 1997 verändert: Die Zahl derer, die eine mögliche Negativwirkung der Neutralität für ein kooperatives Handeln mit den europäischen Nachbarn sehen, hat von 34% auf 41% zugenommen. Sie liegt in der Westschweiz und bei den jüngeren Generationen sogar noch höher (Tabelle 58 im Anhang III).



Nach Ansicht von sieben von zehn Befragten soll die Neutralität ein "vorrangiges Mittel unserer Aussenpolitik bleiben" (Abb. 16). Diese Meinung erweist sich im Beobachtungszeitraum 1993-1997 als stabil (1993: 71%, 1995: 75%, 1997: 72%). Die reine Nützlichkeitsbetrachtung – "wenn die Neutralität der Schweiz

keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben" – ist wenig verbreitet (33% bzw. 30% bzw, 29%).

Unverändert hohe Zustimmung findet auch die Identitätsfunktion, eine geringe ihre Negativbewertung (Abb. 17). Sieben von zehn Befragten sehen die Neutralität "untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden" (73% bzw. 69% bzw. 70%): Fast zwei Drittel sind der Meinung, die Neutralität verschaffe uns hohes internationales Ansehen (1993: 66%, 1995: 64%). Hier zeigt sich 1997 ein zwar schwacher, aber doch merklicher Rückgang auf 60%. Noch deutlicher fällt der Rückgang bei der "Vorbildlichkeit" der schweizerischen Neutralität aus. Während 1995 noch zwei Drittel aller Befragten (65%) in der Neutralität eine Art «Swiss Way of Life» sahen, die der Welt als Vorbild für ein konfliktfreieres Zusammenleben dienen könnte, sind es 1997 «nur» noch 55%. Diese wahrgenommene Prestigeeinbusse der Neutralität dürfte auf die aktuelle Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen sein (s. Kap. 5.6).



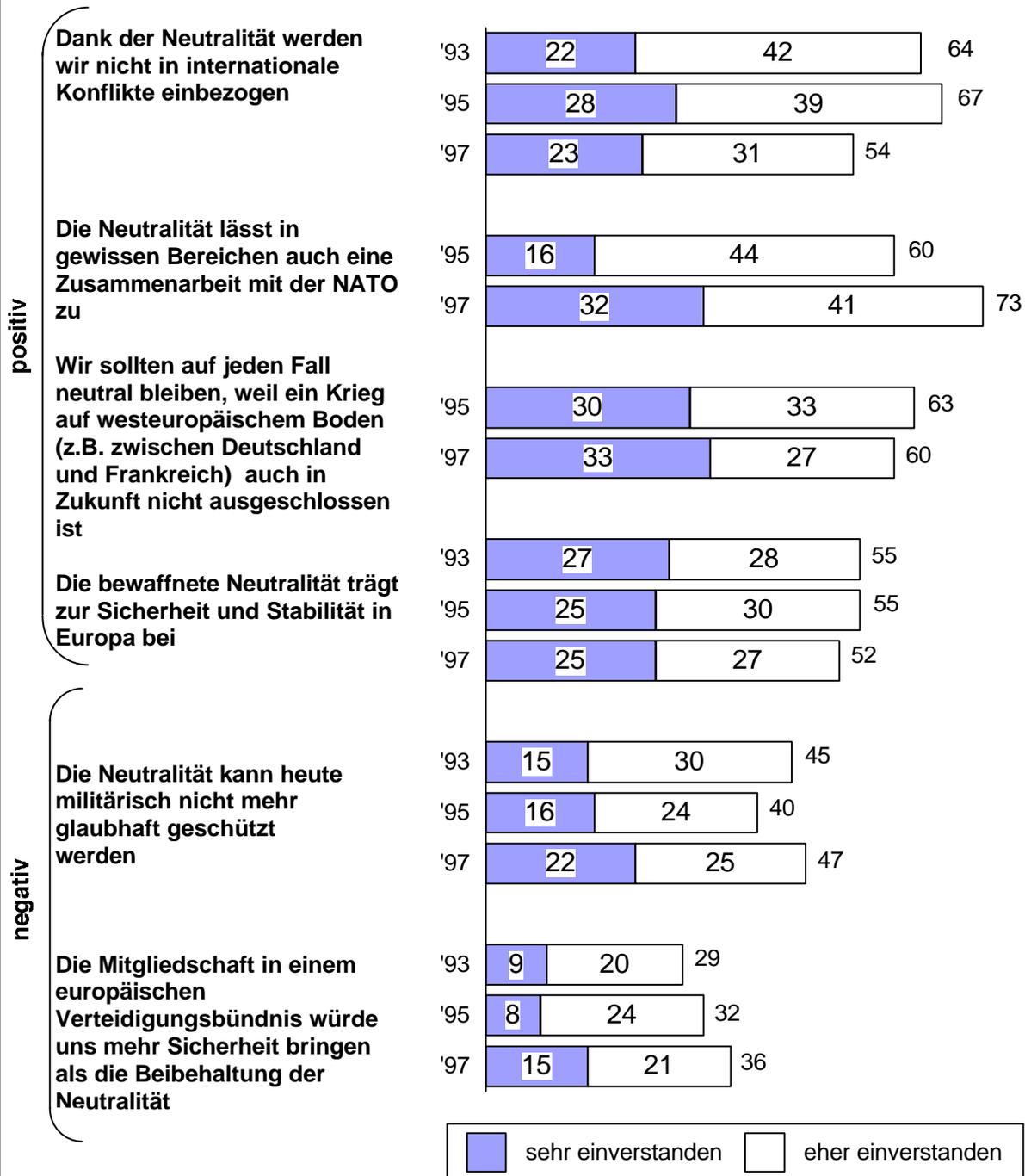
Nur wenige (1993: 29%, 1995: 28%, 1997: 30%) glauben daran, dass die enge wirtschaftliche und politische Verflechtung mit anderen Staaten Neutralität verunmögliche. Es ist indes auch bloss eine Minderheit, die meint, unsere Neutralität schliesse einen EU-Beitritt aus (37% bzw. 38%).

Geringeres Einverständnis und eine gewisse wachsende Skepsis im Vergleich zu den anderen Neutralitätsfunktionen bestehen bei der sicherheitspolitischen Funktion (Abb. 18). Waren noch 1993 und 1995 zwei Drittel der Befragten der Meinung, die Neutralität schütze uns vor dem Einbezug in Konflikte, so sind es dieses Jahr nur noch 54%. Auch sehen nur gerade etwas mehr als die Hälfte aller Befragten in der bewaffneten Neutralität der Schweiz einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas (55% bzw. 55% bzw. 52%). 47 Prozent bekunden 1997 Zweifel an der Möglichkeit, dass die Neutralität auch weiterhin militärisch glaubhaft geschützt werden könne (1993: 45%, 1995: 40%).

Nur eine knappe Mehrheit hält somit die bewaffnete Neutralität weiterhin für glaubwürdig. An einen Sicherheitsgewinn durch ein Mitmachen in einem europäischen Verteidigungsbündnis anstelle eines Festhaltens an der bewaffneten Neutralität will zwar nur eine Minderheit glauben. Aber diese Minderheit ist von 29% im Jahre 1993 auf 36% 1997 angewachsen. Für 73% der Befragten schliesst 1997 die Neutralität eine Zusammenarbeit mit der NATO in "gewissen Bereichen" nicht aus. Hier ist gemessen an den übrigen Fragen der grösste Zustimmungszuwachs gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (1995: 60%).

Für 60% der Schweizerinnen und Schweizer bildet indes die Neutralität noch immer eine Art Rückfallposition, weil sie einen Krieg auf westeuropäischem Boden (die Vorgabe erwähnt explizit "zwischen Frankreich und Deutschland") nach wie vor für möglich halten (1995: 63%).

**Abb. 18: Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität (Angaben in Prozent)**



Als vorläufiges Fazit können wir festhalten: Die schweizerische Neutralität hat in den Augen der Durchschnittsbevölkerung in den letzten Jahren nur wenig an Attraktivität eingebüsst. Sie steht in bezug auf alle ihre Funktionen nach wie vor hoch im Kurs. Für die Bevölkerungsmehrheit ist sie nach wie vor eine Maxime mit Zielcharakter. Nur eine Minderheit sieht auch ihre möglichen Nachteile. Sie wird indes 1997 von wachsenden Mehrheiten etwas «flexibler» interpretiert als in früheren Befragungen.

Die Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg scheint jedoch das wahrgenommene Prestige der Neutralität zumindest angekratzt zu haben, hat doch die Zahl ihrer Kritiker zugenommen.

Zudem hat die Meinung zwischen 1993 und 1997 Boden gut gemacht, die Neutralität schliesse eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit, insbesondere mit der NATO, nicht aus.

Eine wichtige Ursache für das starke Festklammern an der Neutralität dürfte unter anderen darin zu suchen sein, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer einen Krieg auf westeuropäischem Boden (z.B. zwischen Deutschland und Frankreich) nach wie vor für möglich hält.

Traditionelle und identifikatorische Gesichtspunkte spielen bei der Neutralitätsauffassung der Schweizerinnen und Schweizer offensichtlich auch 1997 noch eine grössere Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Nach wie vor gilt die schweizerische Neutralität mehrheitlich als eine Staatsmaxime, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung zu entwerten scheint.

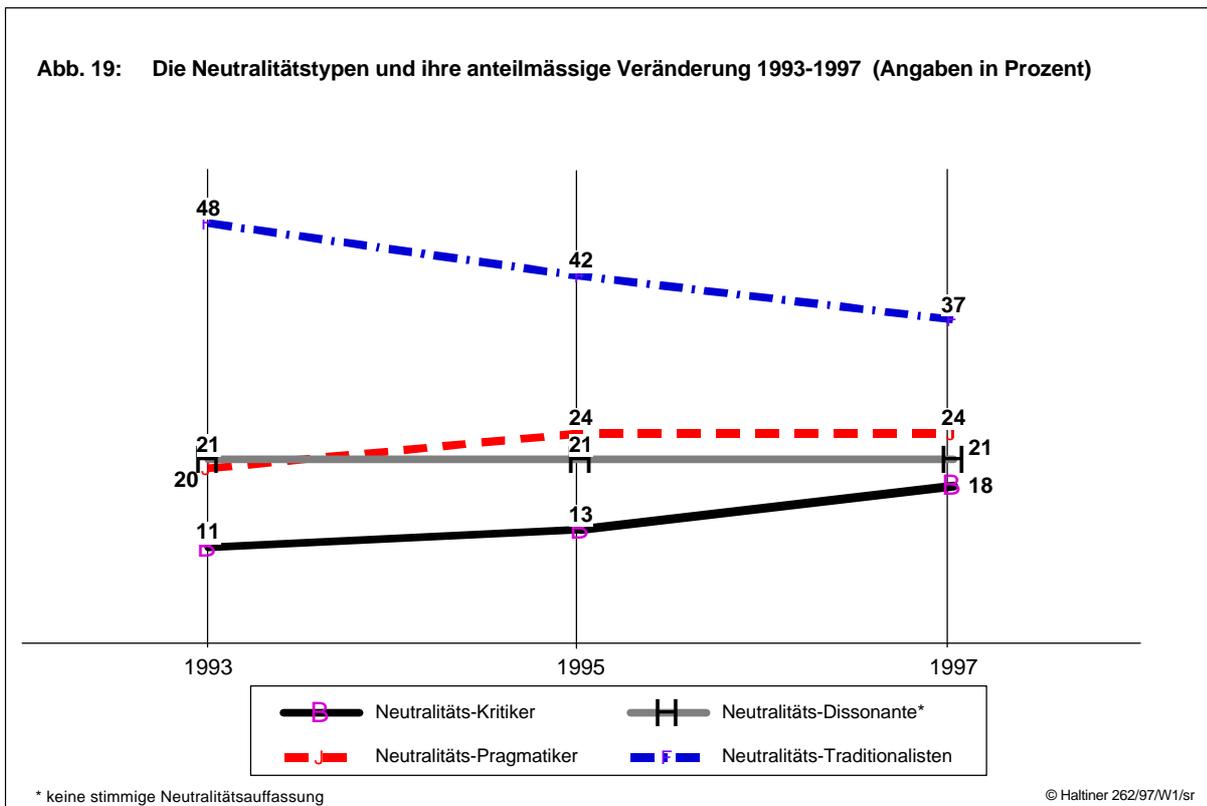
### **5.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie dominanter Meinungen**

Wie bei der grundsätzlichen aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft, so darf auch hier erwartet werden, dass sich verschiedene Typen von Neutralitätsauffassungen in der schweizerischen Bevölkerung ausmachen lassen. Für die Clusteranalyse wählten wir aus den fünfzehn in den Abbildungen 16 bis 18 aufgeführten Vorgaben deren acht aus (Abb. B im Anhang I). Diese indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in der Abbildung) und in negativer Besetzung (rechts in Abbildung). Eine angemessene befriedigende Lösung zur Erklärung der Variation bildet eine 4-Cluster-Variante. Die vier Typen lassen sich wie folgt charakterisieren:

*Neutralitätskritiker:* Sie stehen den positiven Neutralitätsfunktionen mehr oder weniger skeptisch gegenüber (Soldaritätsfunktion und Konfliktverschönerung) oder lehnen sie ganz ab, wie z.B. die Identitätsfunktion (Verbindung mit dem Staatsgedanken) und die bewaffnete Neutralität (Abb. B: ausgezogene schwarze Linie). Personen dieses Meinungstyps bestreiten vehement die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, weil sie in ihr ein Hemmnis für eine

verstärkte internationale Kooperation der Schweiz sehen. Knapp mehrheitlich billigen sie eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. In ihrer Mehrheit halten aber die Kritiker die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Aus ihrer Sicht entspricht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz, in keiner Weise mehr.

Der Typ des Neutralitätskritikers nimmt anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993-1997 von 11% aller Befragten auf 18% zu (Abb. 19).



*Neutralitätspragmatiker:* Sie bewerten die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität positiv (Anhang I, Abbildung B: dunkelgraue Linie). Dass die Neutralität die Schweiz am solidarischen Handeln mit den europäischen Nachbarn hindern könnte, wollen sie im Gegensatz zu den Neutralitätskritikern nicht wahrhaben. Die sicherheitspolitische Funktion beurteilen sie ähnlich wie die Neutralitätskritiker, aber weniger radikal: An die Möglichkeit einer Konfliktverschönerung dank Neutralität glauben sie nur knapp. Ebenso wie die Neutralitätskritiker halten sie die bewaffnete Neutralität für nicht mehr glaubwürdig und sprechen ihr deshalb eine Stabilisierungswirkung im Rahmen der europäischen Sicherheit ab. Die Identitätsfunktion – Verbindung mit dem schweizerischen Staatsgedanken – ist ihnen von geringer Bedeutung. Anders als

die Kritiker teilen sie aber die Meinung nicht, die internationale Verflechtung verunmögliche Neutralität.

Die Neutralitätspragmatiker haben anteilmässige im Beobachtungszeitraum 1993-1997 leicht, von 20% auf 24%, zugenommen (Abb. 19).

*Neutralitätsdissonante:* Personen dieses Auffassungstyps beantworten alle positiven wie auch alle negativen Vorgaben zustimmend (Anhang I, Abbildung B: schwarze, gestrichelte Linie). Besonders hohe Zustimmung erhält die Identitätsfunktion und die positive Wirkung der schweizerischen Neutralität für die europäische Sicherheit und Stabilität. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typs aber auch der Vorgabe zu, die Neutralität könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten, und die enge internationale Verflechtung des Landes verhindere zusehends die Neutralität. Für diese widersprüchliche Haltung sind zwei Erklärungen möglich. Erstens: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die objektiv wachsenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung auch bewusst, nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Zweitens: Personen dieses Auffassungstyps sind sich der Inkonsistenz ihrer Haltung gar nicht bewusst. Sie sind apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Wie auch immer: Der Dissonanz-Typ bringt in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck.

Anteilmässig bleiben die Neutralitätsdissonanten im Zeitraum 1993-1997 mit je 21% konstant (Abb. 19).

*Neutralitätstraditionalisten:* Sie nehmen die Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen konsequent alle Funktionsverlustbehauptungen ab (Anhang I, Abbildung B: hellgraue Linie). Im Vergleich zu den anderen Typen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die politische Identitätsfunktion eine sehr hohe Gewichtung. Die Schweiz wird hier mit «Neutralität» gleichgesetzt. Für die Traditionalisten hat die Neutralität offenbar noch jenen Wert, den Edgar Bonjour als «Mythos von fast religiöser Weihe» beschrieben hat. Sie ist als Symbol stark emotional verankert. Auch ist der Glaube, die Neutralität schütze die Schweiz vor dem Einbezug in internationale Konflikte, ungebrochen hoch. Sie wenden sich deshalb konsequent gegen eine ausschliesslich instrumentelle Betrachtung der Neutralität. Diese erhält deutlich den Stellenwert eines Selbstzweckes.

Die Gruppe der Neutralitätstraditionalisten hat sich zwischen 1993 und 1997 anteilmässig am deutlichsten abgeschwächt, nämlich von 48% auf 37% (Abb. 19). Der Traditionalismus verzeichnet aber nach wie vor die relativ grösste Anhängerenschaft.

Die anteilmässige Verteilung der verschiedenen Neutralitätsauffassungen (Typen) in der schweizerischen Bevölkerung hat sich in den letzten vier Jahren verändert. Kritische und pragmatische Neutralitätsauffassungen haben an Boden

gewonnen, dagegen hat sich der früher vorherrschende Neutralitätstraditionalismus abgeschwächt.

### **5.5 Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der Kooperationstypologie**

Abbildung 20 und Abbildung 21 zeigen die Neutralitätstypen nach soziodemographischen Eigenschaften. Das Verteilungsmuster gleicht weitgehend jenem der sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit (Abb. 10 und 11). Die Neutralitätsauffassungen variieren nach dem Alter (Abb. 20), der Sprachregion und der Bildung (Abb. 21), nicht jedoch nach dem Geschlecht (nicht abgebildet).

Eindrücklich unterscheiden sich die verschiedenen Altersgruppen in der Bewertung der Neutralität. Der Zusammenhang nach dem Alter verstärkt sich zudem von 1993 bis 1997 (1993 und 1995:  $CC = 0.22$ , 1997:  $CC = 0.30$ ). Die traditionalistische Neutralitätsauffassung nimmt in allen Erhebungsjahren mit steigendem Alter zu, hat aber insgesamt von Jahr zu Jahr an Boden verloren. Bei den unter 29jährigen sind ihnen weniger als ein Viertel zuzurechnen. Einzig die über 60jährigen vertreten 1997 noch mehrheitlich eine traditionalistische Neutralitätsauffassung. Sie haben die Bedeutung der Neutralität im Zweiten Weltkrieg noch in einer prägenden Lebensphase erfahren. Nachhaltig hat sich demgegenüber eine kritische Neutralitätsauffassung bei den 19-39jährigen verbreitet, bei den 18/19jährigen von 1995 bis 1997 gar mehr als verdoppelt.

Zur traditionalistischen Neutralitätsauffassung neigen – wenn auch in abnehmenden Masse – ferner Personen mit einem niedrigen und mittleren Bildungsgrad (Abb. 21), eher ländlichem Lebensstil (nicht abgebildet) und einer mittleren bis starken Kirchenbindung (nicht abgebildet). Stark zugenommen hat in den untersten Bildungsschichten der Anteil der Dissonanten. Dies ist ein Hinweis dafür, dass die Verunsicherung über die Neutralitätsinterpretation sich in allen Bevölkerungskreisen bemerkbar macht, auch in solchen, in denen sie bisher als unverrückbar galt. Über die Hälfte aller Befragten mit Hochschulabschluss beurteilt die Neutralität kritisch oder pragmatisch. Von 1995 bis 1997 hat hier der Kritikertyp von einem Fünftel auf einen Drittel zugenommen.

Die traditionalistische Auffassung ist auch 1997 in der deutschen Schweiz noch markant stärker verbreitet als in der französischen Schweiz (Abb. 21). Dort haben sich die Neutralitätskritiker seit 1993 mehr als verdoppelt. 27% der Westschweizerinnen und Westschweizer stehen der Neutralität kritisch gegenüber. Die italienische Schweiz gleicht in der Verteilung der Neutralitätsauffassungen eher der deutschen als der französischen Schweiz.

Fazit: Weit stärker als bei der Öffnungs-Autonomie-Typologie variieren die Neutralitätsauffassungen vor allem nach dem Alter und nach der Sprachregion.

Beide Merkmale bestimmen in höherem Mass als andere die Interpretation der Neutralität in der Bevölkerung. Die Zuwendung zu einer mehr kritischen und pragmatischen Auffassung der schweizerischen Neutralität dürfte sich, andere Faktoren nicht berücksichtigt, mit dem intergenerationellen Wandel durchsetzen.

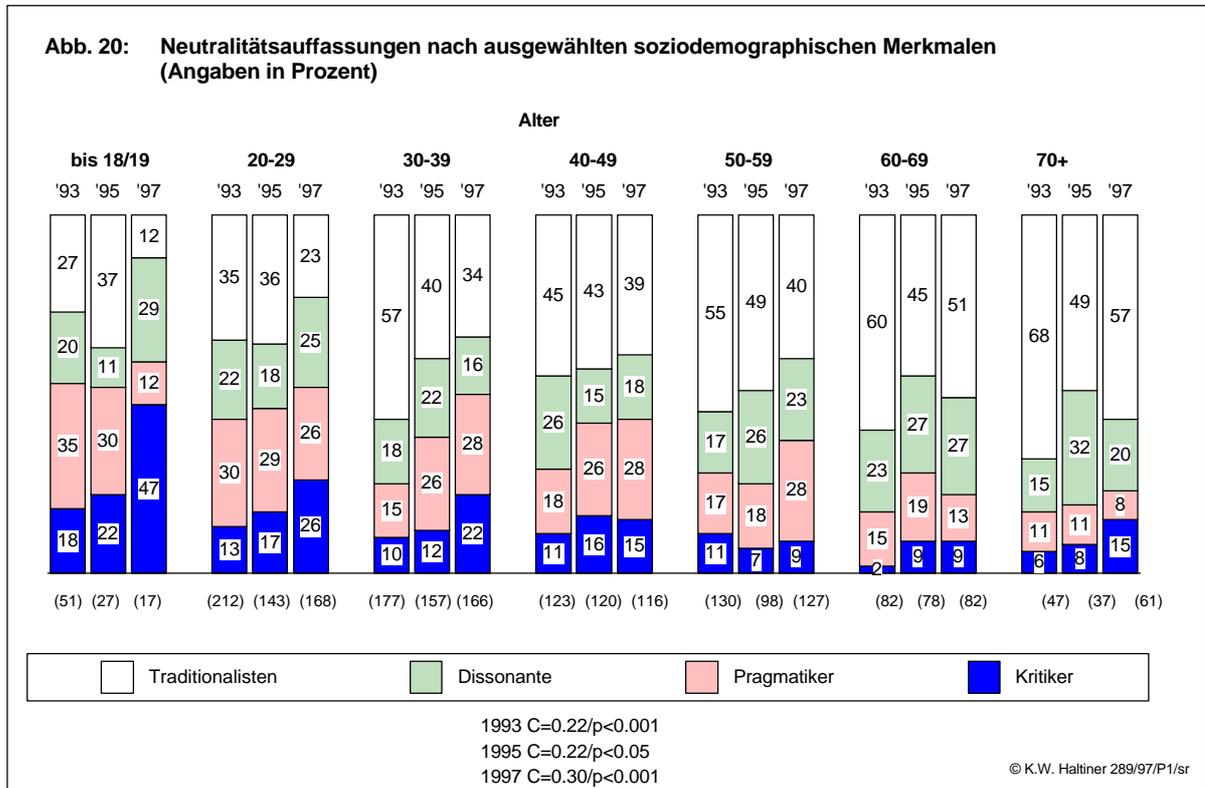
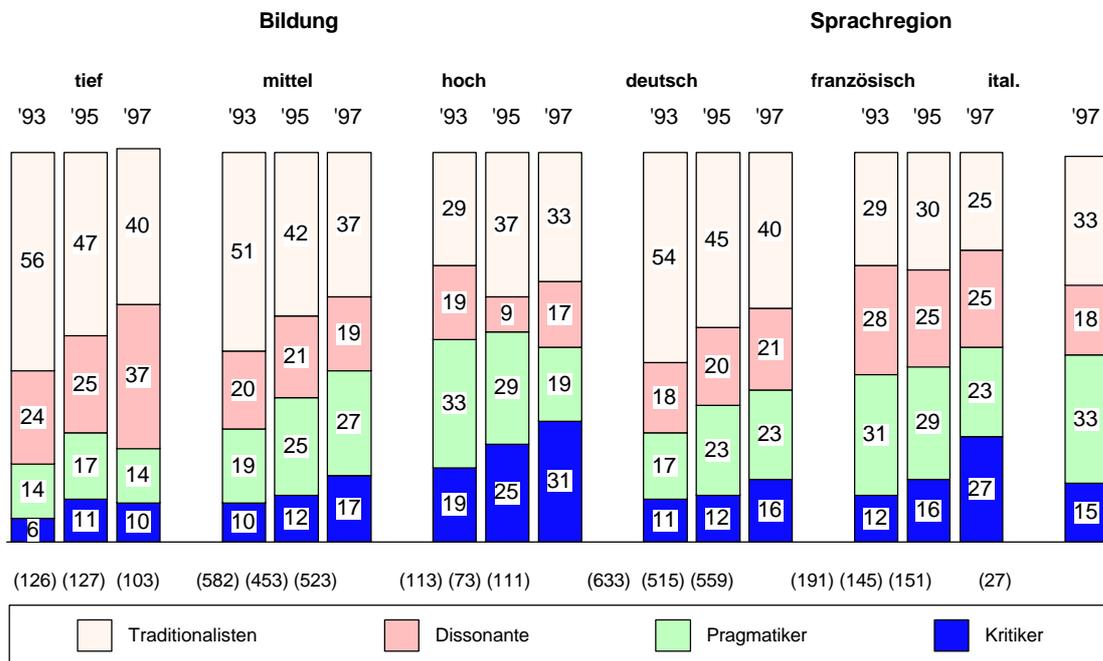
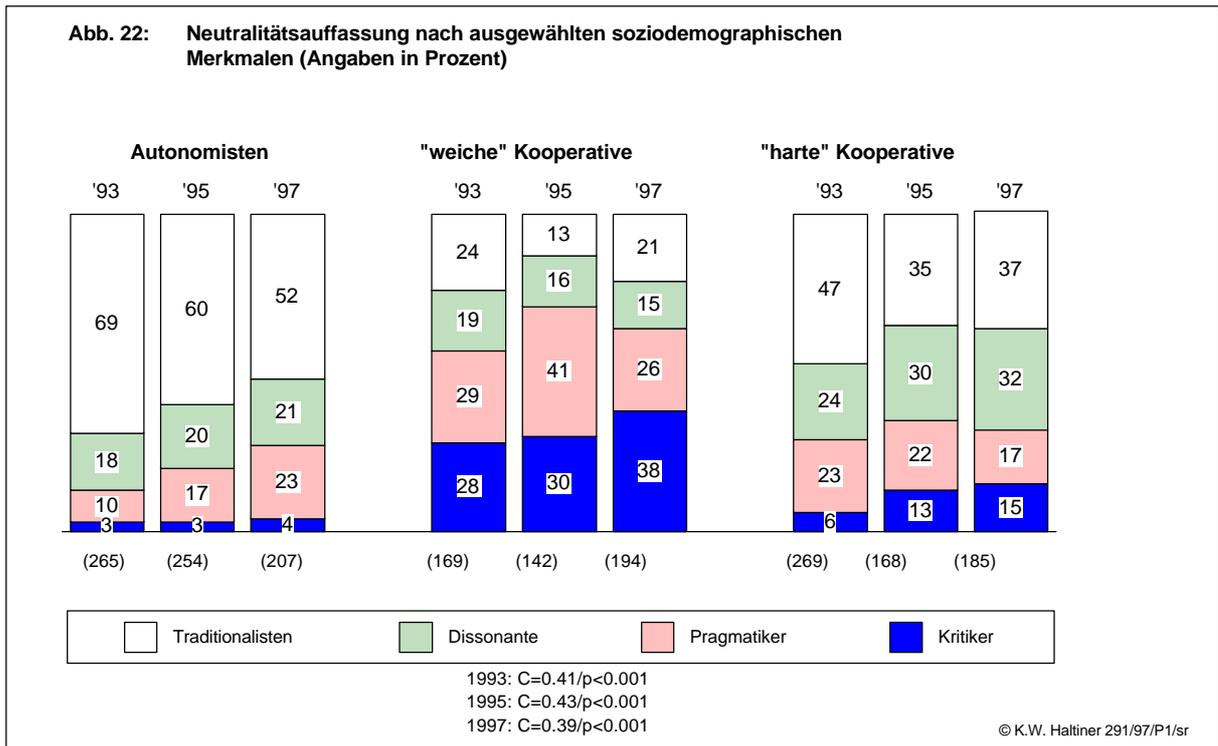


Abb. 21: Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



© K. W. Haltiner 290/97/P1/sr

Enge und durchaus folgerichtige Zusammenhänge bestehen zwischen der ausenpolitischen Kooperationsbereitschaft, wie wir sie typologisch in Abbildung 9 ermittelt haben, und den verschiedenen Neutralitätsauffassungen (Abb. 22). Die traditionalistische Neutralitätsauffassung überwiegt erwartungsgemäss bei den Autonomisten. 52% von diesen neigen ihr zu. Allerdings hat auch hier die traditionalistische Auffassung von 1993 bis 1997 abgenommen. Die neutralitätskritische Auffassung ist am stärksten unter den "weichen" Kooperativen verbreitet – ein Sachverhalt, der sich von 1993 bis 1995 noch deutlich verstärkt hat. Von den Personen, die dem Typ des "harten" Kooperativen zuzurechnen sind, neigte 1993 noch beinahe jeder zweite Befragte (47%) zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung, 1997 sind dies nunmehr 37%.



Das Gutheissen eines autonomistischen Kurses der Schweiz und eine traditionelle Auffassung von Neutralität als einem nationalen Symbol gehen somit Hand in Hand.

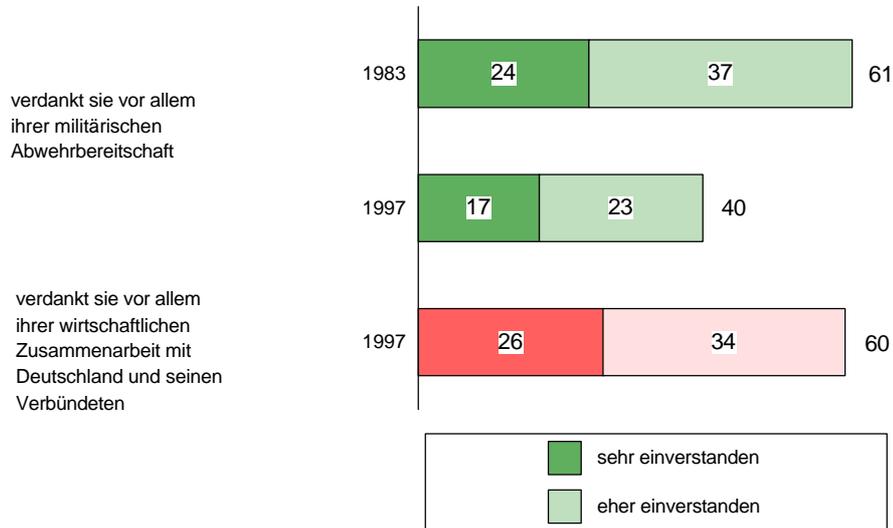
## 5.6 Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Exkurs zur aktuellen Diskussion um das Geschichtsbild

1996 ist eine öffentliche Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und um das hierzulande gehegte diesbezügliche Geschichtsbild entbrannt. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich u.a. auf die Gründe der Verschonung der Schweiz vor kriegerischen Verwicklungen. Während die einen insbesondere die Neutralität und die Abwehrbereitschaft herausstreichen, weisen andere auf die enge finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland und seinen Verbündeten hin.

Beide Haltungen sind den Befragten in der Form von Vorgaben vorgelegt worden (Anhang III, Tab. 65 und Tab. 66). Die Einstellung zur Vorgabe "Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft" wurde bereits 1983 erstmals in einer eigenen Befragung erhoben, die Vorgabe "Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten" hingegen wurde 1997 zum ersten Mal gestellt (Abb. 23).

**Abb. 23: Wahrnehmung der Ursachen der Verschonung der Schweiz im II. Weltkrieg (Angaben in Prozent)**

Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist...

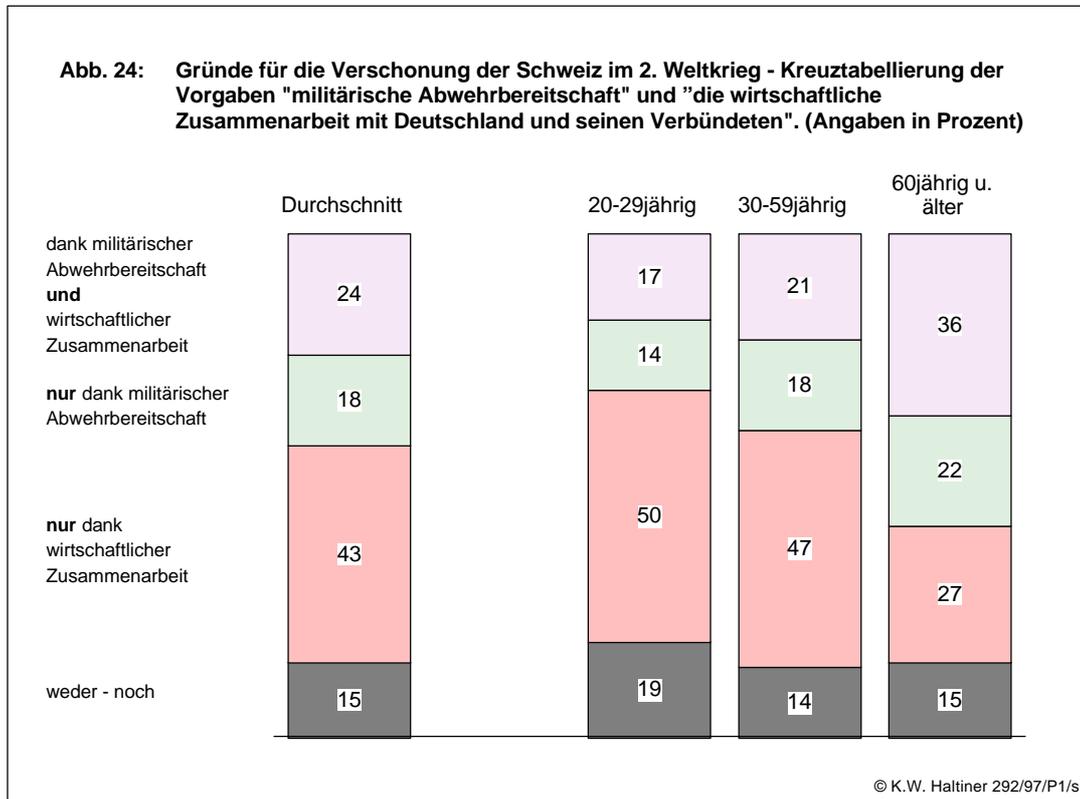


© K.W. Haltiner 256/97/P3/sr

Stimmten 1983 der Aussage zur militärischen Abhaltewirkung als vorrangiger Ursache für die Verschonung noch 61% aller Befragten zu, so sind dies 1997 nur noch 40%. Besonders schwer tun sich mit dieser Auffassung die 18-29jährigen (31%), Personen, die sich politisch eher links einstufen (23%), und Hochschulabsolventen (28%). Hingegen findet sie überdurchschnittliche Zustimmung bei den über 55jährigen (53%), Personen, die sich politisch als eher rechts bezeichnen, (51%) und solchen, die nur eine obligatorische Schule besucht haben (59%, vgl. Anhang III, Tab. 65 und 66).

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer (60%) teilt heute die Auffassung, die Schweiz verdanke es vorab ihrer engen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland, dass sie nicht direkt in den Krieg einbezogen worden sei. Diese Meinung wird mit 69% in der Westschweiz und 64% in der italienischen Schweiz überdurchschnittlich, in der deutschen Schweiz mit 57% leicht unterdurchschnittlich vertreten. Erstaunlich hoch ist im Unterschied zur ersten Vorgabe hier die Differenz zwischen den Geschlechtern: Männer stimmen der Vorgabe zu 68%, Frauen nur zu 53% zu. Sie findet insbesondere auch bei den über 55jährigen weniger Billigung, aber doch mehrheitlich Zustimmung (55%)! Der auffallend hohe Anteil an "Weiss nicht"-Antworten bei den unter 29jährigen, den über 55jährigen und den mittleren und unteren Bildungsschichten sowie vor allem bei den Frauen (10% und höher) zeugt von einer erheblichen Verunsicherung bei der Frage nach dem richtigen Geschichtsbild über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Von einer gewissen Verunsicherung mag auch zeugen, dass 24% aller Befragten sich mit beiden Vorgaben gleichermassen einverstanden erklären, obwohl diese mit der Formulierung "*vor allem*" bewusst prioritätensetzend, das heisst, sich gegenseitig ausschliessend, formuliert worden waren (Abb. 24). Die Kreuztabellierung enthüllt noch mehr: Für 43% steht fest, dass es in erster Linie die

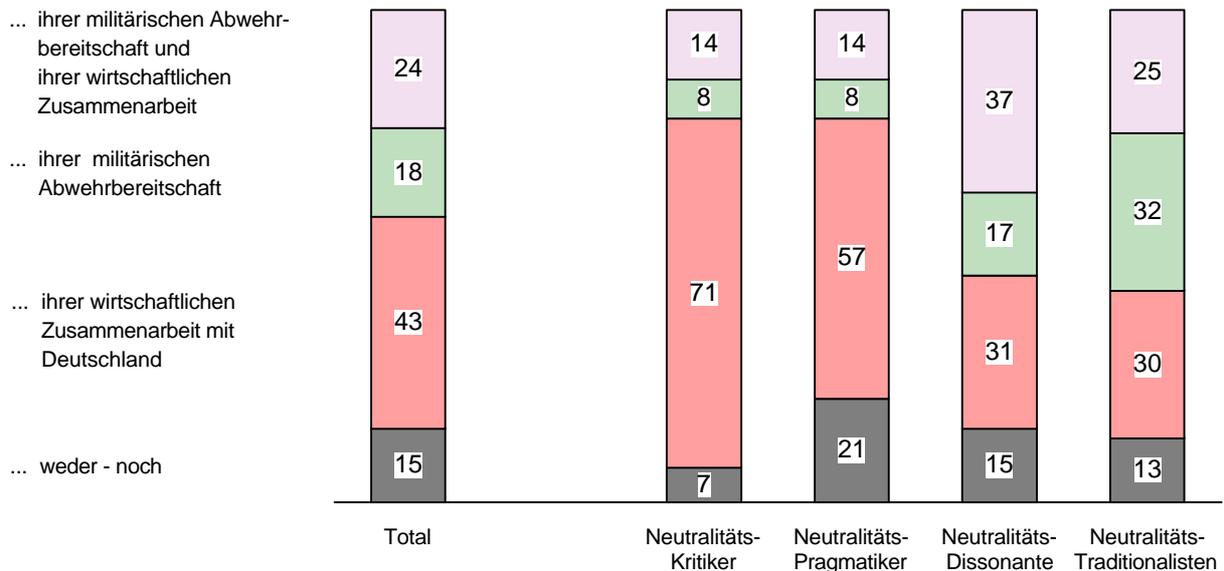


wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und eben gerade nicht in erster Linie die militärische Abwehrbereitschaft war, welche die Schweiz aus dem Krieg heraushielt (Abb. 23). Bloss 24% sehen die Ursache in erster Priorität in der militärischen Abwehrbereitschaft unter Ausschluss wirtschaftlicher Gründe. Diese klare Bevorzugung der militärischen Abwehrbereitschaft unter Ablehnung der wirtschaftlichen Ursachen nimmt mit steigendem Alter zu; die Umkehrung – nämlich die Hervorhebung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Ursache unter Ablehnung der militärischen Abwehrwirkung – hingegen ab. Grob gesagt: Ältere Generationen halten am bisher gepflegten Geschichtsbild einer Schweiz fest, die ihre Verschonung vor allem ihrer Wehrhaftigkeit verdankt. Die jüngeren Generationen gewichten demgegenüber die wirtschaftlichen Faktoren für die Verschonung der Schweiz höher.

Das Geschichtsbild der Schweiz ist eng mit dem Typ der Neutralitätsauffassung der befragten Personen (Abb. 25) verbunden. So sind etwa die Neutralitätskritiker zu 71% der Meinung, die wirtschaftlichen seien die wahren, die militärischen hingegen nur die vorgeschobenen Gründe für den Nichteinbezug der

**Abb. 25: Gründe für die Verschonung der Schweiz im 2. Weltkrieg: nach Neutralitätsauffassungen (Angaben in Prozent)**

Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg geschont worden ist, verdankt sie vor allem...



© K.W. Haltiner 324/97/P1/sr

Schweiz in den Krieg. Die aktuelle Diskussion um das Geschichtsbild dürfte somit dem oben konstatierten Zuwachs an Neutralitätskritikern gegenüber 1993 und 1995 erheblichen Auftrieb verliehen haben. Ähnliches gilt, wenn auch in schwächerem Mass, für die Neutralitätspragmatiker. Die Dissonanz im Sinne einer inkonsequenten Haltung bei der Neutralität findet sich ebenso beim Geschichtsbild. 37% der Personen, die dem Typ des Neutralitätsdissonanten zuzurechnen sind, stimmen trotz einer Formulierung der beiden Vorgaben derart, dass die gleichzeitige Zustimmung zu den zwei Ursachen sich ausschliesst, beiden Aussagen zu. Wie nicht anders zu erwarten dominiert das Motiv "militärische Abwehrbereitschaft" unter Ausschluss wirtschaftlicher Gründe vor allem im Geschichtsbild von Personen, die eine traditionalistische Neutralitätsauffassung vertreten.

Fazit: Die vorliegende Daten deuten daraufhin, dass sich das Geschichtsbild zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in der letzten Dekade und – womöglich in den letzten Monaten beschleunigt – verändert hat. Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sieht die Gründe für die Verschonung unseres Landes im Zweiten Weltkrieg vorab in der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten und nicht bzw. nicht mehr in der militärischen Abwehrbereitschaft der damaligen Schweiz. Weniger die älteren, wohl

aber die jüngeren Generationen neigen vermehrt zu dieser Sicht der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Dieser offensichtliche Wandel des Geschichtsbildes unserer nahen Vergangenheit ist deshalb von hoher aktueller politischer Bedeutung, weil er in der öffentlichen Meinungsbildung erstens der Frage, wie die Neutralität der Schweiz inskünftig zu interpretieren sei, Auftrieb verleiht, und weil er zweitens das bislang vorherrschende traditionalistische Neutralitätsbild erodiert, das sich vorab auf nationale Symbolik und auf ein gewisses Sendungsbewusstsein im Sinne der friedlich-neutralen Nation, die der Welt als Vorbild dienen kann, abstützt. Offensichtlich beeinflusst die Auseinandersetzung um die bewaffnete Neutralität im Zweiten Weltkrieg und ihre «Moralisierung» in der internationalen Diskussion die aktuelle und womöglich künftige Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.

## **6. Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation**

### **6.1 Abkommen mit der NATO: «Partnership for Peace» (PfP)**

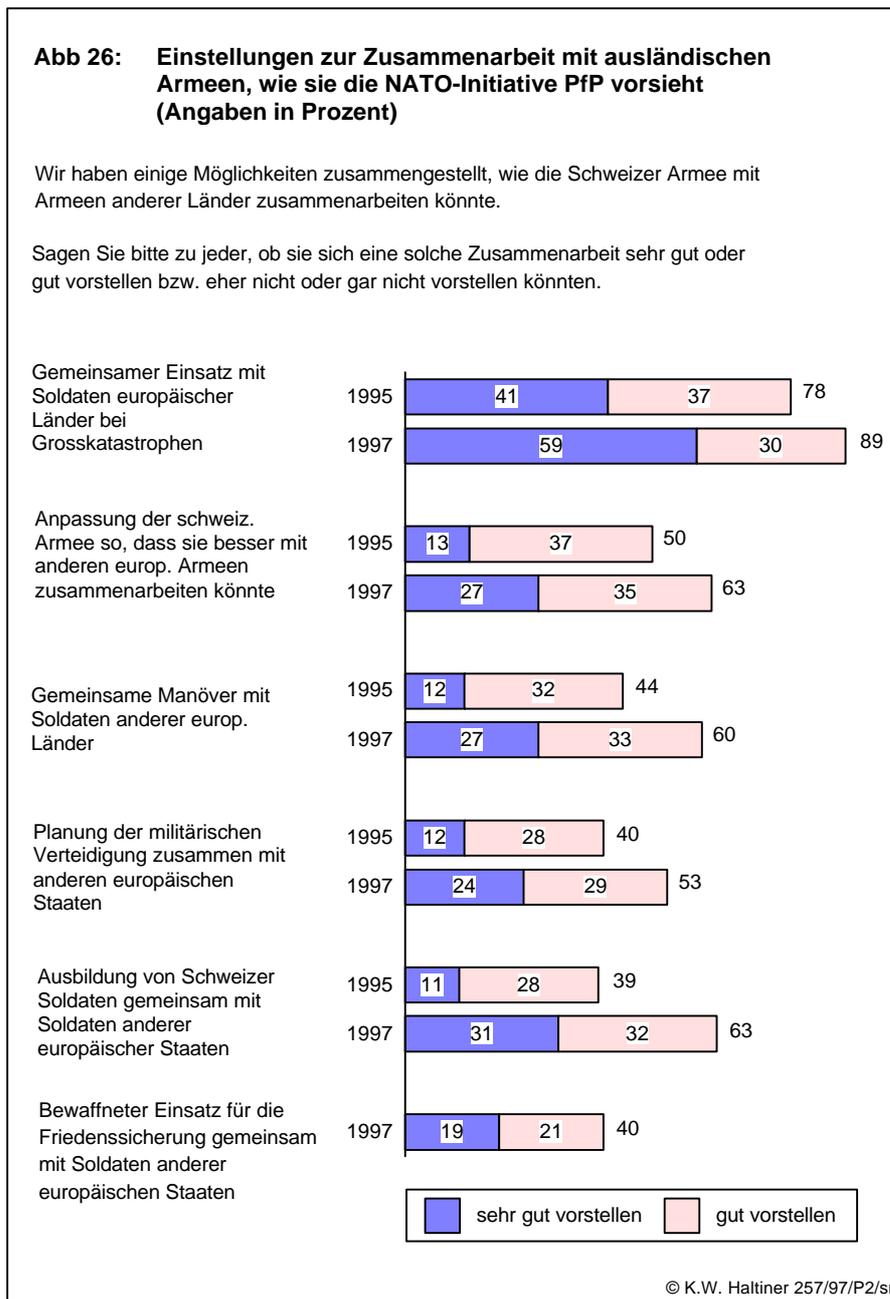
Im Dezember des vergangenen Jahres hat die Schweiz den Vertrag über die sogenannte «Partnerschaft für den Frieden», abgekürzt PfP, unterzeichnet. Das Partnerschaftsangebot ist geradezu auf die Schweiz zugeschnitten, weil jeder Partnerstaat Art und Ausmass seiner Zusammenarbeit mit dem Atlantischen Bündnis selber bestimmen und auch jederzeit wieder aufkündigen kann. Bis heute sind 27 Nationen «Friedenspartner» der NATO geworden, darunter auch die Neutralen Finnland, Österreich und Schweden.

In unserer Erhebung haben wir den Informationsstand und die Einstellung zum Abkommen «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) ermittelt. Ferner wird, mit denselben Vorgaben wie erstmals 1995, die Haltung der Bevölkerung zu verschiedenen Graden der sicherheitspolitischen Kooperation, wie sie im PfP-Programm vorgesehenen sind, erhoben. Dies obwohl die Schweiz ihre Zusammenarbeit im nun geltenden Verträge mit der NATO auf Ausbildungszusammenarbeit und unbewaffnete Kooperationsmodi im Rahmen humanitärer und ziviler Einsätze beschränkt.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung, drei Monate nach der PfP-Vertragsunterzeichnung, gaben zwei Drittel der Befragten an, von der «Partnerschaft für den Frieden» nichts gehört oder gelesen zu haben (Vgl. Tab. 47 im Anhang III). Besonders gross ist das diesbezügliche Informationsdefizit bei den Romands (bloss 23% geben an, sie hätten schon von der PfP gehört), den Frauen (24%), den 18-29jährigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern (26%) sowie bei Personen mit einer tiefen Bildung (23%). Wie nicht anders zu erwarten, besteht ein positiver, hoch signifikanter Zusammenhang ( $\gamma = .36$ ) zwischen dem allgemeinen Interesse für Fragen der Sicherheitspolitik (Frage 19) und dem Kenntnisstand über den PfP-Vertrag: Sicherheitspolitisch Interessierten ist der PfP-Vertrag eher bekannt als Uninteressierten.

Von den rund 33% der Befragten, für welche die PfP einen bekannten Begriff darstellt (Tabelle 1 unten), erklären sich 75% einverstanden mit der erfolgten Unterzeichnung des Vertrages mit der NATO (Frage 15). Diese Prozentzahl bleibt stabil auch bei Berücksichtigung der Meinung derjenigen, die kurzfristig (d.h. vom Befrager im Laufe des Interviews) über den Inhalt des Abkommens informiert wurden. Geringfügig kritischer als der Durchschnitt erweisen sich hinsichtlich der Vertragsunterzeichnung die älteren Semester (70% Zustimmung der über 55jährigen) und Personen, die nur über den obligatorischen Schulabschluss verfügen (71%). Keine Unterschiede in der Zustimmung bestehen zwischen den Sprachregionen.

Möglicherweise hängt die hohe Akzeptanz, welche die Unterzeichnung des Abkommens bei den Befragten geniesst, damit zusammen, dass die PfP von den Schweizerinnen und Schweizern grossmehrheitlich als ein die Neutralität nicht tangierendes Übereinkommen wahrgenommen wird (Anhang III Tab. 49). Bloss 9% geben an, das Abkommen mit der NATO werde "grosse" Auswirkungen auf unsere Neutralität haben. Für 27% wird die Neutralität zwar tangiert, aber nur in unbedeutendem Masse. Die absolute Mehrheit der Befragten (51%) vertritt indes die Meinung, der PfP-Vertrag werde "fast keine" bzw. "überhaupt keine" Auswirkungen auf die Schweizer Neutralität haben. Zudem sind, wie in Abbildung 17 gezeigt, drei Viertel der Befragten der Meinung, die Neutralität lasse in gewissen Bereichen auch eine Zusammenarbeit mit der NATO zu.



Der tiefe Bekanntheitsgrad des im Dezember unterzeichneten Abkommens beweist, dass bei den Befragten weder die Kenntnis des Begriffes «Partnerschaft für den Frieden» noch detailliertes Wissen über die Inhalte des Übereinkommens vorausgesetzt werden durften. Einige Kernanliegen der PfP wurden deshalb für die Befragung in einer grundsätzlichen Weise, d.h. nicht direkt auf das Abkommen mit der NATO bezogen, erhoben. Konkret wurde gefragt, ob man sich die in Abbildung 26 aufgelisteten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Armeen anderer Länder vorstellen könnte ("sehr gut", "gut", "eher nicht", "gar nicht").

Der Vergleich mit 1995 zeigt, dass sich heute durchwegs mehr Schweizerinnen und Schweizer als vor zwei Jahren nonkombattante Zusammenarbeitsformen mit ausländischen Armeen vorstellen können (Abb. 26):

Unter den fünf möglichen Zusammenarbeitsformen, mit denen wir die Befragten 1997 konfrontierten, werden von der absoluten Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer fünf als "sehr gut" bzw. "gut vorstellbar" klassifiziert:

Höchste Zustimmung erhält ein Einsatz mit Soldaten europäischer Länder bei Grosskatastrophen (1997: "sehr gut" bzw. "gut vorstellen": 89%, 1995: 78%).

Rund zwei Drittel aller Befragten (63%), können sich eine gemeinsame Ausbildung (1995: 39%) oder eine Anpassung der Schweizer Armee so, dass sie besser mit anderen Armeen zusammenarbeiten könnte (1995: 50%), sehr gut bzw. gut vorstellen. Vor allem bei der Ausbildungskooperation ist der Zuwachs von 24% gegenüber 1995 markant.

Die Vorstellung gemeinsamer Manöver bereitet 60% keine Mühe (1995: 44%).

Auch eine gemeinsame Verteidigungsplanung ist nach unserer 97er Befragung anders als vor zwei Jahren mehrheitlich vorstellbar (53%; 1995: 40%)

Einzig ein bewaffneter Einsatz für die Friedenssicherung zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten gilt auch 1997 für die absolute Mehrheit der Befragten als unvorstellbar. Vor allem jüngere Jahrgänge (49%), Romands (56%) sowie Bürgerinnen und Bürger, die sich als linksstehend einstufen (52%) betrachten jedoch eine solche Einsatzform durchaus als realistisch.

Bei den nonkombattanten internationalen Zusammenarbeitsformen auf dem Felde der Sicherheitspolitik ist somit ein wachsender Goodwill konstatierbar. Sie werden durchwegs von Mehrheiten über 50% gebilligt.

Es lohnt sich, diese sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft nach den bereits bekannten Typologien der internationalen Kooperation und der Neutralitätsauffassungen aufzuschlüsseln. "Harte" und "weiche" Öffnungswillige und Personen, welche die Neutralität pragmatisch bis skeptisch bewerten, dürften der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Ausland bzw. mit der UNO mehr Sympathien entgegenbringen als solche, die auf nationale Autonomie pochen und eine eher traditionalistische Neutralitätsauffassung teilen. Diese Erwartung wird, wie Abbildung 27 zeigt, gestützt. So erhalten alle möglichen Kooperationsformen im Rahmen von PfP durch Befragte, die dem autonomistischen Typ

zuneigen, eine deutliche Absage, mit Ausnahme der Zusammenarbeit bei Grosskatastrophen. Vor allem die gemeinsame Verteidigungsplanung ist in diesem Personenkreis völlig unvorstellbar. Anders die Öffnungswilligen des "weichen" und "harten" Typs, die sich in Fragen der PFP-Zusammenarbeitsmöglichkeiten nur wenig unterscheiden. Für sie sind alle – auch die kombattante Kooperationsmodi! – mehrheitlich gut vorstellbar.

Ähnlich, aber weniger polarisiert, präsentiert sich das Einstellungsmuster nach der Neutralitätstypologie (Abb. 27). Für Befragte, die zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung neigen, sind eine gemeinsame Verteidigungsplanung und ein kombattanter Einsatz unvorstellbar. Gleiches gilt für die Neutralitätspragmatiker, die diesen beiden Engagementformen skeptisch gegenüberstehen. Einzig den Kritikern der Neutralität bieten alle sicherheitspolitischen Zusammenarbeitsformen überhaupt keine Vorstellungsschwierigkeiten.

## 6.2 Sicherheitspolitische Kooperation mit der UNO und mit der NATO

Überblickt man vergleichend die Meinungstrends zu möglichen Einsätzen im Rahmen der UNO und zur «Partnerschaft für den Frieden» (Vgl. Abb. 5, 26, 28 und Tabelle 1), so wird insgesamt eine grossmehrheitliche Billigung der Zusammenarbeit mit der NATO und mit der UNO sichtbar, sofern sich diese auf nichtkombattante Einsätze beschränkt und nicht souveränitätseinschränkende Bindungen beinhaltet (z.B. NATO-Beitritt). Der waffenlose Friedenseinsatz – auch ohne Bewaffnung zur Selbstverteidigung – erreicht die relativ höchste Zustimmung (Abb. 28).

Tabelle 1: Internationale sicherheitspolitische Kooperation (Zustimmung in %)

	1995	1996	1997
Kenntnis des Begriffs «PFP»			33
Zustimmung «Partnership for Peace»			75
Bewilligung an die NATO für Transporte durch/über die Schweiz im Zusammenhang mit Ex-Jugoslawien		70	
Gelbmützen für Bosnien		71	
Blaumützen für die UNO			
• im bisherigen Umfang	51	59	52
• Kontingente erhöhen	38	26	36

**Abb. 27: Internationale militärische Kooperationsbereitschaft nach den internationalen Kooperationstypen und den Neutralitätstypen (Angaben in Prozent)**

Könnten Sie sich vorstellen, dass...

... die Schweiz ihre mil. Verteidigung zusammen mit anderen europ. Staaten planen würde?

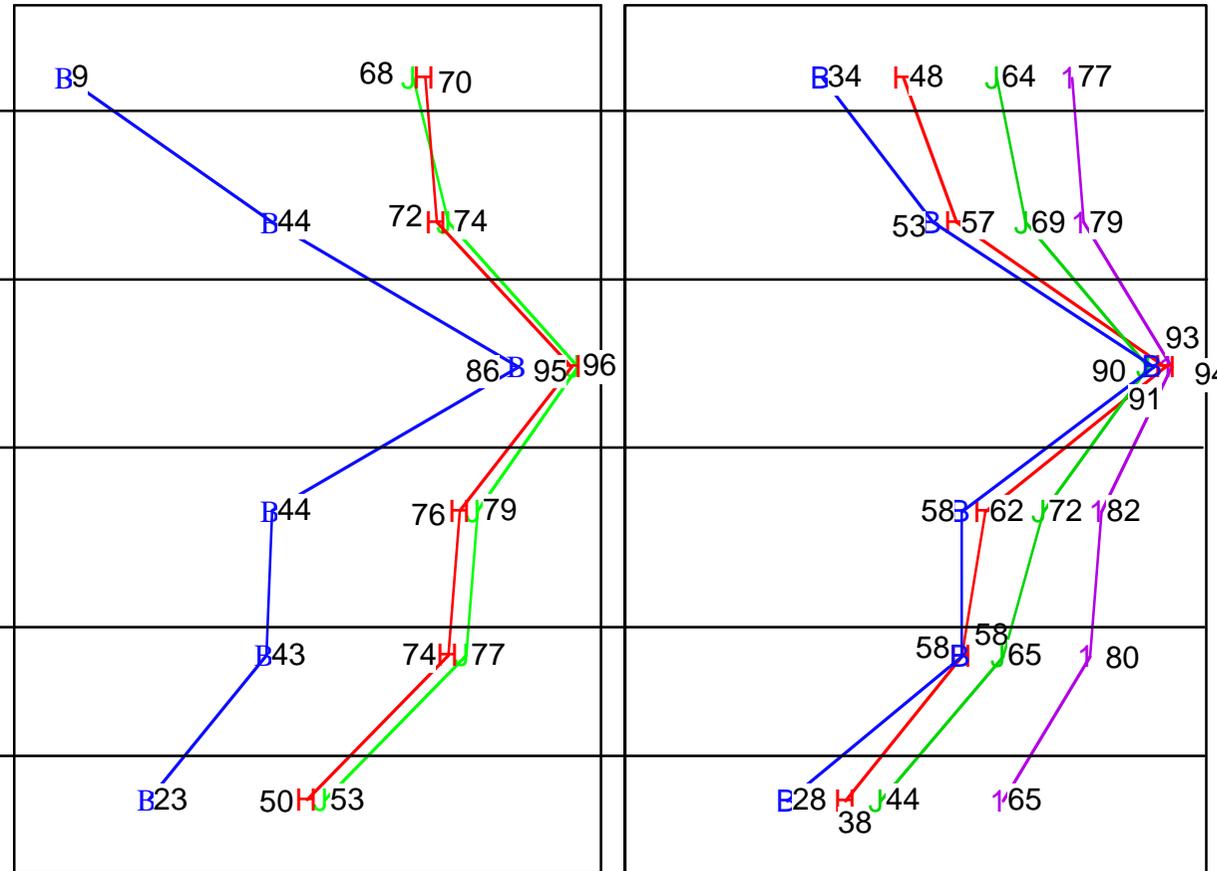
... Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsam Manöver durchführen?

... Soldaten anderer europ. Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden?

... die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit Armeen anderer Länder zusammenarbeiten könnte?

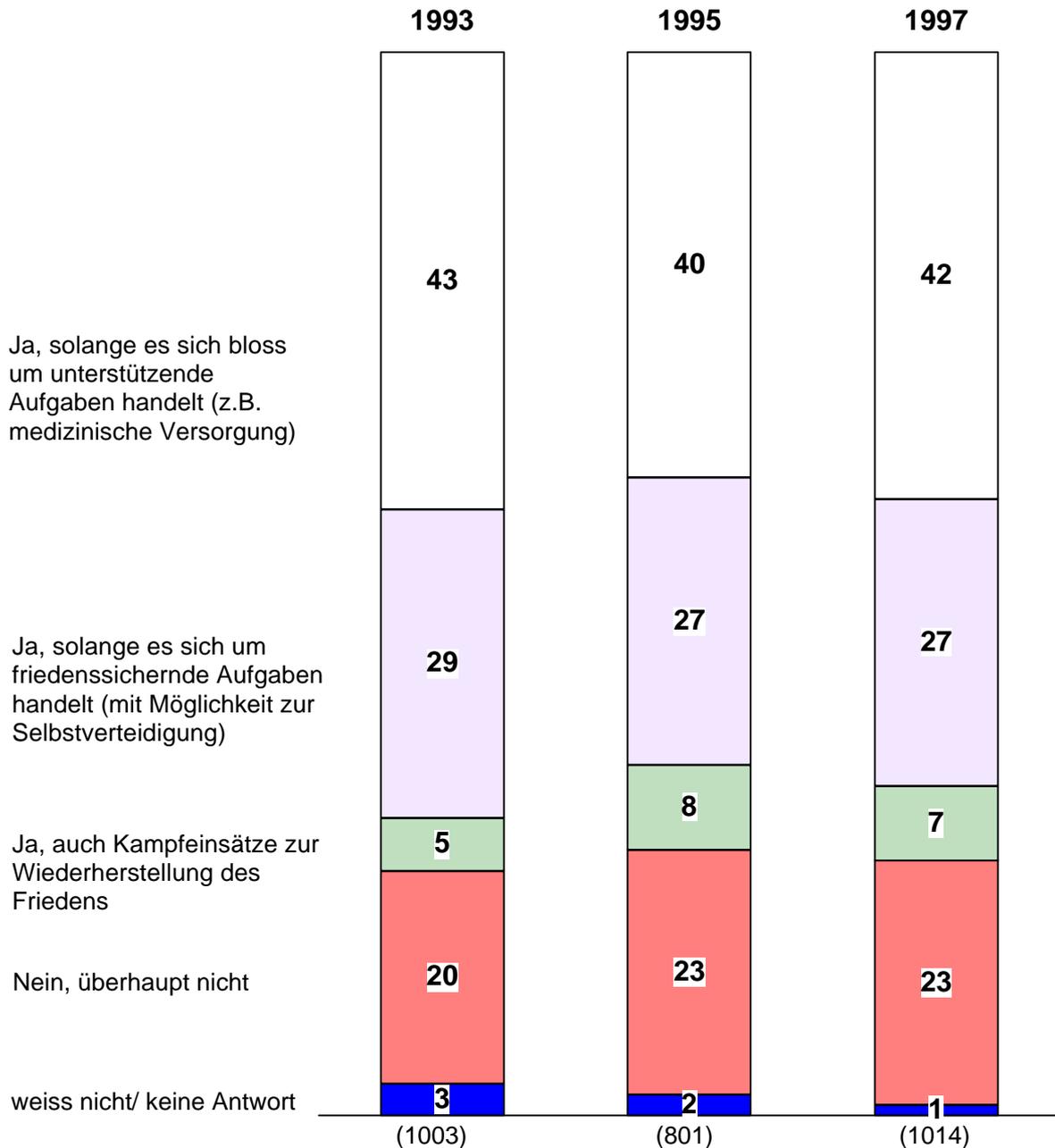
... Schweizer Solden zusammen mit Soldaten anderer Länder ausgebildet werden?

... Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europ. Staaten an einem bewaffneten Einsatz für die Friedenssicherung teilnehmen?



**Abb. 28: Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten  
(Angaben in Prozent)**

"Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?"



Fazit: Der Einsatz von Schweizer Soldaten bei friedenssichernden Missionen im Ausland ist heute hierzulande nicht mehr so schwer vorstellbar wie noch vor wenigen Jahren. Die öffentliche Meinung ist diesbezüglich bedeutend weniger geteilt. Sie hat sich offensichtlich an die kleinen Auslandskontingente von schweizerischen Armeeangehörigen gewöhnt. Das Medienbild von Blaumützen in Namibia, Westsahara oder von Gelbmützen in Sarajewo ebenso wie die Tatsache, dass diese Einsätze bisher erfolgreich und problemlos verlaufen sind, scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Im Gegenteil: Der Gedanke, dass Schweizer Soldaten und Soldatinnen ausserhalb eigener Landesgrenzen zum Einsatz gelangen, ist mittlerweile, trotz der Ablehnung der Schaffung eines Blauhelmbattalions 1994, weitgehend zu einer Konsensmeinung geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht darin keine Verletzung schweizerischer Neutralität. Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum für die internationale Kooperation mit der UNO und der NATO im Rahmen friedenssichernder Aufgaben hat sich damit vergrössert.

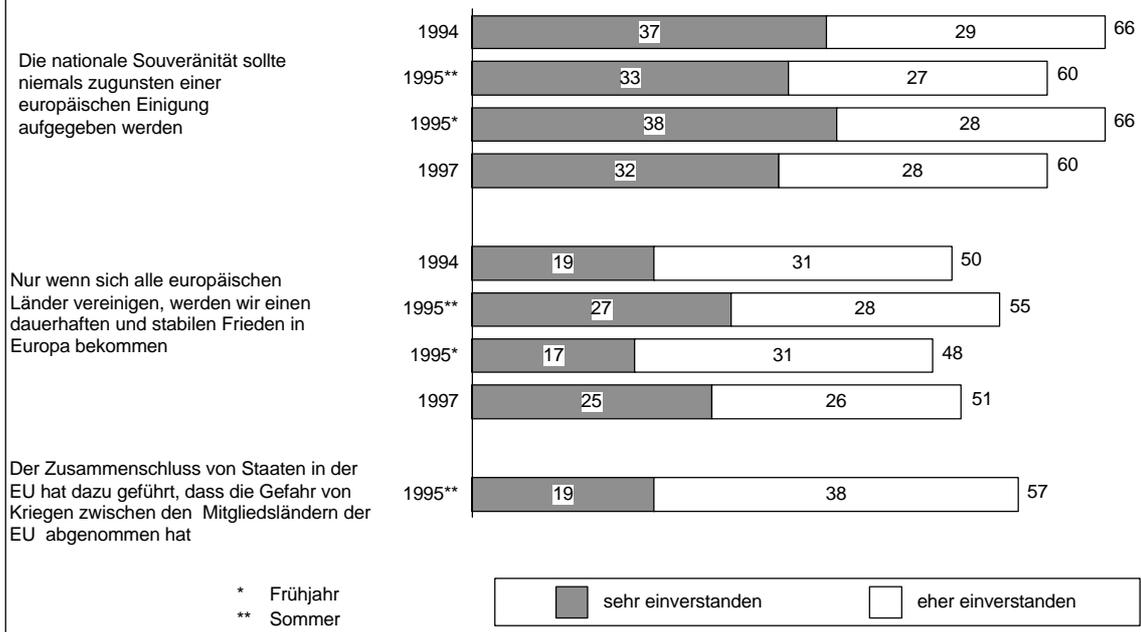
### **6.3 Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Abb. 29)**

Die Beurteilung des sicherheitspolitischen Stellenwertes der europäischen Integration (Abb. 29) unterliegt im Trend nur geringfügigen Schwankungen, schwächeren jedenfalls als die Frage eines allfälligen Beitritts zur EU (Abb. 4). In der ungebrochen hohen grundsätzlichen Ablehnung einer allfälligen Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten der europäischen Einigung (60%, 1995: 66%) spiegelt sich die bereits konstatierte verhaltene Öffnungsbereitschaft gegenüber Europa. Die Ablehnung liegt mit 54% bei den Welschen geringfügig tiefer. Sie erreicht aber bei keiner sozialen Gruppe (Alter, Bildung, politische Selbsteinschätzung) eine mehrheitliche Zustimmung.

Nur knapp die Hälfte (51%) bekennt sich zur friedenssichernden Wirkung der europäischen Einigung. 1995 teilten 55% bzw. 48% die als Vorgabe formulierte Meinung, der europäische Zusammenschluss vermindere die Gefahr eines Krieges zwischen den Mitgliedern der EU. Diese Zahlen zeugen nicht von einem hierzulande weit verbreiteten Glauben an die sicherheitspolitisch stabilisierende Wirkung der europäischen Einigung. Diesbezüglich besteht bei den Schweizerinnen und Schweizern nach wie vor ein Glaubwürdigkeitsdefizit.

Entsprechend gross sind denn auch noch immer die Vorbehalte, die sich in der verhaltenen Zustimmung zum Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Armee (Vgl. Abb. 4 in Abschnitt 4.1: 35%) manifestieren, einer Zustimmung, die auf tiefem Niveau seit dem ersten Erhebungszeitpunkt liegt und die immerhin einen Zuwachs von 10% auf heute zu verzeichnen hat.

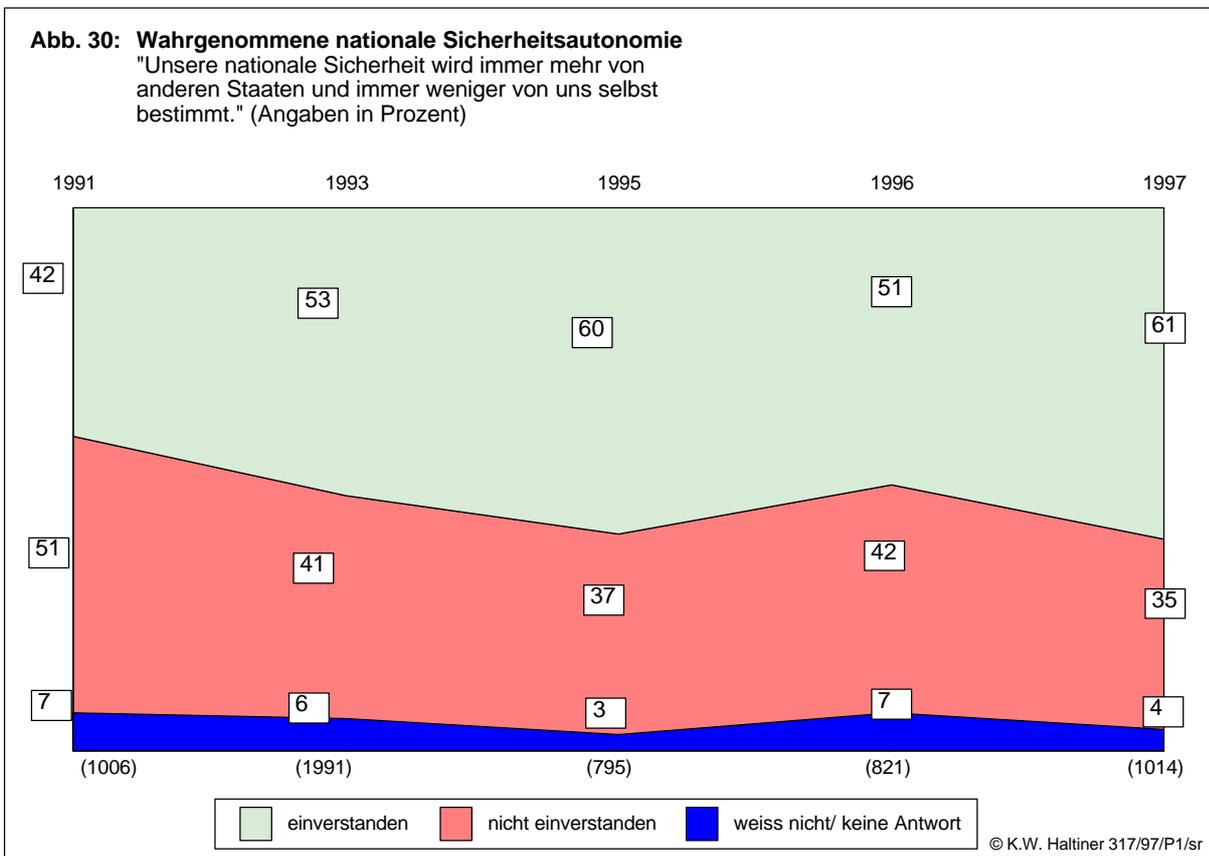
**Abb. 29: Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Angaben in Prozent)**



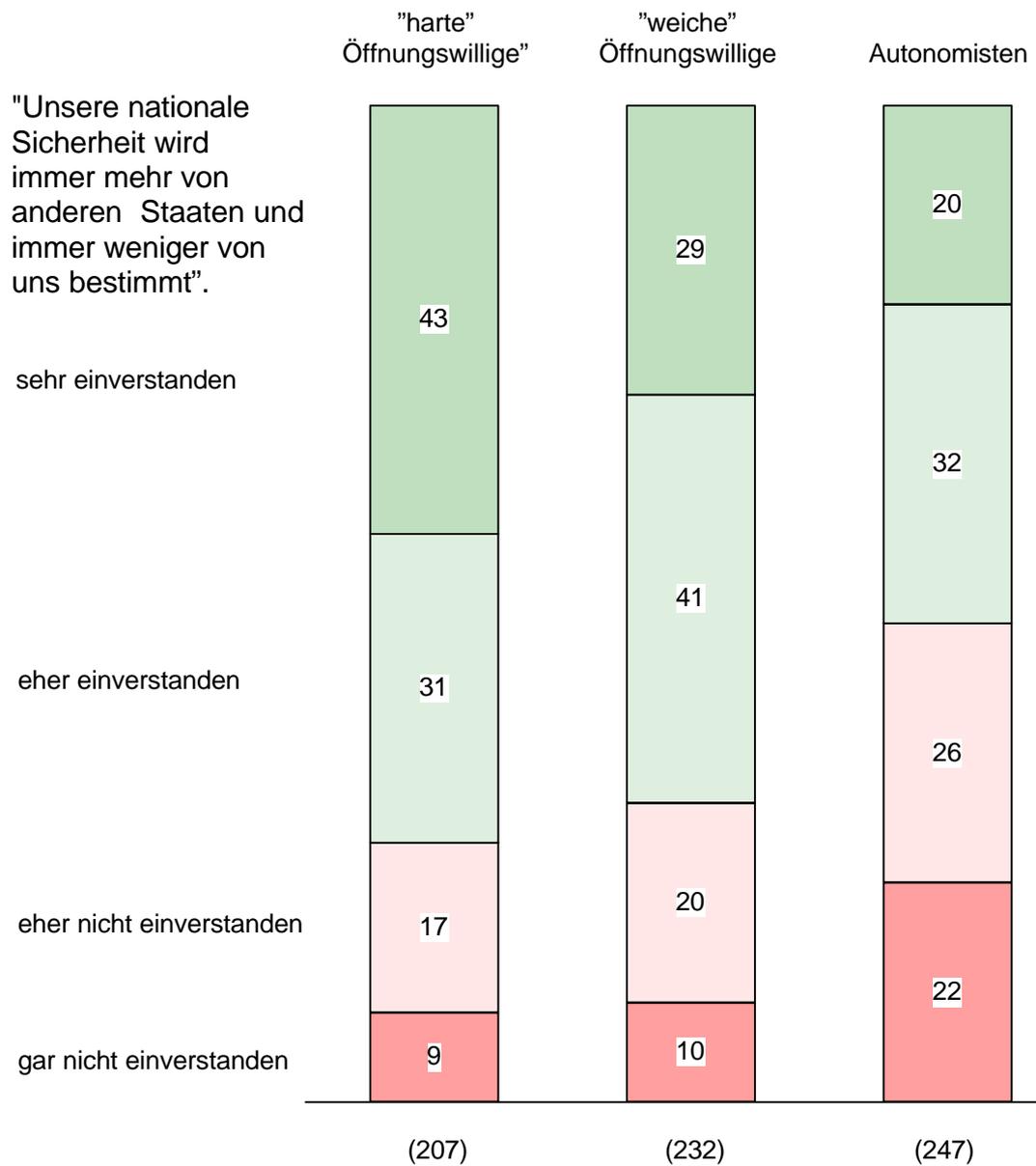
#### 6.4 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie (Abb. 30 und 31)

Von 1991 bis 1995 stieg die Anzahl derer an, die der Vorgabe zustimmten, unsere nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (Abb. 30). Nachdem 1996 diese Zahl mit 51% wieder etwas tiefer lag, erreicht sie 1997 mit 61% wiederum die Höchstwerte von 1995. Offensichtlich ist das Bewusstsein für die sicherheitsrelevante Vernetzung und die Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie bei einer Bevölkerungsmehrheit vorhanden und im Steigen begriffen. Überdurchschnittlich verbreitet ist 1997 diese Beurteilung in der Westschweiz (64%), bei Personen mit selbstbekundeter "linker" Orientierung (68%) und bei Befragten mit einer höheren Bildung (67%).

Die höhere internationale Kooperationsbereitschaft in der Sicherheitspolitik hängt u.a. mit dem gestiegenen Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsschaffung zusammen. So betonen bei den Öffnungswilligen grosse Mehrheiten (74% und 70%) diese Grenzen, während bei den Autonomisten bloss 52% der Vorgabe zustimmen (Abb. 31). Auch zeigen enge Korrelationen zwischen der Vorgabe und allen Fragen zur PfP, dass die Befürworterinnen und Befürworter des Abkommens, weit stärker als diejenigen die es ablehnen, von den wachsenden Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie überzeugt sind.



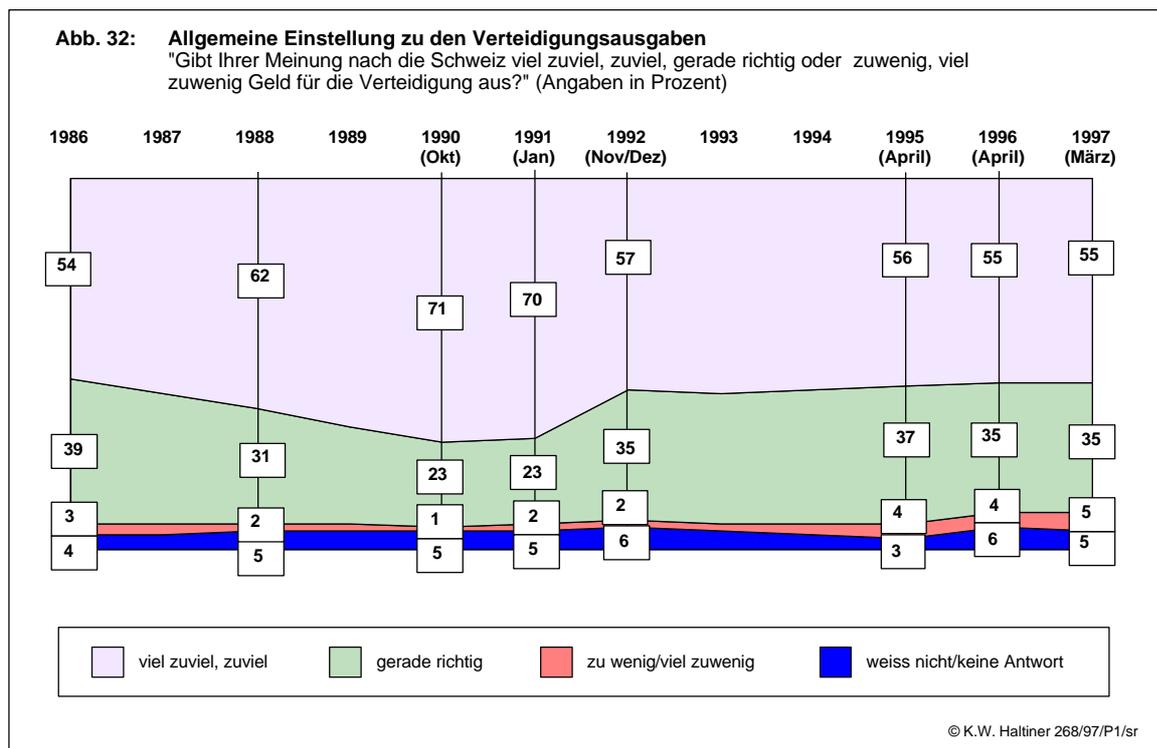
**Abb. 31: Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie nach der internationalen Kooperationstypologie (Angaben in Prozent)**



## 7. Landesverteidigung und Rüstungsausgaben

### 7.1 Einschätzung der Verteidigungsausgaben (Abb. 32)

Eine Mehrheit der Befragten (55%) ist 1997 der Meinung, die Schweiz gebe "zuviel" bzw. "viel zuviel" aus für ihre Verteidigung, 35% halten die Ausgaben für richtig, 5% für zu tief. Diese Verteilung entspricht weitgehend jener des Vorjahres (55%, 35%, 4%). Während von 1986 bis 1990 die Zahl derjenigen, welche die Armee knapper halten wollten, deutlich zunahm und 1990 mit 71% einen Höhepunkt erreichte, ist seit 1992 eine Stabilisierung in der Ausgabenkritik auf deutlich tieferem Niveau eingetreten. Wie schon in der Studie «Sicherheit '95» gezeigt, wird der Sparkurs des EMD in der Bevölkerung offensichtlich zu Kenntnis genommen. Überdurchschnittlich hoch ist die Kritik an den Rüstungsausgaben bei Linksorientierten (78%; Tab. 28 im Anhang III), in der italienischen Schweiz (67%), bei Frauen (59%) und bei jüngeren Personen (67%). Wer der Meinung ist, die Schweiz gebe zuviel aus für die Rüstung, befürwortet überdurchschnittlich hoch eine Verkleinerung der Armee (vgl. Abb. 32,  $\gamma = .60$ ).

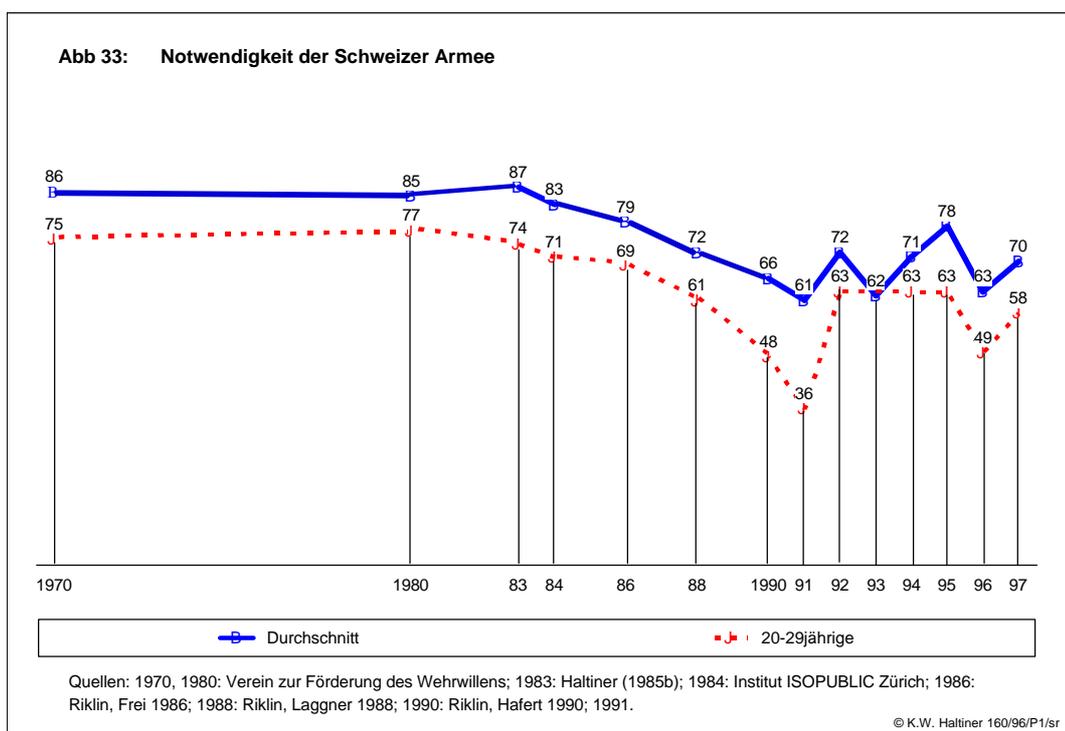


### 7.2 Armeeakzeptanz (Abb. 33 und 34)

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee darf als Hinweis für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin gelten. Sie wird in der Schweiz seit 1970 in unregelmässigen Abständen gestellt.

Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% bis 1984 konnte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein steter Rückgang in der Armeebefürwortung beobachtet werden. Seit dem bisherigen Tiefstpunkt (61%) im Jahre 1991 machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1988 wieder bei 78%.

Nach einem erneuten «Taucher» um 15 Prozentpunkte 1996 hat sich in diesem Jahr die Zustimmung wieder erholt, und zwar sowohl bei der Gesamtbevölkerung (1996: 63%, 1997: 70%) als auch bei der militärtragenden Alterskohorte der 20-29jährigen (1996: 49%, 1997: 58%).



Deutlich unterdurchschnittlich befürworten die Westschweizerinnen und Westschweizer (61%), Personen mit selbstbekundeter "linker" Orientierung (40%) und solche mit hoher Bildung (58%) die Notwendigkeit der Armee (Tab. 29 im Anhang III).

Damit dürfte sich die in der letzten Trendstudie gemachte Vermutung bestätigen, wonach die Haltung zur Armee heute stärker als in den 70er und 80er Jahren einer gewissen «Wetterföhligkeit» unterliege. Innenpolitische Ereignisse haben vergleichsweise starke Auswirkungen auf das Armeeimage. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich das Verhältnis Bevölkerung-Armee in den 90er Jahren gelockert hat. Der im Vergleich zu den 70er und frühen 80er Jahren nicht negativer, wohl aber distanzierter gewordene Ich-Bezug zum Militär dürfte zur Folge haben, dass man die Armee vermehrt indirekt, d.h. vor allem über die Medien

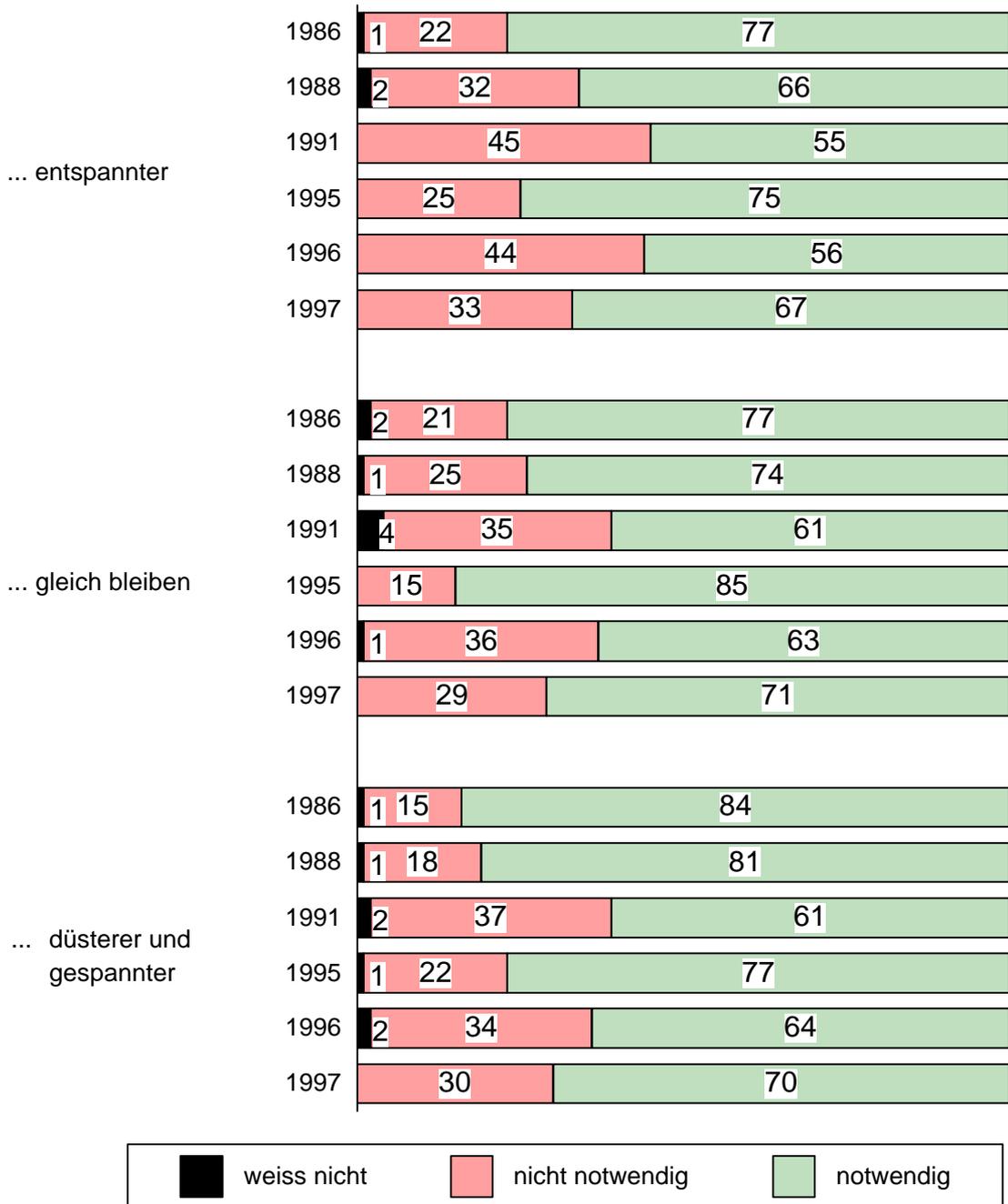
wahrnimmt. Positive oder fehlende Schlagzeilen lassen die Akzeptanzrate tendenziell eher nach oben, negative dagegen rasch nach unten rutschen.

Die äussere Bedrohungsintensität bleibt demgegenüber von nachrangiger Wichtigkeit für die Armeebefürwortung (Abb. 34). Zwar heissen diejenigen, die von einer Entspannung in der Weltlage ausgehen, die Armee im langjährigen Durchschnitt in geringerer Masse gut als jene, die meinen, die weltpolitische Lage bleibe gleich, oder jene, die meinen, sie werde düsterer und gespannter. Aber die Unterschiede in der Armeebefürwortung nach der Einschätzung der äusseren Bedrohung sind – übersieht man die Zeitspanne 1996-1997 – offensichtlich nicht gross. Sie verengen sich zudem von 1986 bis 1997.

Die Armeekzeptanzrate wird nur bedingt über die äussere Bedrohungswahrnehmung entschieden. Letzterer kommt – zumindest in Zeiten relativer Stabilität – keineswegs die Bedeutung zu, die ihr häufig zugeschrieben wird. Vielmehr dürften in erster Linie innenpolitische Faktoren das Verhältnis der Bevölkerung zur Armee bestimmen.

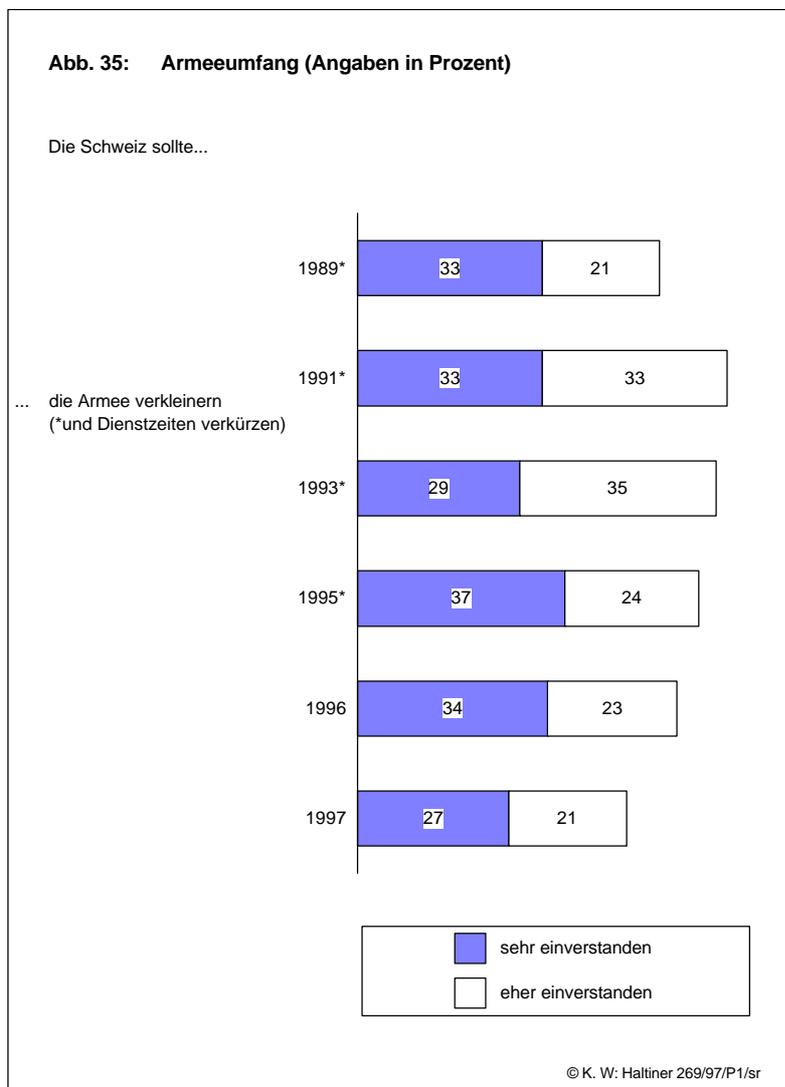
**Abb 34: Befürwortung der Armee nach Einschätzung der weltpolitischen Lage (Angaben in Prozent)**

Die weltpolitische Lage wird in den nächsten 5 Jahren...



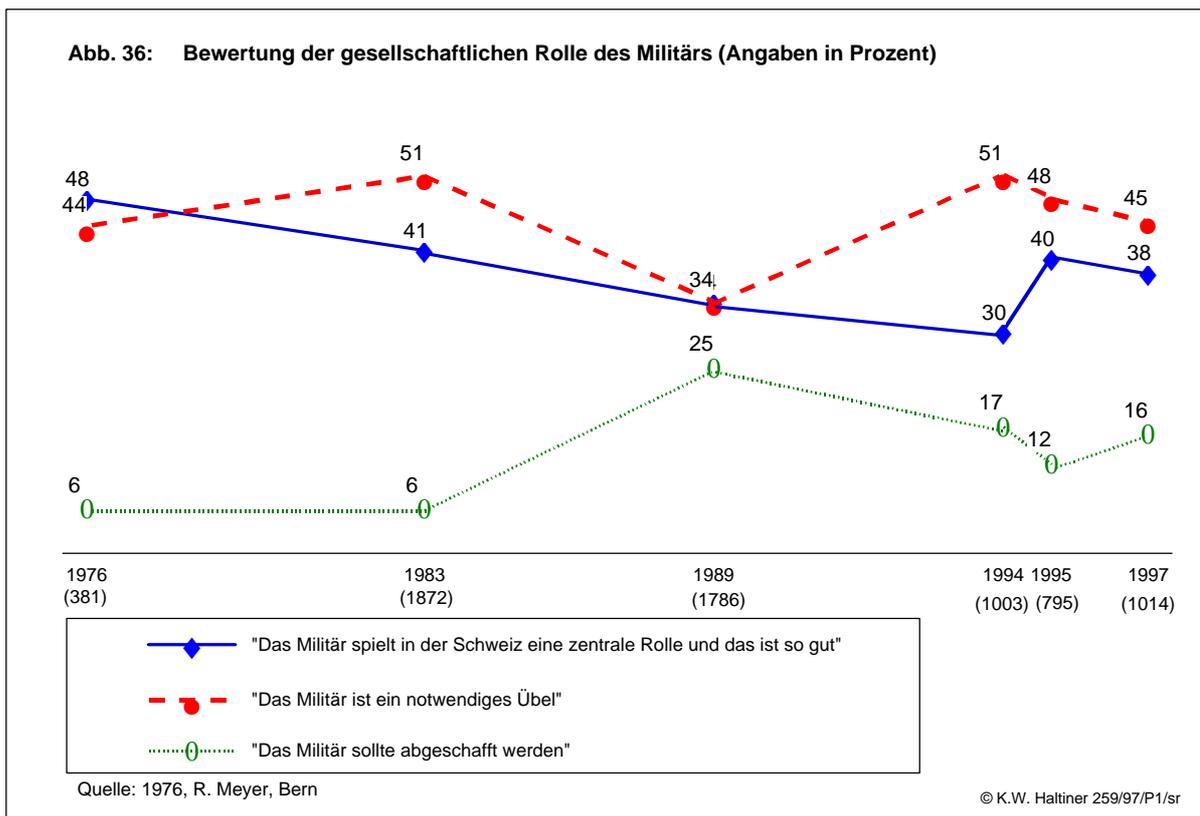
### 7.3 Umfang der Armee (Abb. 35)

Für eine umfangmässige Verkleinerung der Armee sprechen sich 1997 48% der Befragten, 8% weniger als im Vorjahr aus (Tab. 38 im Anhang III). Erstmals seit 1989 fordert somit nur noch eine Minderheit der Befragten eine verkleinerte Armee. Mehrheitlich gefordert wird sie in der französischen (59%) und italienischen Schweiz (57%), von Männern (54%), von der Altersgruppe der 18-29jährigen (58%), von politisch linksstehende Befragten (75%) und von solchen, die über eine Hochschulausbildung verfügen (66%).



#### 7.4 Gesellschaftlicher Stellenwert der Milizarmee (Abb. 36)

Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels und des militärischen Bedrohungsschwundes veränderte sich, wie andernorts dargelegt<sup>1</sup>, die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz. Die Miliz hat ihre ehemals zentrale Stellung als gesellschaftliche Bezugsgrösse, als Bürgerbeteiligungsleitbild und als Symbol nationaler Identität im Verlaufe der letzten beiden Jahrzehnte weitgehend eingebüsst. Sie hat eine Art «Entzauberung» erfahren. Das belegen die langfristigen Trends in der Einstellungsforschung eindrücklich. Dieser Prozess hat sich 1995 insofern verlangsamt, als in der Studie «Sicherheit '95» im Rahmen einer Alterskohortenanalyse gezeigt werden konnte, dass mit dem gestiegenen Bedarf an gesellschaftlicher Identität die Armee vor allem bei den über 50jährigen wieder eine Renaissance als nationales Symbol erlebt. Dieser Effekt lässt sich auch 1997 nachweisen. Während beispielsweise 1994 nur gerade 30% der Vorgabe zustimmten, das Militär spiele in



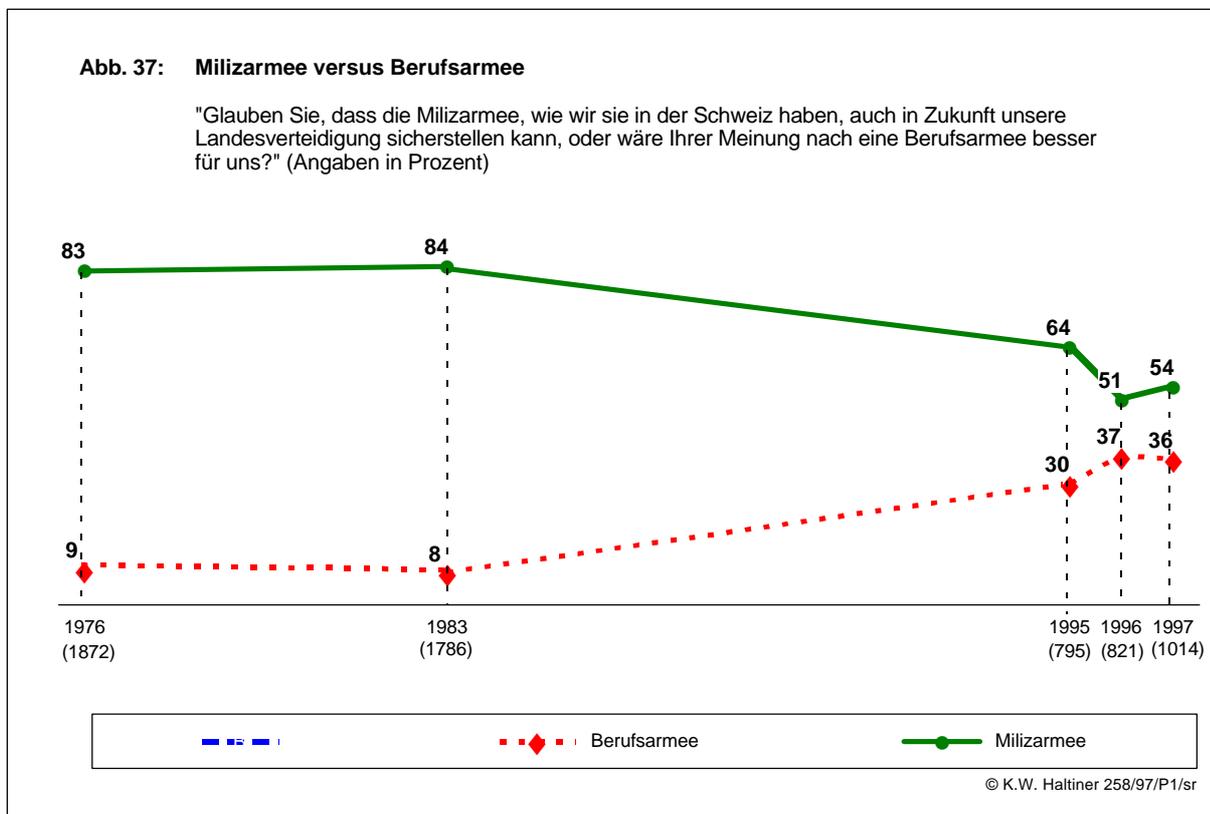
der Schweiz eine zentrale Rolle und das sei gut so, waren es 1995 40% und in diesem Jahr 38%. Von den über 55jährigen stimmen 1997 48% der Vorgabe zu, von den 18-29jährigen bloss 28%. Die Generationenkluft ist deutlich. Die relative

<sup>1</sup> Haltiner, 1996, S.435ff.

Mehrheit von 45% und vor allem die unter 55jährigen sowie die Welschen sehen im Militär in erster Linie ein notwendiges Übel. Nur eine Minderheit von 16% möchte es abgeschafft sehen. Für eine Abschaffung plädieren überdurchschnittlich stark die 18-29jährigen (26%), Personen mit Hochschulausbildung (27%) und solche mit selbstdeklariertem politischer Linksorientierung (40%). Das soziodemographische Merkmalsprofil bei der Bewertung der Armee entspricht weitgehend jenem der internationalen Kooperationsbereitschaft und der Beurteilung der Rolle der Neutralität sowie dem der Beurteilung der Rolle der militärischen Abwehrbereitschaft im letzten Weltkrieg. So erstaunt es nicht, wenn Personen, die der Armee eine zentrale gesellschaftliche Rolle zubilligen, stark mehrheitlich überzeugt sind, dass die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg vor allem der militärischen Dissuasionskraft zu verdanken sei. Umgekehrt gehen die Meinung, das Militär sei ein notwendiges Übel, und die Meinung, vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland habe die Schweiz gerettet, Hand in Hand ( $\gamma = 0.43$ ).

### 7.5 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee (Abb. 37)

Die seit 1995 zu konstatierende Tendenz zur steigenden Befürwortung einer Freiwilligenarmee setzt sich 1997 nicht fort: Knapp mehr als die Hälfte (54%) der Befragten sehen in der Miliz die ideale Wehrform auch für die Zukunft. Für eine Berufsarmee sprechen sich 36% der Befragten aus. Wird der mögliche



Stichprobenfehler von +/- 3% in Rechnung gestellt, so bewegen sich die Proportionen der Anhängerschaft für eine Miliz- bzw. Berufsarmee im Rahmen des Vorjahres, 9% haben keine Meinung oder verweigern die Antwort. Bei der militärtragenden Alterskohorte der 18-29jährigen überwiegen die Befürworterinnen und Befürworter einer Berufsarmee (48%) leicht diejenigen der Miliz (45%). Ähnliches gilt für die Westschweiz, wo sich 46% der Befragten – eine relative Mehrheit! – für eine Berufsarmee aussprechen, 13% mehr als in der deutschen Schweiz (Tab. 31 im Anhang III). Männer befürworteten sie weitaus stärker (43%) als Frauen (30%). Zudem ist die Forderung nach einer Berufsarmee eher ein linkes (47%), weniger ein rechtes Anliegen (34%).

Die im Vorjahr konstatierte, im Vergleich zu früheren Befragungen erhöhte Zustimmung für eine Berufsarmee ist auch in diesem Jahr festzustellen. Ob hinter der entsprechen Sympathie grundsätzliche Überlegungen über die optimale Wehrstruktur stehen, ist eher zu bezweifeln. Die überdurchschnittlich hohen Befürworteranteile unter der wehrbetroffenen Altersgruppe der 18-29jährigen und den männlichen Befragten deuten eher auf «Ja – aber ohne mich»-Motive für das gestiegene Interesse an Freiwilligenstreitkräften.

## 8 Sicherheitspolitisches Interesse

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird sicherheitspolitisch relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Wehrpolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, ist eine Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher Bedeutung. Wie aus Tabelle 2 zu entnehmen ist, ist nach einem Zwischenhoch im Jahre 1996 das sicherheitspolitische Interesse der Schweizer Bürgerinnen und Bürger wieder auf die Werte der ersten Hälfte der 90er Jahre gesunken. Knapp die Hälfte der Befragten bezeichnet sich 1997 als interessiert an Gesamtverteidigungsfragen. Gab 1996 die relative Mehrheit der Frauen und der 20-29jährigen an, sich sehr bzw. recht stark für Fragen der Sicherheitspolitik zu interessieren (49% bzw. 47%), sind die sicherheitspolitisch interessierten Frauen und jungen Erwachsenen 1997 wiederum eine relative Minderheit (42% bzw. 45%).

Dieser Trend scheint die Ergebnisse früherer Erhebungen zu bestätigen, wonach das allgemeine sicherheitspolitische Interesse dann temporär anwächst, wenn aktuelle Ereignisse die Medienaufmerksamkeit auf die Wehrpolitik oder die Armee richten. Das dürfte für den Befragungszeitraum April 1996 zutreffen, als die Berichterstattung über den «Fall Nyffenegger» und das Wort von einer neuen Armee reform fielen. Beides dürfte das Interesse geweckt haben. Im ersten Viertel von 1997 standen hingegen keine brisanten militärpolitischen Themen im Rampenlicht.

Tabelle 2: Sicherheitspolitisches Interesse

Frage: "Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind:

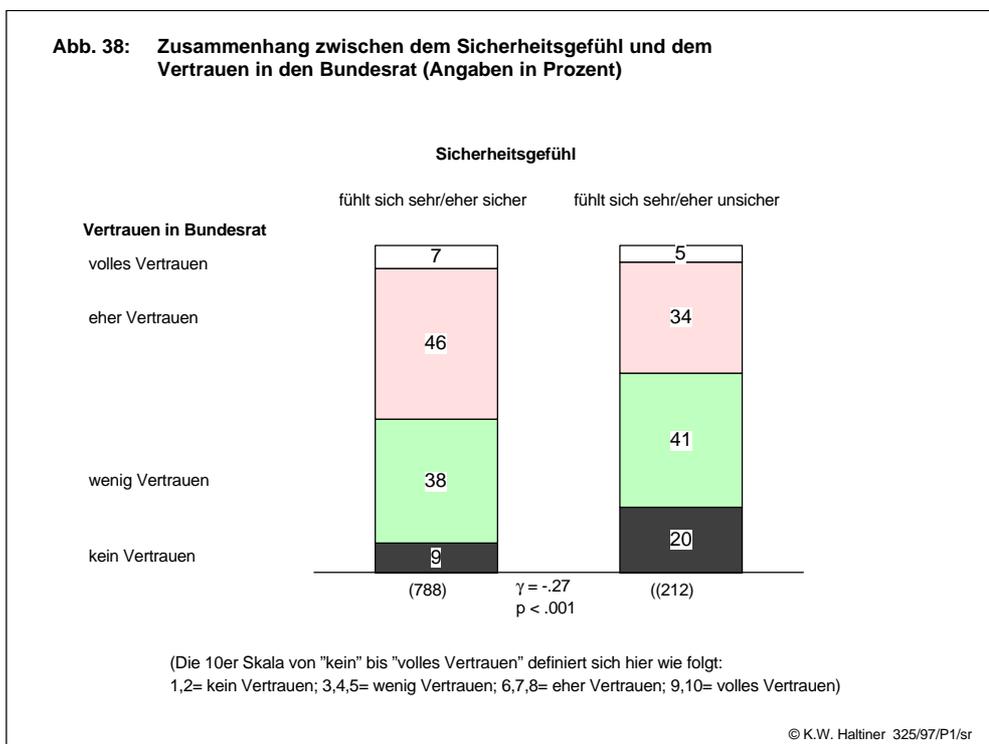
Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung: sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?"

	Total							18/20-29jährige							Geschlecht													
															Frauen				Männer									
	'83	'89	'91	'92	'95	'96	'97	'83	'89	'91	'92	'95	'96	'97	'83	'89	'91	'92	'95	'96	'97	'83	'89	'91	'92	'95	'96	'97
sehr/recht stark	46	51	50	51	48	56	49	35	53	43	41	37	47	41	36	42	43	45	40	49	42	56	61	58	58	59	63	57
ein bisschen	44	40	44	44	46	38	45	53	38	48	54	56	43	48	52	48	50	50	53	44	50	36	32	38	36	37	31	39
überhaupt nicht	10	9	6	5	6	6	6	12	9	9	5	7	10	11	12	10	7	5	7	7	8	8	7	4	6	4	5	4
	(443)	(912)	(980)	(1003)	(794)	(821)	(1014)	(341)	(235)	(194)	(197)	(154)	(132)	(240)	(872)	(443)	(507)	(531)	(425)	(419)	(528)	(884)	(469)	(473)	(472)	(369)	(402)	(486)

Achtung: Die Prozentwerte beziehen sich nur auf Befragte, die die Frage beantwortet haben.

## 9. Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden

Unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten macht es durchaus Sinn, das öffentlichen Institutionen und Behörden entgegengebrachte Vertrauen näher zu untersuchen. Verschiedene Untersuchungen der letzten Jahre belegen einen Vertrauensschwund in die Behörden, insbesondere in die Landesregierung. Die Zufriedenheit mit dem Bundesrat ist im Zeitverlauf markant gesunken.<sup>1</sup> Diese Tendenz setzt sich in den Daten 1997 fort. Der Blick soll dabei nicht einseitig auf die Landesregierung gerichtet sein, wie das in vielen Studien häufig der Fall ist. Vielmehr sollen mehrere wichtige Institutionen der Schweiz erfasst werden. 1995 konnten die Befragten für 13, in diesem Jahr für 6 Institutionen ihre Vertrauensintensität auf einer von 1 bis 10 reichenden Skala ausdrücken (Frageblock 23 im Anhang III). Dabei bedeutet 1 überhaupt kein Vertrauen, 10 volles Vertrauen in die jeweilige Institution. Eine Bezeichnungsänderung wurde bei der "Wirtschaft" vorgenommen (1995: Grosse Wirtschaftsverbände, 1997: Schweizer Wirtschaft). Die Medien werden 1995 noch differenziert ausgewiesen, 1997 hingegen zusammengefasst. Für die Medien wird für 1995 ein Durchschnittswert errechnet, um Vergleiche möglich zu machen. Dadurch sind Tendenzaussagen für 1995-1997 für fünf Institutionen möglich.



<sup>1</sup> Schloeth, 1994, S. 22ff..

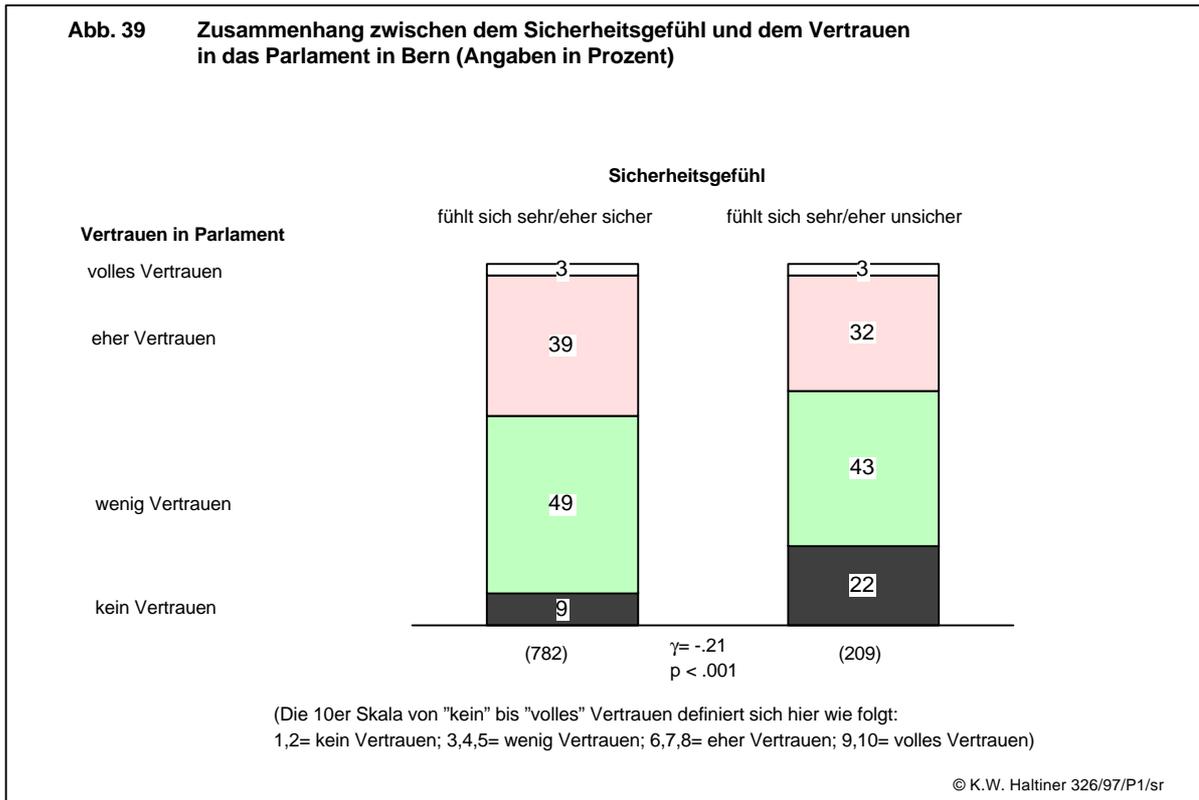


Tabelle 3 gibt die Rangierung im Vertrauensindex nach den Mittelwerten 1995 und 1997 wieder. Im Zweijahresvergleich ist ein mehr oder weniger ausgeprägter Vertrauensschwund bei den fünf vergleichbaren Institutionen zu verzeichnen. Das höchste Vertrauen wird 1997 wie schon 1995 den Garanten der Sicherheit, sei es der inneren (Polizei) oder der äusseren (Armee), entgegengebracht. Einzig im Falle der Armee kann man von einer gewissen Vertrauensstabilität sprechen, beträgt doch der Vertrauensverlust bloss .07 Indexpunkte (bezogen auf die 10er-Skala). Stärker ist der Mittelwert bei der Polizei gesunken. Diese rangiert jedoch weiterhin an der Spitze der Vertrauensskala. Überdurchschnittlich tief liegt 1995 der Wert für die Medien. (Dieser Rückgang könnte indes ein Artefakt sein, weil der Indexwert von 1997 mit einem nachträglich errechneten Durchschnittswert für 1995 verglichen wird.) Wie schon zwei Jahre zuvor geniesst der Bundesrat eine leicht höhere Vertrauensbasis als das Eidgenössische Parlament. Der Vertrauensrückgang zwischen 1995 und 1997 fällt jedoch beim Bundesrat fast doppelt so stark aus (-.52) wie beim Parlament (-.23).

Das Vertrauensprofil variiert nur wenig nach den Sprachregionen (Tabelle 4). Die Befragten aus der französischsprachigen Schweiz neigen im allgemeinen zu einem grösseren Misstrauen gegenüber den 6 aufgelisteten Institutionen als die Bürgerinnen und Bürger der übrigen Sprachregionen. Eine Ausnahme bildet dabei das Vertrauen, das den Medien entgegengebracht wird. Dieses ist bei den Romands leicht überdurchschnittlich, bei den Befragten der italienischsprachigen Schweiz unterdurchschnittlich. Die politischen Institutionen "Bundesrat"

und "Parlament" geniessen indes vor allem unter der italienischsprachigen Bevölkerung hohes Vertrauen.

<b>Tabelle 3: Index des Vertrauens in öffentlichen Institutionen 1995-1997</b> Rangierung nach Mittelwerten auf einer Skala 1-10 (1 = kein Vertrauen, 10 = volles Vertrauen)		
1995	1997	Saldo 1995-1997
1. <i>Polizei</i> (6.95)	1. <i>Polizei</i> (6.47)	- .48
2. <i>Bundesgericht</i> (6.83)	2. <i>Armee</i> (6.13)	- .07
3. <i>Radio</i> (6.50)	3. <i>Schweizer Wirtschaft</i> (5.60)	
4. <i>Gerichte allgemein</i> (6.29)	4. <i>Bundesrat</i> (5.49)	- .52
5. <i>Armee</i> (6.20)	5. <i>Eidgenössisches Parlament</i> (5.17)	- .23
6. <i>Bundesrat</i> (6.01)	6. <i>Medien</i> (4.84)	- 1.06*
7. <i>Presse</i> (5.89)		
8. <i>Gewerkschaften</i> (5.50)		
9. <i>Eidg. Parlament</i> (5.40)		
10. <i>Fernsehen</i> (5.33)		
11. <i>Grosse Wirtschaftsverbände</i> (5.15)		
12. <i>Kirchen</i> (4.94)		
13. <i>Politische Parteien</i> (4.78)		
Durchschnitt der Summe der Werte "Radio", "Presse" und "Fernsehen" des Jahres 1995.		
© K.W. Haltiner /sr		

Recht uneinheitlich präsentiert sich das Bild nach dem Geschlecht der Befragten. Das Parlament geniesst ein über dem Mittel liegendes Vertrauen bei den Frauen, der Bundesrat dagegen bei den Männern. Die Polizei als Garant der inneren Sicherheit kommt vor allem bei den Frauen gut an, während die Armee als Garant der äusseren Sicherheit vor allem mit dem Vertrauen des männlichen Bevölkerungsteils rechnen kann. All diese Unterschiede erweisen sich jedoch insgesamt als gering.

Befragte mit höherer Bildung neigen dazu, den politischen und wirtschaftlichen Institutionen höheres, den Institutionen mit Sicherheitscharakter, Polizei und Armee, dagegen unter dem Mittel liegendes Vertrauen entgegenzubringen.

Hinsichtlich des Alters der Befragten lässt sich eine lineare Tendenz feststellen, wonach ältere Bürgerinnen und Bürger ein überdurchschnittliches Vertrauen in die verschiedenen Institutionen unseres Landes zeigen. Die Ausnahme

bildet dabei die Medienwelt: Am meisten vertrauen ihr Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren, während ihr vor allem die ältere Generation weniger Glaubwürdigkeit zubilligt.

Besonders ausgeprägt ist der Vertrauensunterschied hinsichtlich der zwei Sicherheitsgaranten Armee und Polizei nach der politischen Selbsteinstufung: Sie gelten unter den politisch Rechtsstehenden als besonders vertrauensserweckend, während Personen, die sich als politisch linksstehend bezeichnen, eher wenig Vertrauen in diese Institutionen hegen.

Zwischen dem Vertrauen in Institutionen und Behörden und dem Gefühl der Sicherheit besteht, wie man vermuten darf, ein Zusammenhang. Vertrauen in die Kompetenz von Machträgern und in das gute Funktionieren öffentlicher Institutionen sind geeignet, in einer Welt wachsender Komplexität und Intransparenz Unsicherheiten abzubauen. Institutionelles Vertrauen wirkt politisch stabilisierend. Dieser Zusammenhang zwischen Vertrauen und Sicherheitsempfinden lässt sich am Beispiel des Vertrauens in den Bundesrat und das Eidgenössische Parlament nachweisen (Abb. 38): 1997 bezeichnen sich 53% all jener, die sich sehr oder eher sicher fühlen auch vertrauensvoll in den Bundesrat (volles und eher Vertrauen in Abb. 38). Unter jenen hingegen, welche sich als sehr bzw. eher unsicher bezeichnen, sind dies bloss 39%!

Ebenfalls signifikant sind die Vertrauensunterschiede beim Eidgenössischen Parlament zwischen Leuten, die sich sicher fühlen, und solchen, welche die heutige Zeit als unsicher wahrnehmen (Abb. 39). Zeigen 42% der ersteren sehr viel bzw. eher viel Vertrauen ins schweizerische Parlament, sinkt diese Quote bei den Befragten, die sich in unserer Zeit unsicher bzw. eher unsicher fühlen, auf 35%.

Die Vertrauensprofile von EU-Befürwortern und EU-Gegnern unterscheiden sich leicht, aber zum Teil signifikant voneinander (Tab. 5): Bei den Befürwortern eines schweizerischen EU-Beitritts erreichen die Vertrauenspunkte für die Medien und den Bundesrat überdurchschnittliche, für die Armee und die Polizei dagegen zum Teil stark unterdurchschnittliche Werte. Bei den EU-Gegnern zeigt sich das spiegelverkehrte Bild. Sie haben in besonders hohem Masse Vertrauen in die Armee, aber auch in die Polizei. Dem Bundesrat bringen sie leicht weniger Vertrauen entgegen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Das Verhältnis der EU-Gegnerinnen und Gegner zu den wichtigsten Landesinstitutionen, insbesondere zur Exekutive, signalisiert Verunsicherung.

**Tabelle 4: Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach Sprachregionen und Alter**  
 (Skala 1-10: 1 = kein Vertrauen, 10 = volles Vertrauen)

Vertrauen in:	Durchschnitt	Sprachregion			Geschlecht		Bildung			Alter			politische Selbsteinstufung		
		d	f	i	männlich	weiblich	tief	mittel	hoch	18-19	20-29	+60	links	Mitte	rechts
Bundesrat	5.49	5.55	5.17	6.17	5.67	5.33	5.32	5.46	5.85	4.89	5.20	6.10	5.50	5.48	5.59
Parlament in Bern	5.17	5.18	5.03	5.77	5.13	5.21	5.01	5.21	5.15	5.03	5.22	5.36	4.96	5.21	5.34
Polizei	6.47	6.55	6.16	6.68	6.37	6.55	6.52	6.54	6.08	5.20	6.02	7.10	5.78	6.58	6.93
Armee	6.13	6.32	5.56	6.02	6.17	6.08	6.61	6.18	5.30	5.25	5.37	7.27	4.53	6.56	7.01
Medien	4.84	4.82	4.91	4.77	4.92	4.76	4.57	4.90	4.86	4.44	5.16	4.67	5.08	4.80	4.72
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.76	5.16	5.31	5.85	5.36	5.10	5.66	5.87	4.62	5.67	5.73	5.29	5.46	6.10

**Tabelle 5: Vertrauen in die öffentlichen Institutionen nach Beitrittswilligkeit zur EU**

Rangierung nach Mittelwerten auf einer 10er Skala, in Klammern: Abweichungen vom Durchschnittswert

	Durchschnitt	für EU-Beitritt	gegen EU-Beitritt
Bundesrat	5.49	5.58 (+0.09)	5.37 (-0.12)
Parlament	5.17	5.19 (+0.02)	5.12 (-0.05)
Polizei	6.47	6.21 (-0.26)	6.63 (+0.16)
Armee	6.13	5.48 (-0.65)	6.54 (+0.41)
Medien	4.84	5.14 (+0.30)	4.57 (-0.27)
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.52 (-0.08)	5.61 (+0.01)
überdurchschnittliches Vertrauen:		Medien (+0.30) Bundesrat (+0.09)	Armee (+0.41) Polizei (+0.16)
unterdurchschnittliches Vertrauen:		Armee (-0.65) Poli- zei (-0.26)	Medien (-0.27) Bundesrat (-0.12)

© K.W. Haltiner 67/95/sr

Aufschlussreich ist die Analyse der institutionellen Vertrauensprofile hinsichtlich der Einschätzung der Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg (Tab. 6). Dabei gilt: Wer die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg vor allem auf die militärische Abwehrbereitschaft zurückführt, bringt ein tendenziell überdurchschnittliches Vertrauen in die Sicherheitsinstitutionen "Armee" und "Polizei", begegnet aber den "Medien" und dem "Parlament" mit einem im Vergleich zum Mittel tieferen Vertrauen. Wer hingegen die Aussage, wonach die Schweiz ihre Verschonung im Zweiten Weltkrieg vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft zu verdanken habe, nicht billigt, traut eher den Medien, nicht jedoch Armee, Polizei und Wirtschaft.

Beinahe spiegelbildlich sind entsprechend die Vertrauensprofile der Befragten, welche die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg primär auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland und seinen Verbündeten zurückführen.

Fazit: Das Vertrauen in die Institutionen ist seit 1995 tendenziell gesunken. Die Garanten der inneren (Polizei) und der äusseren Sicherheit (Armee) erreichen als Institutionen vergleichsweise die höchsten Vertrauenswerte. Im Vergleich zu allen 6 in die Befragung einbezogenen Institutionen erhalten Bundesrat und Parlament 1997 nur gerade eine mittelmässige Vertrauensnote.

Zwischen dem Vertrauen in Institutionen und Behörden und dem allgemeinen Sicherheitsgefühl besteht nachweisbar ein Zusammenhang.

Eine relative Verunsicherung im Verhältnis zu den politischen Institutionen des Landes manifestieren die Gegnerinnen und Gegner eines EU-Beitritts.

Das Bild, das man sich von der Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg macht, reflektiert sich im institutionellen Vertrauensprofil: Die Überzeugung von der Abschreckungswirkung unserer militärischen Abwehrbereitschaft im Zweiten Weltkrieg geht mit einem überdurchschnittlichen Vertrauen in Armee und Polizei einher, das Bild von einer Schweiz, die ihre Verschonung vor allem ihrer Zusammenarbeit mit Deutschland verdankt, mit einem unterdurchschnittlichen Vertrauen in die Behörden.

**Tabelle 6: Vertrauen in die öffentlichen Institutionen nach Geschichtsbild zur Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg**  
Rangierung nach Mittelwerten auf einer 10er Skala, Klammer: Abweichungen vom Durchschnittswert

	Durchschnitt	Die Schweiz verdankt ihre Verschonung im 2. Weltkrieg vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft		Die Schweiz verdankt ihre Verschonung im 2. Weltkrieg vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten	
		sehr einverstanden	gar nicht einverstanden	sehr einverstanden	gar nicht einverstanden
Bundesrat	5.49	5.34 (-0.15)	5.34 (-0.15)	5.00 (-0.49)	5.57 (+0.08)
Parlament	5.17	5.00 (-0.17)	4.99 (-0.18)	4.73 (-0.44)	5.35 (+0.18)
Polizei	6.47	6.66 (+0.19)	5.87 (-0.60)	5.89 (-0.58)	6.86 (+0.39)
Armee	6.13	7.45 (+1.32)	4.67 (-1.46)	5.26 (-0.87)	7.15 (+1.12)
Medien	4.84	4.65 (-0.19)	4.85 (+0.01)	4.93 (+0.09)	4.29 (-0.55)
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.53 (-0.07)	5.22 (-0.38)	5.18 (-0.42)	5.91 (+0.31)
überdurchschnittliches Vertrauen:		Armee (+1.32) Polizei (+0.19)	Medien (+0.01)	Medien (+0.09)	Armee (+1.12) Polizei (+0.39) Schweizer Wirtschaft (+0.31)
unterdurchschnittliches Vertrauen:		Medien (-0.19) Parlament (-0.17)	Armee (-1.46) Polizei (-0.60) Schweizer Wirtschaft (-0.38)	Armee (-0.87) Polizei (-0.58) Bundesrat (-0.49)	Medien (-0.55)

## Literaturverzeichnis

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1989). Statistik. Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1985). Milizarmee – Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft-Armee in der Schweiz. Frauenfeld: Huber.
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/ Wädenswil.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Das Militär im Wandel der Wertvorstellungen. In: L. Carrel, Schweizer Armee – heute und in Zukunft (S. 435 - 447). Thun: Ott Verlag.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aus-sen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern.
- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährige Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS. Zürich.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS. Zürich.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS. Zürich.
- Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. NZZ, Nr. 219, 21./ 22. Sept.
- Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift. Frauenfeld.
- Schloeth, D. (1994). Regierungsvertrauen: Auf die Parteisympathie kommt's drauf an. Staatsbürger, Magazin für Wirtschaft und Politik, 6, 22-24.



# ANHANG I

Auf den folgenden Seiten sind die Zentren der zwei berechneten Cluster für die Typologie "internationale Kooperationsbereitschaft" und für die Neutralitätsauffassungen für die Daten 1997 numerisch wiedergegeben. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 1995 und 1993 abgebildet.

**Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1997\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Tend. int. Kooperative)	Zentrum Cluster 2 (Non int. Kooperative)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.88	2.37	3.58
...sich der NATO annähern	2.05	2.40	3.31
...der UNO beitreten	1.47	1.86	3.32
...mehr in Konflikten vermitteln	1.59	2.00	2.51
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.00	2.39	3.10
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten	2.25	2.38	2.79
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	1.66	2.42	2.38
...die Neutralität beibehalten	1.45	2.52	1.24
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.28	3.13	1.69

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

### Typologie der Neutralitätsauffassungen 1997\*:

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.52	1.74	1.46	1.32
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.02	2.43	1.53	1.41
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.11	2.19	1.65	1.72
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.36	3.12	1.69	1.90
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.66	2.37	1.98	3.27
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.89	2.88	2.20	3.60
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.20	3.28	2.31	3.51
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.53	3.02	2.08	3.45

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abb. A, Anhang I

### Kooperationstypen

Die Schweiz sollte....

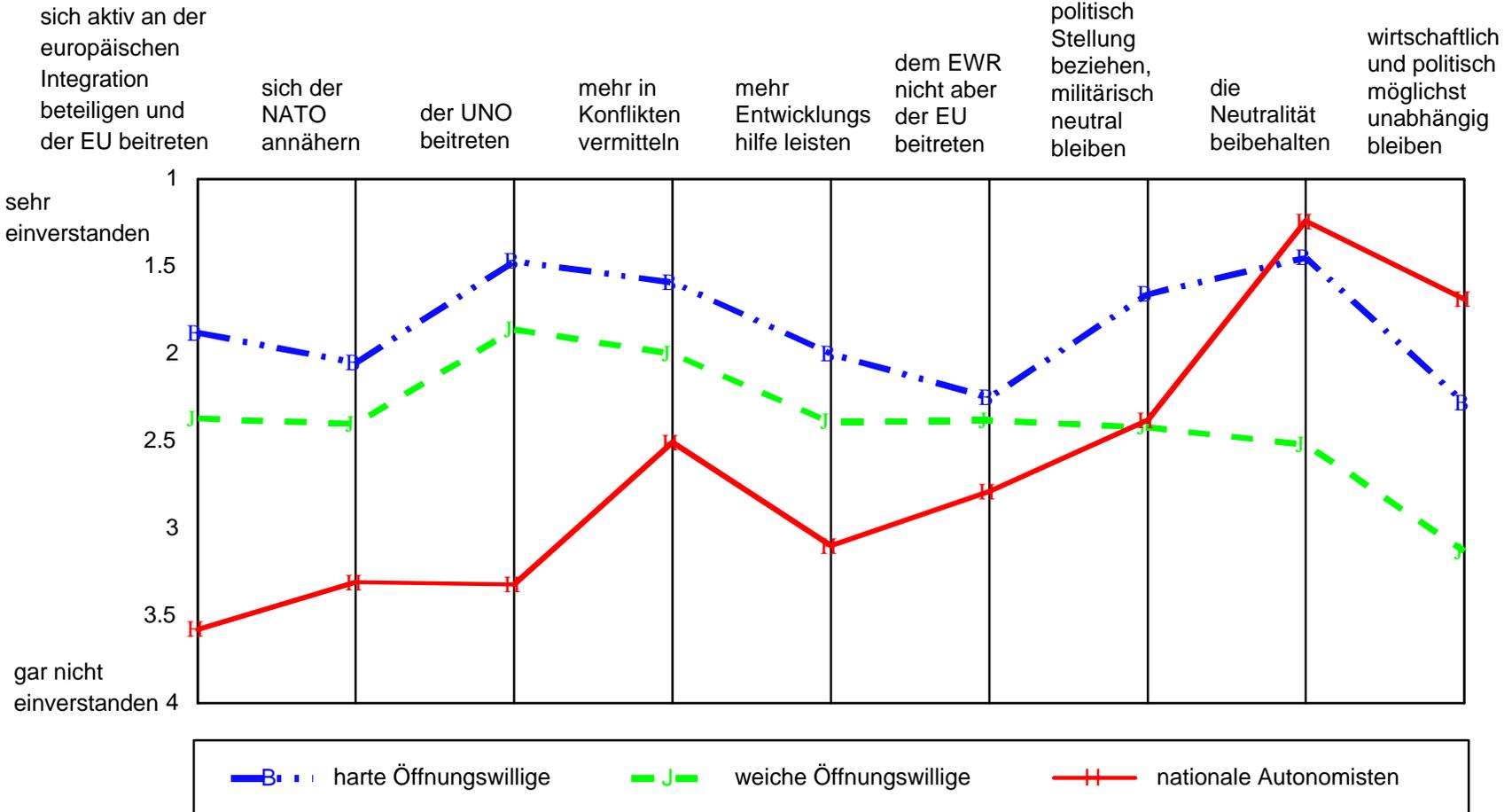
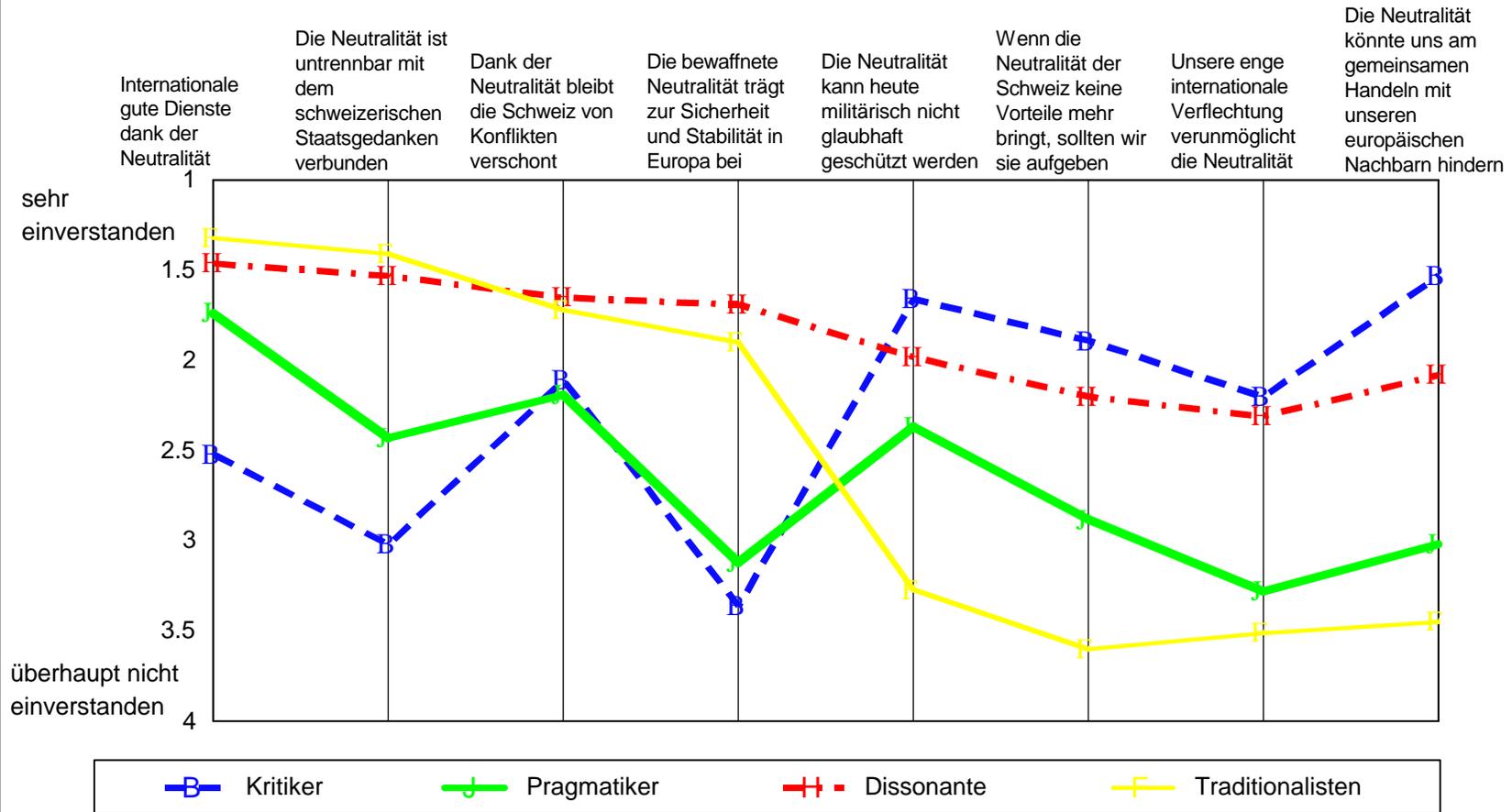


Abb. B, Anhang I

### Neutralitätstypen



**Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1995\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Tend. int. Kooperative)	Zentrum Cluster 2 (Non int. Kooperative)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.72	2.26	3.27
...sich der NATO annähern	2.48	2.86	3.41
...der UNO beitreten	1.85	2.31	3.55
...mehr in Konflikten vermitteln	1.77	2.10	2.81
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.13	2.30	3.03
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten	2.79	2.34	3.03
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	1.64	2.70	2.51
...die Neutralität beibehalten	1.42	2.68	1.18
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.30	2.91	1.49

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

**Typologie der Neutralitätsauffassungen 1995\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.52	1.96	1.69	1.45
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.02	2.62	1.62	1.48
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.03	2.68	1.89	1.70
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.44	2.97	1.98	1.89
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.60	2.20	2.25	3.40
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.21	2.49	2.74	3.60
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.04	3.07	2.41	3.42
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.63	3.07	2.24	3.50

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden,  
4 = gar nicht einverstanden

**Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1993\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Tend. int. Kooperative)	Zentrum Cluster 2 (Non int. Kooperative)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	2.68	2.72	1.48
...sich der NATO annähern	2.54	1.86	1.53
...mehr in Konflikten vermitteln	3.23	3.15	2.07
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.86	3.14	1.79
...dem EWR, nicht aber der EG beitreten	2.48	2.85	1.88
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	3.30	2.53	2.09
...die Neutralität beibehalten	3.51	2.46	3.82
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.90	1.90	3.42

\* 1 = gar nicht einverstanden, 2 = eher nicht einverstanden, 3 = eher einverstanden, 4 = sehr einverstanden

### Typologie der Neutralitätsauffassungen 1993\*:

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.53	1.96	1.75	1.35
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.21	2.70	1.75	1.48
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.92	3.85	2.15	1.75
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.45	2.80	1.75	1.97
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.60	2.10	2.26	3.06
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.41	2.17	2.34	3.48
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	1.86	2.92	2.19	3.37
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.56	2.85	2.17	3.38

\* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden,  
4 = gar nicht einverstanden

## **ANHANG II**

## 1. Die Qualität der Variablen<sup>1</sup>

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, bezeichnet der Statistiker als Skala. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst **Nominalskala** (z.B. Automarke, Beruf, ...). Eine Skala, deren Zahlen lediglich "grösser-kleiner" Relationen abbilden, heisst **Ordinalskala** (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, heisst **Intervallskala** (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

## 2. Korrelationen und Koeffizienten<sup>2</sup>

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, so wird man von einem positiven Zusammenhang sprechen. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. "grösser als..." oder "wichtiger

---

<sup>1</sup> Nach Bortz (1984).

<sup>2</sup> Nach Bortz (1984), Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg (1982).

als...") der sogenannte Kontingenzkoeffizient und der Gamma-Koeffizient verwendet..

Der **Kontingenzkoeffizient**, abgekürzt **CC**, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskaliertes Merkmale. Der Wertebereich von **CC** variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der **Gamma-Koeffizient** ( $\gamma$ ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich vom Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

**Signifikanz:** Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. D.h., eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1000-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Bevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit  $p < 0.05$  (signifikanter Zusammenhang),  $p < 0.01$  (sehr signifikanter Zusammenhang) oder  $p < 0.001$  (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei  $p > 0.05$  ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

### 3. Die Clusteranalyse<sup>3</sup>

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: Die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Start-

---

<sup>3</sup> Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

gruppierung vorgegeben werden. D.h. das erste Objekt von jedem Cluster (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster gibt der Anwender vor. Er versucht dann, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; er verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten lag. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nun nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

## ANHANG III

# SICHERHEIT 1997

FRAGEBOGEN UND

PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN

**Stichprobe:** Random-Verfahren, N = 1014

Schweizerinnen und Schweizer

Alter 18+

dt., frz. und it. Schweiz

**Befragungszeitraum:** März 1997

**Befragungsinstitut:** DEMOSCOPE, Adligenswil







## Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987) **vergriffen**
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 – Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 – Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence – Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben – Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989) **vergriffen**
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie – Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1991 (1991) **vergriffen**
- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991) **vergriffen**
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992) **vergriffen**

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent – The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hrsg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina – Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993) **vergriffen**
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1993 (1994)
- Nr. 32 Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 33 Mauro Mantovani: Nato-Mitglied Schweiz? Voraussetzungen und Folgen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz (1994)
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)
- Nr. 35 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1994 (1994)
- Nr. 36 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien (1995)
- Nr. 37 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte V – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1995 (1995)
- Nr. 38 Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann: Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität: Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1996)
- Nr. 39 Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996)  
Ulrich Gerster / Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996) (Bildteil)
- Nr. 40 Christoph Breitenmoser: Sicherheit für Europa: Die KSZE-Politik der Schweiz bis zur Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zwischen Skepsis und aktivem Engagement (1996)
- Nr. 41 Laurent F. Carrel / Otto Pick / Stefan Sarvas / Andreas Schaer / Stanislav Stach: Demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften (1997)



ISBN 3-905641-51-8

Online version provided by the  
International Relations and Security Network

A public service run by the  
Center for Security Studies at the ETH Zurich  
© 1996-2004

